BAHAMAS

Nr. 21 Herbst 1996 7,50 DM

Wahn der Wirklichkeit



Grevesmühlen – Padanien – Linke und Drogen
Wertkritik – Antisemitismus – Der Fall Handke
Wenn der Weltgeist dreimal klingelt

- berichte von der münchner staatsgrenze

- kleine schule des neoliberalismus

- die postfordistische stadt

- wer hat angst vor mikropolitischen kindergärten?

ERSTE HILFE

hysterieblatt
für die absteigenden mittelschichten

oktober`96

und noch viel mehr

kontakt: daiserstr. 34 81371 münchen
fon 089-74791278 fax 089-74791277

Broschüre 1:1

für den antifaschistischen Widerstand

Die 3. Broschüre der Autonomen Antifa (M) aus Göttingen zu ihrer Kriminalisierung, der Einstellung des Verfahrens, Repression, Öffentlichkeitsarbeit, Solidarität und den Veränderungen im Bereich der „Inneren Sicherheit"

Aus dem Inhalt:
1:1 für die Autonome Antifa (M) · Abservieren schwergemacht – Grundzuge der Öffentlichkeitsarbeit · Das doppelt verlogene Gesicht der Sozialdemokratie · Die Wahl der Qual · Werkzeuge der Klassenjustiz · Polizeistaat – folgerichtige kapitalistische Erscheinung · Repression als Antwort auf gesellschaftliche Umbruche · Chronologie

Bestellung unter: Autonome Antifa (M)
c/o Buchladen
Rote Straße 10
37073 Gottingen

52 Seiten
Din A 5
3,50 DM
plus Porto





Unfassba Nr.19
INHALT:
Gorleben * Chiapas * Commune de Paris * Kronstadt
Spanien * 13.6 * Caostage '96
Post im doppelten Umschlag. Innen: neutral
Außen: Postbus 85306 NL-3508 AH Utrecht

---

40 Jahre KPD-Verbot

Meilenstein des Staatsterrorismus

Außerdem: Folter – Na und? – Benjamin Ramos Vega wurde ausgeliefert +++ Game over, Celle! – Der Prozeß gegen die Autonome Antifa (M) fällt aus +++ Quack-Prozeß – Die große Pleite der BAW +++ Die großen Lauscher werden gespitzt – Argumente gegen den „Großen Lauschangriff" +++ Datenschutz bei EUROPOL +++ Mumia Abu-Jamal – Die Kampagne geht weiter

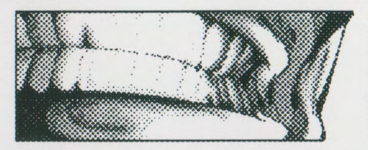
für 3,50 DM in guten Buch- und Infoläden
und bei Eurer Ortsgruppe
oder für 5,– DM in Briefmarken bei:

Rote Hilfe e.V., Postfach 6444, 24125 Kiel
Tel. + Fax: (0431)75141



DIE ROTE HILFE 3/96

ZÄHNE ZUSAMMEN-BEISSEN !!



Lotta DURA KAUFEN!

ZEITUNG FÜR ANTIFASCHISMUS UND MEHR

BEZUGSBEDINGUNGEN: Einzelexemplar: 25 öS, im Ausland 5 DM. 4-Nummernabo 100 öS und im Ausland 20 DM. Förderabo (4 Nummern) ab 500 öS. **Spenden** erwünscht und notwendig. Die Bezahlung erfolgt im voraus in bar oder in Briefmarken und zur Sicherheit im doppelten Umschlag: Der innere Umschlag enthält Begehr, Adresse und Bezahlung und wird mit H. **Mader** beschriftet und in das zweite Kuvert gesteckt, das mit der Adresse **ÖH-GRUWI, Postfach 101, 1096 Wien** beschriftet und ausreichend frankiert abgeschickt wir.

Lotta DURA erscheint vierteljährlich mit einem Umfang von ca. 36 Seiten.
Faschistische Schläger, rassistische Schreibtischtäter, Braunzonen dieser Gesellschaft stehen im Blickpunkt unserer Recherche, doch ebenso sollen Diskussionen über antifaschistische Theorie und vor allem Praxis nicht zu kurz kommen.

Inhalt der 5. Nummer:
Schwerpunkt GLADIO IN Ö.
- Waffendepots Neonazis
- ÖVP - Rechtsruck
- NS-Krankenpflege

und mehr.

Inhalt

Wer wenig Geld hat, sollte jetzt ein Abo bestellen, dann gilt der günstige alte Preis noch ein ¾ Jahr. Wer mehr Geld hat, sollte noch bis zum nächsten Mal warten oder ein Förderabo ankreuzen. Auch das ist allerdings noch zum alten Preis.

Impressum

Die Bahamas erscheint ca. alle 3 Monate.
Redaktion: Postfach 62 06 28, 10796 Berlin
Tel./Fax: 030 / 623 69 44
Preis: Einzelheft 7,50 DM, Nur Vorauskasse in Briefmarken oder auf unser Konto:
E. Müller, Berliner Volksbank
Kto.:12005270, BLZ: 100 900 00
Für Wiederverkäufer gibt es Sonderrabatte
V.i.S.d.P.:Karl Nele
Eigendruck im Selbstverlag
Teilansichten unter:http://www.berlinet.de/trend/

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Abobestellung

Hiermit bestelle ich die *Bahamas*. Das Abo gilt für je drei Ausgaben, verlängert sich automatisch und ist jederzeit schriftlich kündbar. Das Abo kostet zur Zeit 18 DM für 3 Ausgaben, bei Rechnungsstellung und Mahnung berechnen wir 2 DM mehr. Für je 5 Exemplare *einer Ausgabe* gibt es eines gratis dazu.

Abobeginn mit Nr.: ..... **Ich will ...... Exemplare / ...... mal 5+1 Exemplare**

Name: ☐ **Ich will ein Förderabo für 30 DM**

Straße: ☐ **Ich zahle per Einzugsermächtigung**

PLZ/Ort: ☐ **Ich habe das Geld überwiesen**

Hiermit ermächtige ich E. Müller, jeweils den Preis für drei Nummern der *Bahamas* im Voraus von meinem Konto abzubuchen (ab 5 Exemplaren buchen wir auf Wunsch ausgabenweise ab).

KontoinhaberIn: **Konto Nr.:**

Bank: **Bankleitzahl:**

Ort/Datum: **Unterschrift:**

Editorial

Die Entwicklung des Kapitalismus konnte einem kritischen Bewußtsein so lange als *„vernünftig“* gelten, wie sie die Voraussetzungen für ihre eigene Aufhebung und die damit verbundene Einrichtung des Kommunismus bereitzustellen schien. Erst die explosive Entwicklung der *„Produktivkräfte“* unter dem Diktat des Kapitals schien die Bedingungen für eine endgültige Emanzipation der Menschen von ihrer Fesselung und Bedrängung durch die „erste“ Natur zu gewährleisten. Die List der Vernunft schien offenbar das sich selbst nicht bewußte Voranschreiten der „zweiten“ Natur mit einem endogenen Mechanismus ausgestattet zu haben. Einem Mechanismus, der über die Produktion von Widersprüchen und Klassenkämpfen ein Kollektivbewußtsein hervorbringen sollte, das die Abstreifung der nunmehr allein gesellschaftlichen Fesseln einleiten sollte. Als Trägerin dieses Bewußtsein galt die *„Arbeiterklasse“*, die vom Genuß ausgeschlossene eigentliche Produzentin allen Reichtums, die letztendliche Vollstrekkerin gesellschaftlicher Vernunft.

Das Setzen auf die immanente Vernunft der kapitalistischen Entwicklung wird dann zum Wahn, wenn nur noch durch eine vehemente Willensanstrengung zu verdrängen ist, daß die idealisierte proletarische Agentin der Aufhebung nie etwas anderes war als eine Funktion des allgemeinen Verwertungsprozesses, nicht mehr und nicht weniger als variables Kapital. Geboren aus der als naturhaft begriffenen Selbstverwertungslogik des Kapitals, aufgewachsen unter dem als Chance idealisierten Zwang zum Verkauf ihrer einzig verfügbaren Ware konnte die Arbeiterklasse ein *„Klassenbewußtsein“* stets nur als ihren Status affimierendes hervorbringen und *„Klassenkampf“* als den allgemeinen Verwertungsprozeß festigendes und vorantreibendes Element praktizieren. Damit war sie fester Bestandteil des ohne die List der Vernunft nackt als Wahn dahstehenden Fetischkults von Warenproduktion und -tausch.

„Hatte die materialistische Kritik der Gesellschaft dem Idealismus einst entgegengehalten, daß nicht das Bewußtsein das Sein, sondern das Sein das Bewußtsein bestimme, daß die Wahrheit über die Gesellschaft nicht in ihren idealistischen Vorstellungen, sondern in ihrer Wirtschaft zu finden sei, so hat das zeitgemäße Selbstbewußtsein solchen Idealismus mittlerweile abgeworfen. Sie beurteilen ihr eigenes Selbst nach ihrem Marktwert und lernen, was sie sind, aus dem, wie es ihnen in der kapitalistischen Wirtschaft ergeht. Ihr Schicksal, und wäre es das traurigste, ist ihnen nicht äußerlich, sie erkennen es an.“ (Horkheimer/Adorno)

Die linke Nichtanerkennung der proletarischen Selbstaffirmation als Ware, die daraus abgeleiteten Formen sowohl *„reformistischer“* wie *„revolutionärer“* Theorie und Praxis weisen sich als komplementärer Wahn zum offiziell herrschenden aus. Anstatt die radikale Kritik des Bestehenden als Chance und Voraussetzung des Kommunismus zu nutzen, anstatt die Einsicht in die grundsätzliche Menschenfeindlichkeit von Markt, Staat und dazugehörigem Personal als Scheidelinie zu deren wie auch immer gearteten Rechtfertigung zu begreifen, gefiel sich die Linke in der Sinngebung des Sinnlosen. Denn dann, wenn die vom Kapital blind produzierten materiellen Voraussetzungen einer möglichen, von Warenfetisch und Verwertungszwang befreiten Gesellschaft nicht ergriffen und gegen das Kapital benutzt werden, ist die Fortdauer der uns bekannten Verhältnisse ein barbarischer, durch nichts zu rechtfertigender *Un*sinn. Wer hier nach wie vor Chancen einer irgendwie als *„emanzipatorisch“* definierten Intervention sieht, ist selbst aktiver Bestandteil des allgemeinen Wahns. Gleichgültig, ob er hierzulande die Möglichkeit einer angeblich humaneren *„Zivilgesellschaft“* heraufdämmern sieht oder glaubt, die Ansprüche unzufriedener Staatsbürger in eine Bewegung zur *„Aufhebung“* transformieren zu können.

Gerade letzterem hängen die Theoretiker der *Krisis*-Gruppe an. Dabei hatten gerade sie sich in den letzten Jahre bei der Kritik des traditionellen Arbeiterbewegungs-Marxismus und des politizistischen Agierens der „Neuen Linken“ verdient gemacht. Allerdings kleben die Vertreter der von ihnen selbst neuerdings so genannten *„Nürnberger Schule“* noch an Vorstellungen, die ihre Herkunft aus den traditionellen Stammbezirken der von ihnen Kritisierten nicht verhehlen können. So glaubt der Nürnberger wertkritische Ansatz fest an das Entstehen einer emanzipatorischen Vernunft bei den von Linken gern gehätschelten *„Basisbewegungen“*. Hinzu kommt eine fatale Geschichtsmetaphysik, die noch die barbarischte Epoche kapitalistischer Nationalstaatlichkeit als notwendige Durchsetzungsphase für die letztendliche Aufhebung der Warengesellschaft interpretiert. Konsequenterweise steht am Ende der Vorstellung einer sich automatisch in Richtung *„Aufhebung“* bewegenden Geschichte die Vision eines selbsttätigen Ad-absurdum-führens des Kapitalismus.

Die vorliegende BAHAMAS widmet sich neben der Auseinandersetzung mit den *Krisis*-Positionen (auch der *Krisis*-Redakteur Ernst Lohoff kommt zu Wort) selbstverständlich den „traditionell antideutschen“ Themen. Die das Verantwortungsgefühl der rasenden Mitläufer provozierende Goldhagendebatte, der Skandal um Peter Handkes abweichende Serbiendarstellung, der Lübecker „Brandstifterprozeß“ und die militärpolitischen Ambitionen der BRD werden ebenso thematisiert, wenn auch anders als hierzulande bekannt, wie die Haltung der Linken zu Drogen und der Wunsch von Esoterikern nach „Ganzheitlichkeit“. Auch in dieser Nummer hat selbstverständlich die Kritik am Antisemitismus ihren Platz. In kaum einem anderen Phänomen kommt der gesellschaftliche Wahn so konsequent zu seiner Wirklichkeit.

Die Bahamas wird teurer

Ab dieser Ausgabe kostet die Bahamas im Verkauf 7,50 DM. Der Abo-Preis wird erst nach und nach auf diesen Preis steigen. Seit die Bahamas mit der Nummer 8 im Dezember 1992 / Januar 1993 erstmals öffentlich vertrieben wurde – vorher war sie ein internes Infoblatt der Gruppe K – konnte der Preis von 6 DM nur gehalten werden, weil der Vertrieb über Buchläden auf Soldaritätsebene abgewickelt wurde. Für diese Solidarität bedanken wir uns ausdrücklich. Nachbestellungen lohnten sich unter dem Kostenaspekt allerdings kaum. Diesen Zustand wollen wir ändern. Die jetzige Preiserhöhung wird deshalb zugunsten des Verkaufsrabattes vorgenommen.

Da sowohl die Kontoeinzüge als auch die Neuabos diesmal noch den alten Preis von 18 DM betragen, gilt also bei Abos noch für drei Ausgaben bis Herbst 1997 der alte Preis. Entsprechend wird bei unseren Einnahmen erst allmählich ein positiver Effekt zu verzeichnen sein, um gestiegene Ausgaben wie Porto u.a. auszugleichen. Erst dann werden wir mit den Eigeneinnahmen bei einem Abo besser fahren als beim Ladenvertrieb (der höheren Portokosten beim Einzelversand wegen). Also sind Abos jetzt besonders willkommen.

Das Grevesmühlener Gefühl

Vermittler und Besserwessis in Mecklenburg

„Safvan Eid hat die Hände vor sich auf dem Tisch gefaltet. Er hält sie sehr ruhig, nur die Daumen spielen miteinander. Ab und zu blickt er kurz zu seinen Anwältinnen, fängt ein flüchtiges Lächeln ein, fragt bei der Dolmetscherin einige Worte nach. Er strahlt Ruhe aus, als er – leise, aber mit fester Stimme – dem Lübecker Landgericht am Mittwoch fast drei Stunden lang seine Erlebnisse in der Brandnacht am 18.1. schilderte." Diese Prosa stammt nicht vom zuständigen Konsistorialrat für Kirchenasyl, auch nicht von Heribert Prantl, Deutschlands mutigstem und ethisch gereiftesten Journalisten, und Heinrich Böll kann es nicht mehr gewesen sein. Der hier Opfer eines berufstypischen Arbeitsunfalls geworden ist, hat monatelang die mit Abstand beste journalistische Aufklärungsarbeit zum Fall Safvan Eid geleistet. Wolf Dieter Vogels Kapitulation vor Sprache und Wahrheit (in der *jw* am 19.9.96) markiert die verlogene Konsequenz eines Unterfangens, das den Justizskandal suchte, wo gesellschaftliche Normalität zu analysieren gewesen wäre.

Enthüllungsjournalismus

Die sprachlichen Versatzstücke des Kolportageromans, mit denen die bürgerliche Presse die Vermenschlichung unmenschlicher Verhältnisse betreibt und sie damit stets aufs neue zementiert, finden in den linken Journalismus immer dann Eingang, wenn Entlarvung angesagt ist. Diese Methode unterstellt eine gezielt irregeleitete Öffentlichkeit, die Opfer böswilliger und pflichtvergessener Agenten von Staatsmacht oder Kapital zu werden drohe. Bei richtiger Information, so unterstellt der Enthüllungsjournalismus, werde der Schleier aus Lüge und Irreleitung abfallen und die Wahrheit ans Licht treten. Wahrheit sucht er mit Vorliebe im *Recht*, weshalb die Aufdeckung von Justizskandalen eine traditionelle Domäne des Enthüllungsjournalismus ist. Ob nur die Machenschaften einzelner rassistischer Justizbediensteter aufgedeckt werden, oder der Skandal als beredtes Beispiel für die rassistische Verfaßtheit des ganzen Systems herhalten muß, unterstellt wird das Vorhandensein einer *wirklichen Gerechtigkeit*, die sich angeblich vom nur formalen Recht der Mächtigen unterseheide. Im Kampf um wirkliche Gerechtigkeit kommt dann verblüffenderweise das ganze Arsenal der Strafprozessordnung zum Einsatz, die gegen ihre Mißbraucher anklägerisch ins linke Analyseinstrumentarium übernommen wird. Wo für wirkliches Recht gegen seine angebliche Verdrehung durch die bürgerliche Herrschaft gestritten wird, löst sich der verhandelte Konflikt in menschliche Schicksale auf. Es bedarf der *Täter* und der *Opfer*: Die einen mit den Utensilien der Staatsmacht ausgestattet, die anderen – ganz nackt und nur Mensch, – aber erfüllt von der Würde des Redlichen, einem unheimlichen Getriebe konfrontiert. Und wo die Not am größten ist die Rettung nah. Sie präsentiert sich in Gestalt nimmermüder *Aufklärer*, die als Rechtsanwältin oder Journalist das unschuldige Opfer gerade noch dem Verhängnis entreißen.

Bis Anfang Juli schien fast jede Bemühung, Safvan Eids baldige Freilassung durchzusetzen und die ihm drohende Verurteilung abzuwenden, richtig. Bis zu diesem Zeitpunkt waren Wolf Dieter Vogels Recherchen und die Bemühungen des *„Lübecker Bündnisses gegen Rassismus"* unterstützenswert. Jeder neue Zweifel an Eids Schuld, der in die Öffentlichkeit getragen werden konnte, jeder Bündnispartner, ob Pfaffe oder Sozialdemokrat, der zur Erreichung dieses Ziels gewonnen werden konnte, war ein kleiner Sieg – nicht für die antirassistische oder sonst eine „Sache", sondern für den Angeklagten.

Durch seine Freilassung mit der Begründung, daß ein dringender Tatverdacht nicht mehr vorliege, hat sich die Situation geändert. Zwar geht es weiterhin darum, nicht nur den wahrscheinlichen Freispruch wegen Mangels an Beweisen zu erwirken, sondern einen, der ausdrücklich Eids Unschuld bestätigt. Die Lübecker Gerichtsveranstaltung ist allerdings seither nicht mehr der Ort sinnvoller antirassistischer Agitation. Nun geht es dem Enthüllungsjournalismus wieder allein um die Lübekker Inszenierung als *Beispiel* für die Zustände in diesem Land. Die jetzt lancierte Dikussion über das Versagen von Justiz und Öffentlichkeit nach dem Lübecker Brandanschlag, dient einzig der Selbstberuhigung liberaler Demokraten, die im einzelnen Asylbewerber einen netten Kerl zu entdecken vermögen, im Falle des massenhaften Auftretens jedoch seine humanitäre Entsorgung für angezeigt halten. Deren durchaus glaubwürdige Abscheu vor Selbsthelfertum nach Rostocker oder Lübecker Art ändert nichts daran, daß Liberale in der Abschiebungsfrage nicht über die Forderung nach humanitärem Vollzug und sorgfältiger Einzelfallprüfung hinauskommen. Ihre ideologische Nähe zu den Selbsthelfern findet Ausdruck im Abscheu vor dem einzelnen Schurken bei gleichzeitigem Einverständnis mit dem schurkischen Kollektiv. Dieses braucht sich von seinen Januar-Thesen, wonach sich der Asylbewerber selber anzünde, weil er nicht mit seinesgleichem im multiethnischen Heim friedlich zusammenleben könne, gar nicht groß zu distanzieren. Schließlich beweist ja der Prozeßverlauf, daß die Überlebenden einander wirklich nicht so freundlich gesinnt sind, wie Deutsche (auch jene paternalistischen Antirassisten, denen Streit unter Flüchtlingen das Weltbild beschädigt) es von ihren ausländischen Gästen erwarten dürfen. Es genügt die Selbstermahnung, den richtigen Befund nicht allzu schablonenhaft anzuwenden und ab und an auch einen irregeleitetn Deutschen als denkbaren Einzeltäter für möglich zu halten.

Das Ehrenbürgerrecht der Stadt Lübeck, mit dem Safvan Eid für den Fall seiner Freisprechung bedroht wird, verbunden mit einem Daueraufenthaltsrecht gnadenhalber, die zerknirschte Betroffenheit der Weizsäckerdeutschen über ihre Voreiligkeit und einige Ermahnungen an Toleranz und Mitmenschlichkeit, sind alles, was der Lübecker Prozeß bei günstigem Ausgang nach sich ziehen wird.

Antideutsch aus Versehen

Ein kleiner Kreis von Leuten aus der antirassistischen und antifaschistischen Szene hat nach Eids Freilassung Konsequenzen gezogen. Sie sagten kurzerhand eine Demonstration zur Prozeßeröffnung in Lübeck ab und wählten als neuen Demonstrationsort das nahegelegene Grevesmühlen. Was sie von der allein prozeßorientierten Mehrheit der Szene unterschied, erläuterten sie in einem Diskussionbeitrag für die *junge Welt* (22.8.): „Gegen den Staat und seine rassistischen Ermittlungsbehörden soll man/frau demonstrieren, was nicht falsch ist. Wer aber den Staat und seine Apparate losgelöst von der Bevölkerung wahrnimmt, verkennt die Realitäten in diesem Land. Die Pogrome der letzten Jahre bedurften keiner staatlichen Anordnung: die Massen demonstrierten ‚selbstbe-

stimmt', wie sie sich ,Politik der Straße' vorstellen."

Als uns kurz vor Drucklegung der BAHAMAS Nr. 20 der Demoaufruf nach Grevesmühlen erreichte, haben wir zugegriffen, den Aufruf neu formuliert und zur Teilnahme aufgefordert. Daß dieses Unternehmen die guten Deutschen, die je nach politischer Vorliebe die *FAZ* oder die *Arranca* lesen, veranlassen würde, einmal mehr die Frage, „wie halte ich es mit meinem Volk" bekennerhaft zu beantworten, schien uns evident. Spannender noch war, daß sich das Demo-Bündnis außer den notorischen Provokateuren vom *„Cafe Morgenland"* nicht aus der antideutschen Szene rekrutierte und gleichwohl sehenden Auges in die antideutsche Falle getappt ist. Sie haben daraufhin ihr Fett von jener antirassistischen und antifaschistischen Szene abbekommen, der sie selber angehören. Auf sie schlägt nun zurück, die Solidarität mit dem Angeklagten so ernst genommen zu haben, daß sie sich mit den Hintergründen der Lübecker Inszenierung zu beschäftigen begannen. Dabei kamen sie vom Weg der bereichspolitischen Beschränktheit ab. Statt ihre Kritik auf die Lübecker Staatsanwaltschaft, die bürgerliche Presse und Politik zu beschränken, wie es der gewöhnliche Antirassismus tut, um zwischen der redlichen Bevölkerungsmehrheit und ihren böswilligen Verführern zu differenzieren, stellten sie den rassistischen Konsens der ganzen deutschen Bevölkerung ins Zentrum ihres Aufrufs. Das brachte ihnen den Bannfluch der Szene ein, die mit ihnen so verfuhr, wie vorher schon mit den klassischen Antideutschen. Die aus den *Interim*-Artikeln gegen den 8.Mai-Aufruf des antideutschen Lagers bekannten Textbausteine (siehe dazu BAHAMAS 17) mußten gegen die Vorbereitungsgruppe der Grevesmühlen-Demo nur noch abgerufen werden. Die folgenden Beispiele, die alle aus einer Erklärung des *„Lübecker Bündnisses gegen Rassismus"* vom 22.8.96 stammen, verdeutlichen das: „unpolitisch und sektenhaft", „zu einer differenzierten Analyse und damit zu wirksamem Auftreten gegen den Rassismus nicht mehr fähig", „mit linker emanzipativer Politik schlicht unvereinbar", „nur das eigne Rechthaben nach außen tragen", „kontraproduktiv".

Gegen die linken Hilfsstaatsanwälte

Schon kurz nach dem Lübecker Brandanschlag fand eine markante Spaltung statt. Leute um das *„Cafe Morgenland"* erdreisteten sich, den Fetisch der *Neutralität* bei der Wahrheitssuche antirassistischer Hilfsstaatsanwälte in Frage zu stellen. Sie behaupteten stattdessen Safvan Eids Unschuld, ohne irgendeine Recherchearbeit vorweisen zu können und unterstellten, die wahren Täter würden geschützt, um der deutschen Volksgemeinschaft einen Persilschein auszustellen. Dieser Verstoß gegen die Seriösität stützte sich allein auf ein Argument: Die Aussagen der überlebenden Bewohner des Hauses in der Lübecker Hafenstraße, wonach es weder Eid noch sonst ein Hausbewohner gewesen sei. Ohne die Qualität dieser Aussagen juristisch zu überprüfen, war für *„Cafe Morgenland"* und andere klar, daß es sich um ein deutsches Verbrechen gehandelt haben mußte. Bemerkenswert an diesem Schluß war keineswegs seine Originalität, sondern daß sich ihm sonst niemand anschließen wollte. Zwar hat es die antirassistische und antifaschistische Linke nicht mit den öffentliche Solibekundungen für die angeblich zu Unrecht verunglimpfte Gemeinde Grevesmühlen gehalten, daß sie sich aber zur kritischen Begleitung der öffentlichen Tätersuche hergegeben hat, obwohl sie wissen müßte, daß die Täter nebenan wohnen, Artikel für Tageszeitungen schreiben und von Staats wegen die Ausländerfrage bearbeiten, hat sie nachhaltig diskreditiert. Mit mehrmonatiger Verspätung kam der Rest der Szene zwar auch auf den Trichter, aber praktisch erst dann, als die juristische Beweiskette für Eids Unschuld keinen anderen Schluß mehr zuließ. Nicht auszudenken, was die Bewegung heute von sich gäbe, wenn nicht so bemerkenswert viele Ungereimtheiten bei den Ermittlungen aufgekommen wären.

„Gewaltdemonstration geplant"

Den ursprünglichen Aufruftext für den Tag des Prozeßbeginns, der mit kernigen Parolen wie „Scheiß-Deutschland" gespickt war, wurde nur unwesentlich umgeschrieben. Immer noch stand die Solidarität mit Eid ganz im Vordergrund. Allerdings gewannen Losungen wie „die Täter sind überall..." und „diese Ordnung gilt es zu stören" wegen des neuen Veranstaltungsorts und dem Aufruf „den TäterInnen auf die Pelle rücken" eine höchst konkrete Bedeutung. Verbunden mit der Feststellung, „es hätte auch jedes andere Dorf, jede andere Stadt in Deutschland sein können." haben die Aufrufer sich, vermutlich ohne es zu ahnen, mit Leuten gemein gemacht, die auf den Bahamas und anderswo ihr selbstgerechtes Inseldasein fristen.

Das Grevesmühlen-Projekt stand völlig zurecht von Anfang an unter dem Verdikt, ein antideutsches zu sein. Außer der BAHAMAS haben das die *Lübecker Nachrichten*, die *FAZ* und die interessierte antifaschistische und antirassistische Szene erkannt.

Bereits am 6.8. widmete die *FAZ* dem Demovorhaben einen ausführlichen Artikel, in dem auf zu erwartende Ausschreitungen hingewiesen wurde. Diesem deutlichen Fingerzeig an die zuständigen Behörden in Grevesmühlen und Schwerin, die Demo zu verbieten, folgten am 13.8. die *Lübecker Nachrichten*, die als berufensten Zeugen den Sprecher des *„Lübecker antirassistischen Bündnisses"* präsentierte: „Nicht unterstützt wird die Demonstration vom Lübecker Bündnis gegen Rassismus. Sprecher Christoph Kleine: „Eine umstandslose Identifikation des Ortes Grevesmühlen mit den möglichen Brandstiftern halten wir für fatal. Ein solches Verhalten hilft der antirassistischen Bewegung nicht aus ihrer Isolation" Da es, soweit bekannt, keine Zusammenarbeit mit Gruppen vor Ort gebe, könne eine solche Demonstration von den Menschen in Grevesmühlen nur als Einfall der „Besserwessis" verstanden werden. Die Parolen auf dem Handzettel seien offensichtlich unpolitisch und sektenhaft." Das alles unter der Überschrift „Gewalt-Demonstration geplant – Berliner Gruppe ruft mit Hetzparolen zur Kundgebung auf."

Die zuständigen Ordnungsbehörden sind der Aufforderung zum Verbot nachgekommen und die Verbotsbestätigung des Schweriner Landgerichts nimmt Kleines Hinweis mit den Besserwessis auf. Gefahr für die öffentliche Sicherheit gehe von der Demonstration schon deshalb aus, weil zu befürchten stünde, daß sich rechts- und linksextreme Gewalttäter Auseinadersetzungen liefern würden.

In einer Erklärung des *ak kassiber*, die die BAHAMAS gerne mitunterschrieben hat, wird dem Lübecker Bündnis unterstellt, seiner Erklärung hätte nur noch der Zusatz gefehlt: „Außerdem unterstützen wir die Staatsschutzmaßnahmen für ein Verbot der Demo".

„Arranca" vermittelt

Das ging den Autoren eines der größten Szeneblätter, der in Berlin erscheinenden *Arranca*, die sich ganz auf die kritische Begleitung des Lübecker Protesses eingeschworen haben, ganz entschieden gegen den Strich. Diese radikale Zeitschrift formuliert trefflich, wo der linke Mainstream sich einrichtet, wenn Antira und Antifa und linke Organisationsdebatte unter einen Hut sollen. „Wie aber kann sich antirassistischer Widerstand verbreitern" fragt dieses Blatt und liefert eine Antwort, die zwar ein bißchen analphabetisch dafür aber zackig ist: „Vermittlung und Legitimierung der eigenen Praxis bleiben für uns zentral. Nicht weil wir uns scheuen genau hinzugucken, sondern weil wir sehr wohl genau hingucken." *Arranca*-Leser wissen

eben mehr. „Eine Linke, die auf die Möglichkeit von Vermittlung verzichtet, ist kein Faktor. Denn zu Ende gedacht bedeutet das: entweder die Kriegserklärung gegenüber (!) der deutschen Bevölkerung oder die Emigration. Und noch immer gilt: Die Zukunft ist noch nicht geschrieben – das Lied vom Ende der Geschichte ist eine alte Leier. Und Zähne zeigen wers Maul aufmacht." Wo man landet, wenn man als Linke keinen Faktor darstellt, weiß, wer die nationale Wende im KB 1990 mitverfolgt hat: Auf den Bahamas. Die schneidige Kriegserklärung, die vorsichtshalber grammatikalisch falsch, aber inhaltlich richtig nicht *an die* sondern *gegenüber der* deutschen Bevölkerung erfolgen müsse, also niemanden meint, ist ein Zugeständnis an den Verbalradikalismus, den man sich als Autonomer einfach schuldig ist. Gemeint ist freilich nicht der Kampf gegen die deutschen Verhältnisse, sondern das Bündnis mit der Bevölkerungsmehrheit, das *„Vermittlung"* genannt wird, weil es gescheiter klingt als *Anbiederung*. Wie Vermittlung geht, hat das *„Lübecker Bündnis gegen Rassismus"* am 22.8. in der *jungen Welt* erklärt: Man gehe in ein erwiesenermaßen rechtsradikales Nest, wo sich alle bis hin zur PDS über das Demo-Verbot gefreut haben und suche sich Bündnispartner gegen den Rassismus. „Voraussetzung für ein sinnvolles politisches Auftreten in Grevesmühlen wäre eine Kooperation mit antirassistischen Kräften vor Ort gewesen. Der massenhafte Einfall von ‚Besserwessis' in die mecklenburgische Kleinstadt wird jedenfalls keine positive Wirkung haben. Im Gegenteil, die Identifikation der EinwohnerInnen mit den möglichen Tätern aus ihrer Mitte wird reproduziert (!) werden." Diese grandiose Mischung aus Lügen, Kitsch und Analphabetismus bringt die von *Arranca* eingeforderten Vermittlungsleistungen auf den Punkt. Von „mecklenburgischen Kleinstädten" wie Grevesmühlen gingen im gleichen Sommer Wochenende für Wochenende Volksbelustigungen aus, die nur deshalb keine Todesopfer gefordert haben, weil auf ostdeutsche Campingplätze schon lange keine Ausländer mehr fahren, sondern nur „Besserwessis".

Die Identifikation der übergroßen Mehrheit mit jeglicher rassistischen, heimattümelnden oder sonstwie rechtsradikalen Betätigung ihres männlichen Nachwuchses ist erwiesen. Doch das schert Lübecker Antirassisten wenig. Sie sind der Mecklenburger Heimatkultur nicht nur geographisch nahe. Sie wissen wie jene, daß das Böse von außen kommt. Nie haben sie dem *„Cafe Morgenland"* eine kleine Demo am 23.3.96 in Lübeck verziehen, zu der sie dummerweise selber mit aufgerufen hatten. „Die Demonstration [in Grevesmühlen] wird mithelfen, genau das am Leben zu halten, was sie eigentlich kritisieren und angreifen soll. In dieser Einschätzung bestärkt uns das eigene Erleben der von auswärtiger Beteiligung geprägten Demonstration in Lübeck, auf der nicht einmal im Ansatz eine Vermittlung unserer politischen Inhalte an die Umstehenden gelang."

Klarheit ist nicht zu haben

Arranca formuliert schließlich für das Lübecker Bündnis und alle anderen Antirassisten stellvertretend, warum jede Sorte schäbiger *Vermittlung* einem klaren Standpunkt vorzuziehen sei. Man wisse schließlich selber nicht, was man eigentlich tue. „Denn Klarheiten im Antirassismus gibt es so wenig wie antirassistische AktivistInnen... Noch so sehr kann mensch sich bemühen: Eine Klarheit ist in dieser Frage nicht so einfach zu haben, wie es von antinationaler Seite eingefordert wird."

Das Elend des Antirassismus wie des Antifaschismus besteht darin, daß beide sich ihre bereichsspezifische Beschränktheit zum Programm gemacht haben. Es kann durchaus sinnvoll sein, auch in der radikalen Linken arbeitsteilig vorzugehen und sich die Kritik bestimmter Ausschnitte des gesellschaftlichen Unheils zum Schwerpunkt zu machen. Doch wenn die Ausschnitte den einzelnen Sachbereichsarbeiter das Ganze vergessen lassen, ist es um ihn geschehen. Wenn er der gesellschaftlichen Totalität, die sich *unter anderem* rassistisch äußert, ausweicht und in der liebevollen Hinwendung zur *partikularen* Barabarei für die *totale* sich nicht mehr zuständig erklärt, wird er zum Fachidioten. Zugleich hilft er, die gesellschaftlichen Zusammenhänge für undurchschaubar zu erklären und verfällt auf die ordinäre Vorgehensweise des Ausdifferenzierens. So kehrt in eine Linke, die sich zurecht von stumpfsinnigen Ansätzen der ML-Bewegung abgewendet hat, zurück, was unsere Lehrer immer schon gesagt haben: „Hüte dich vor monokausalen Schlüssen". Noch aus den krudesten Versuchen des traditionellen ML, alles in seine Schablonen einzupassen um so alles erklären zu können, spricht mehr Bemühung um Wahrheit als aus dem Denkbrei jener, die sich nicht damit bescheiden können, daß ihnen nie ein Licht aufgehen wird, sondern ihre Denkfaulheit zu der Erkenntnis verdichten müssen, daß es keinen Lichtschalter gebe.

Am schlimmsten ist jene tiefe Verkommenheit, die mit der Einsicht kokettiert, daß man als Angehöriger der richtigen Nation, mit den von ihr behaupteten Rassemerkmalen, qua eigener Existenz an der Aufrechterhaltung der rassistischen Verhältnisse beteiligt sei. Die Selbststilisierung als von eigner Schuld gebeugtem Privilegierten, der zu lebenslanger Selbstreflexion verdammt, zu keiner Klarheit kommen könne, ist die schwer betroffene Erklärung, die Gründe für Hoyerswerda, Rostock, Solingen, Mölln und Lübeck nicht verstehen zu wollen, mithin für wirkliche Abhilfe nicht zur Verfügung zu stehen.

Das Los der Kontraproduktiven

Der deutsche Konsens, den die zünftigen Antirassisten aufrecht zu erhalten helfen, hat die 200 Leute, die am 31.8. doch nach Grevesmühlen gegangen sind, der Polizei und dem Spott der faschistischen Jugend ausgesetzt. Gerade die Linken, die diese Demo ausdrücklich öffentlich in Verruf gebracht haben, tragen die Mitverantwortung für die Unterbringung dieser Leute in genau jenen Turnhallen, wo sonst Samstag nachts die betrunkene Jugend eingeliefert wird, nachdem sie wieder ein paar katholische Pfadfinder aus Celle auf dem nahegelegenen Campingplatz zusammengeschlagen hat. Sie haben die Reduzierung antirassistischer Kritik auf die periodischen Glaubensbekenntnisse der Prantls und Willemsens mit ermöglicht. Denn wie sagte schon das *„Lübecker Bündnis"*: „So, wie die Aktion angelegt ist, halten wir sie für kontraproduktiv. Wir haben uns daher entschlossen, dafür weder zu mobilisieren noch selbst dorthin zu fahren."

Der alte Vorwurf gegen Antideutsche, sie seien praxisfeindlich, hat sich im Fall Grevesmühlen auf seltsame Weise bestätigt. Eine Demonstration, also das was sich ein Bewegungslinker als höchste Form politischer Praxis vorstellt, wurde von den opportunistischen Volksfreunden, die sich die linke Szene nennen, einfach zur Anti-Praxis erklärt, weil der faschistische Mob daran Anstoß nehmen könnte. Solange diese Leute das Sagen haben, wird politische Praxis sein, was sie seit bald 30 Jahren ist: Die feierliche Erklärung, bei allen deutschen Angelegenheiten unbedingt mitmachen zu wollen.

Bleibt nachzutragen, daß der *jungen Welt* ein ähnliches Schicksal nur durch eine Feuerlöschaktion Jürgen Elsässers in der letzten Woche vor dem 31.8. erspart blieb. Hätte Elsässer nicht im Alleingang Artikel und Interviews und schließlich einen Kommentar produziert, wäre sein Blatt so antirassistisch dagestanden wie das Lübecker Bündnis es ist. Der zuständige Redakteur Vogel hat sich selbst in der ersten Ausgabe nach der Demo vom 3.9. mit keinem Wort zur Sache geäußert und wärmte stattdessen eine alte Geschichte aus dem Spiegel in Sachen Safvan Eid auf.

Justus Wertmüller

Wer übernimmt das Kommando?

Deutschland, die WEU und die NATO

Die am 5. Dezember 1995 von Präsident Chirac vor dem Nordatlantikrat in Brüssel angekündigte „uneingeschränkte" Rückkehr in die NATO, deren militärische Strukturen Frankreich in den 60er Jahren wegen Differenzen mit den USA verlassen hatte, sollte gleichzeitig den Anspruch der Europäer auf eine stärkere Position im Bündnis untermauern. Diese widersprüchliche Formel – Festigung des transatlantischen Zusammenhalts bei gleichzeitiger Stärkung seiner europäischen Komponente – ist auf der NATO-Ministertagung Anfang Juni 1996 in Berlin offiziell als Richtschnur einer seit den politischen Umwälzungen von 1989/90 anvisierten Strukturreform bestätigt worden. Bis zum NATO-Gipfeltreffen im Frühjahr 1997 sollen dazu konkrete Vorschläge präsentiert werden. Im NATO-Militärausschuß wird seither zwischen den führenden Mitgliedern mit zunehmender Härte um die Details gerungen.

Einigkeit besteht allenfalls darüber, daß die bisherigen drei regionalen europäischen Befehlsbereiche (Nord, Mitte, Süd) zu zweien (Nord, Süd) zusammengefaßt werden. Heftig umstritten ist dagegen die zukünftige personelle Besetzung der jeweiligen Führungsebenen. Frankreich forderte vor der NATO-Tagung Ende September im norwegischen Bergen, daß der Posten des Oberbefehlshabers Europa, der den regionalen Befehlsbereichen übergeordnet ist und bislang wie der Oberbefehlshaber Atlantik von den USA bestückt wird, in Zukunft durch einen „europäischen General" zu besetzen sei. Die „Europäisierung der NATO heißt für Frankreich Stärkung seiner eigenen Position durch Schwächung derjenigen Amerikas" (FAZ), weshalb dieser Vorschlag in den USA auf heftigen Widerstand gestoßen war.

Frankreich erhob daraufhin Anspruch auf das regionale Oberkommando Südeuropa in Neapel, welches aber ebenfalls von entscheidendem strategischen Interesse für die USA ist. Hierunter fällt der gesamte Mittelmeerraum, der seine Bedeutung nicht zuletzt durch seine Rolle als wichtiger Verkehrsknotenpunkt im internationalen Warenhandel und seine räumliche Nähe zur Golfregion erhält. Die hier ständig stationierte 6. US-Flotte ist zudem nicht der NATO unterstellt und stellt einen wichtigen Faktor für die Fähigkeit der USA dar, in kurzer Zeit im Nahen Osten aufzumarschieren. Vor dem Hintergrund der zunehmenden ökonomischen und politischen Konkurrenz zwischen den USA auf der einen, Frankreich und Deutschland auf der anderen Seite in dieser Region stellt sich der französische Kompromißvorschlag als eine provokante Herausforderung für die Weltmacht USA dar. US-Präsident Clinton wies den Anspruch deshalb in einem persönlichen Brief an Chirac kathegorisch zurück. Schon dieses unübliche Vorgehen, die gewöhnlich in den Hinterzimmern der NATO von Experten austarierten Auseinandersetzungen auf Präsidentenebene durch öffentliche Briefwechsel abzuhandeln, zeugt von der politischen Brisanz des Themas. Daran könne man erkennen, meinte denn auch die FAZ, daß es dabei „um die Umverteilung politischer Gewichte und Einflußmöglichkeiten zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und Deutschland – nicht um höhere Effizienz des Apparats" ginge.

Europäische NATO-Optionen

Der Konflikt zwischen den USA und Frankreich ist tatsächlich nicht die einzige Sollbruchstelle in der „neuen NATO". Die Vorschläge Frankreichs wurden von deutscher Seite unterstützt, was nicht bedeutet, daß die legendäre „deutsch-französische Achse" von Konkurrenz ungetrübt wäre. Von den britischen Vertretern im NATO-Militärausschuß wurde eine weitere Reformvariante ins Spiel gebracht und von französischer Seite, laut FAZ, mit Sympathie aufgenommen: Großbritannien und Frankreich bilden demnach – eventuell mit Spanien und Portugal – einen eigenen Kommandobereich West. Für Deutschland bliebe damit die Landes- und Bündnisverteidigung an der Ostgrenze sowie die ökonomisch und politisch kostspielige NATO-Osterweiterung.

Diesem Vorschlag – auch wenn er wenig Chancen hatte – fehlt es nicht an Brisanz, weil er die Deutschen an die Konstellation der Anti-Hitler Koalition erinnern mußte und z.T. mit realen Tendenzen aus den vergangenen Jahren korrespondiert: Großbritannien und Frankreich sind die einzigen europäischen Atommächte und haben die (bislang) exklusive Zusammenarbeit auf diesem Gebiet wie bei den Luftstreitkräften nach der Wiedervereinigung Deutschlands noch intensiviert. Die von Frankreich Anfang des Jahres angekündigte Militärreform – die Abschaffung der Wehrpflicht und der Aufbau einer kleineren Berufsarmee spezialisiert auf weltweite Militäreinsätze, sowie eine Umstrukturierung der Militärindustrie, die u.a. auf eine Intensivierung der europäischen Rüstungskooperation v.a. mit Großbritannien abzielt – geht in dieselbe Richtung. Kriegsminister Rühe hatte die französische Regierung schon damals kritisiert, weil beide Länder nun „unterschiedlichen verteidigungs- und sicherheitspolitischen Konzeptionen" folgten; während Frankreich mit dem Ausbau seiner „Interventionskräfte" die Absicht verfolge, seine Militärmacht weltweit einzusetzen, stünde die Bundeswehr mit der „Landes- und Bündnisverteidigung innerhalb der NATO" alleine da. Rühe hatte vor diesem Hintergrund die Beibehaltung der Wehrpflicht damit verteidigt, daß diese der Bundeswehr die Möglichkeit eröffne, die Personalstärke der Bundeswehr durch die Mobilisierung von Reservisten in kurzer Zeit auf etwa 700 000 Soldaten zu verdoppeln. Dadurch werde die Bundeswehr zum „zentralen Faktor europäischer Verteidigung auf dem Kontinent", während sich Frankreich „anderen Aufgaben" zuwende. Rühe drohte Frankreich zudem damit, sich aus der Kooperation bei der Entwicklung der gemeinsamen Aufklärungssatelliten Helios und Heros zurückzuziehen, die den Dreh- und Angelpunkt einer von den USA unabhängigen „europäischen Verteidigungsidentität" darstellen. Rühe hatte Anfang Oktober die im Entwurf zum Bundeshaushalt 1997 erstmals für die Satelliten eingeplanten 147 Millionen wieder streichen lassen, weil diese nicht zu dem „vordringlichen militärischen Bedarf" zählten. Er könnte mit dieser Trotzreaktion allerdings ernste Probleme mit seinem Chef bekommen, denn Kohl hatte sich gegenüber „seinem Freund" Chirac persönlich verpflichtet, Entwicklung und Bau des Prestigeobjekts mit 5 Milliarden Mark zu unterstützen. Eine endgültige Entscheidung soll auf dem deutsch-französischen Gipfeltreffen Ende des Jahres fallen.

WEU und NATO-Konzept

Bisher jedenfalls schienen Frankreich und Deutschland die idealen Partner, wenn es um den Aufbau der Europäischen Union und ihrer „gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik" ging, und Großbritannien stand abseits. Schon in den 80er Jahren hatten Mitterant und Kohl eine Reihe von Initiativen zur Intensivierung ihrer militärpolitischen Zusammenarbeit, speziell auch zur Wiederbelebung der WEU als

europäisches Komplement zur NATO, gestartet. Im Maastrichter Vertrag vom Dezember 1991 wurde die WEU dann als „die Verteidigungskomponente der Europäischen Union" propagiert. In Großbritannien hält man von diesen Plänen ungefähr so viel wie von der Währungsunion. Von der Bundesregierung wurde dieses Ziel jedoch zu Beginn der seit Anfang des Jahres tagenden Regierungskonferenz zur Überprüfung des Maastrichter Vertrags noch einmal hervorgehoben. Mittlerweile – v.a. in Folge der Umorientierung Frankreichs und der daraus resultierenden deutsch-französischen Dissonanz – scheint eine allein auf die WEU setzende eigenständige „gemeinsame europäische Verteidigungspolitik" (Positionspapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom Sommer 95) mehr und mehr gegenüber dem NATO-Konzept der „Combined Joint Task Forces" an Glanz zu verlieren.

Dieses beinhaltet im wesentlichen, daß in Krisensituationen nicht unbedingt die NATO als solche – d.h. heute noch immer unter Führung der USA – interveniert, sondern ein Ad-hoc-Bündnis europäischer Mächte die NATO-Strukturen auch für eigenständige Militäreinsätze nutzen kann. Dabei sollen auch – wie in Bosnien bereits geschehen – Nicht- bzw. Noch-nicht-NATO-Länder inklusive Rußland integriert werden können. Anfang Oktober hatte Chirac die USA erneut provoziert, als er Frankreichs Unterstützung dieses Konzepts von der Erfüllung seiner Forderungen nach mehr Einfluß in den NATO-Führungsgremien abhängig machte. Demnach sollte der Oberbefehlshaber Europa ein Amerikaner bleiben, dem ein Europäer lediglich als Stellvertreter zur Seite steht. Dieser Stellvertreter sollte jedoch einen eigenen Stab und weitreichende Vollmachten erhalten, um die europäischen NATO-Länder und WEU-Mitglieder zu eigenständigen Militäraktionen – ohne die Amerikaner – zu befähigen. Entsprechende Beschlüsse regeln schon heute, daß die Europäer in einem solchen Fall die NATO-Infrastruktur nutzen könnten. Die Zuständigkeit des amerikanischen Oberbefehlshabers wäre dann darauf beschränkt, der WEU den Zugriff auf diese Infrastruktur zu gewährleisten. Der europäische Stellvertreter erhielte seine Weisungen ausschließlich vom WEU-Rat – der amerikanische Admiral wäre zum bloßen Handlanger europäischer Generäle degradiert. Damit nicht genug: Die Ernennung des stellvertretenden Oberbefehlshabers sollte, so die französische Forderung, ebenfalls ausschließlich den WEU-Staaten obliegen; die USA, Kanada, Island, Norwegen, Dänemark und die Türkei würden dadurch „NATO-Mitglieder minderen Rechts" (FAZ), was auf eine Spaltung des Bündnisses hinausliefe.

Sonderling Deutschland

„Auf welche Weise die deutsche Einheit auch verwirklicht werden mag," prognostizierte Henry Kissinger 1966, „eines ist klar: es wird nicht dadurch geschehen, daß die Grenzen der NATO nach Osten verschoben werden." Kissinger dachte dabei natürlich nicht an die Osterweiterung, die im kommenden Jahr ebenfalls auf dem Reformprogramm der NATO steht, sondern brachte damit lediglich die gegensätzlichen Interessen beider Bündnispartner zum Ausdruck: Die NATO-Führungsmacht USA würde niemals für die revanchistischen Ziele der BRD in den Krieg ziehen. Da sich die BRD „als einzige unter den Westmächten", wie Kissinger damals weiter ausführte, „nicht mit dem Status quo zufrieden gebe", man in der Auseinandersetzung mit der anderen Supermacht allerdings schlecht auf eine starke BRD verzichten konnte, mußte hierfür eine besondere Regelung gefunden werden: Die BRD hatte ihr militärisches Potential der NATO zu unterstellen, sollte keine strategisch relevanten Waffen erhalten und durfte insbesondere keine Atomwaffen in die Finger bekommen. Frankreich, Großbritannien, die USA und die SU bekräftigten die „Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte" der Anti-Hitler Allianz für „Berlin und Deutschland als Ganzes" und zügelten den Sonderling nicht zuletzt durch eine ausreichend starke Truppenpräsenz.

In den 80er Jahren brachten der wirtschaftliche Aufschwung in Westeuropa, der damit sich anbahnende Hegemonieverlust der USA und die den Zerfall einleitende sowjetische Reformbewegung unter Gorbatschow die Grundmauern der nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa etablierten „balance of power" ins Wanken. In „Mitteleuropa" entstand ein Machtvakuum, in dem sich die BRD nun auszudehnen gedachte. Der Ton der Verbündeten änderte sich gleichzeitig. Im September 1984 propagierten Kohl und Mitterand auf den Schlachtfeldern des Ersten Weltkriegs bei Verdun die „Nation Europa". Im Mai 1985 beschlossen Kohl und Reagan auf dem Soldatenfriedhof bei Bitburg, den Kampf gegen „die Finsternis des Totalitarismus" gemeinsam zu Ende zu führen. Die BRD kam ihrem wichtigsten außenpolitischen Ziel näher. Im „Historikerstreit" verlangten Konservative eine „Revision der Geschichte des Dritten Reiches" und die Wiederherstellung der „inneren Kontinuität der Deutschen Republik".

Im September 1990 gaben die Mächte der Anti-Hitler Allianz ihre Kompetenzen bezüglich der „Deutschen Frage" an die Regierungen der BRD und DDR ab. Weit davon entfernt, seine Ziele befriedigt zu sehen, vertritt Deutschland seine Ansprüche seither unter günstigeren Voraussetzungen. Die unmittelbar auf die wiedererlangte Souveränität vollzogene Wiedervereinigung schloß den stürmischen Verlauf der politischen Veränderungen in Osteuropa keineswegs ab, sondern verlieh diesem durch die erstmalige Revision der europäischen Nachkriegsgrenzen die spezifisch deutsche Note: Nicht der bloße Wechsel von sozialistischen Regimen zu kapitalistischen, sondern die Neuaufteilung Osteuropas nach völkisch-nationalen Kriterien stand nunmehr auf der Tagesordnung. Die Wiedervereinigung schon wurde den NATO-Partnern durch die Mobilisierung der Volksmassen unter der Parole der „Selbstbestimmung" abgetrotzt und die Ausweitung der NATO auf das Gebiet der ehemaligen DDR gegen die Sowjetunion durchgesetzt. Kohl verdeutlichte die Grundidee dieser Politik gegenüber Gorbatschow theatralisch am Ufer des Rheins mit seiner superdeutschen Metapher von dem Fluß, den man zwar stauen könne, der dann aber über die Ufer trete.

Zur gleichen Zeit gelangten die ersten MIG-Kampfflugzeuge aus den Beständen der aufgelösten DDR-Streitkräfte in die Hände des kroatischen Generals Franjo Tudjman, der sich gerade anschickte, das „künstliche Gebilde" (FAZ) Jugoslawien in seine völkischen Bestandteile zu zerlegen. An Jugoslawien sollte also die nächste Operation zur Revision der „widernatürlichen" Nachkriegsordnung stattfinden. Vorher aber machten dem militärisch noch unterentwickelten Deutschland einige Schweinereien aus den 80er Jahren zu schaffen, die seine Ambitionen als kommende Weltmacht fast zu blamieren drohten. Im Persischen Golf positionierten sich im Herbst 1990 US-Flugzeugträger, um den von deutschen Spezialisten mit Massenvernichtungswaffen hochgerüsteten Irak in seine Schranken zu weisen. Die NATO war zu dieser Zeit kaum handlungsfähig, nicht nur weil ihre Infrastruktur nahezu ausschließlich auf die Kriegsführung gegen die Sowjetunion in Eruopa ausgerichtet war. Der über diplomatischen Druck unternommene Versuch der USA, Deutschland in die Pflicht zu nehmen und an der „antiirakischen Allianz", der sich ansonsten die wichtigsten europäischen NATO-Partner anschlossen, zu beteiligen, hatte nicht den gewünschten Erfolg.

Mit der für die Kohl-Regierung in solchen Fällen gänzlich untypischen Ausrede, das Grundgesetz lasse out-of-area Einsätze nicht zu, verweigerte diese den von sämtlichen Bündnispartnern und Israel geforderten militärischen Beistand. Deutschland schickte zwar schon im August einen Minensuchverband ins Mittelmeer – wo keine Minen waren – lieferte einige Waffen und Munition, spendete ein paar Milliarden zur Finanzierung des Militärauf-

marschs und war ab Anfang 1991 sogar mit eigenen Verbänden an der türkisch-irakischen Grenze präsent, achtete jedoch penibel darauf, nur dort in Erscheinung zu treten, wo kein Krieg stattfand. Eine geheime Weisung der Bundesregierung an den deutschen NATO-Botschafter soll, so wurde später berichtet, sogar verhindert haben, daß schon im Herbst 1990 die komplette Alliierte Eingreiftruppe der NATO einschließlich des deutschen Heeresanteils in die Türkei verlegt werden konnte. In der Diskussion um den sog. Bündnisfall (ab wann ist die NATO am Golfkrieg beteiligt) hatte die Bundesregierung den Standpunkt eingenommen, es müsse zwischen zwei Frontverläufen unterschieden werden: Einerseits die militärisch von den USA angeführte UN-Mission gegen den Irak von Saudi Arabien und dem Persischen Golf aus und andererseits die NATO-Front, die angeblich dazu dienen sollte, die Türkei gegen einen Angriff des Irak zu schützen. Zwar hing sich NATO-Generalsekretär Manfred Wörner – BRD-Kriegsminister in den 80er Jahren – frühzeitig aus dem Fenster und erklärte, der erste Schuß des Irak auf die Türkei würde von der NATO unmittelbar beantwortet; der damalige Außenminister Genscher stellte dagegen in einem Spiegel-Interview klar, die Türkeipränsenz der Bundeswehr hätte weder mit dem Bündnisfall, noch mit der UN-Mission gegen den Irak zu tun, sondern folge einem bilateralen Abkommen von 1970.

Einer gegen alle

Nur wenige Monate nach diesem Konflikt mit den USA in der Golfregion legte sich Genscher im Sommer 1991 mit seinen Kollegen in der EG an. Mit seinem Apell an die kroatischen Separatisten – „Mit jedem Schuß rückt die staatliche Unabhängigkeit Kroatiens näher" – stachelte er den Krieg zwischen Kroaten und Serben an und torpedierte die Bemühungen von UNO und EG um eine friedliche Beilegung des Konflikts in Jugoslawien. Als dann 1992 der „furchtbare Krieg in Bosnien-Herzegowina" ausbrach, vor dem UN-Generalsekretär Perez de Cuellar Genscher in einem Brief Ende 1991 ein letztes mal warnt hatte, falls dieser die Abtrennung Kroatiens und Sloweniens im Alleingang legitimiere, spielte das Grundgesetz als Hemmnis für Bundeswehreinsätze plötzlich keine Rolle mehr. Nun, wo es darum ging, Serbien in die Knie zu zwingen, standen die Deutschen – wie während des Golfkriegs – abermals allein da, jetzt aber als Wortführer einer NATO-Intervention. Ebenso die öffentliche Meinung, die die irakische Annexion Kuweits und die Zurückhaltung der Bundeswehr zuvor damit rechtfertigten, daß die dortige Grenzziehung ein Diktat des britischen Imperialismus gewesen sei; schon im Sommer forderten SPD, Grüne, Friedens- und Menschenrechtsgruppen die Bundesregierung auf, die Anerkennung Kroatiens und Sloweniens auch gegen den Willen der EG-Partner anzuerkennen. Ende 1992 kam es gar zu Tumulten innerhalb der Regierung, obwohl sich diese außenpolitisch bereits völlig isoliert hatte. Nach dem spektakulären Amtsrücktritt des Postministers Schwarz-Schilling, der dem Kabinett „Tatenlosigkeit" angesichts des „Völkermords" in Jugoslawien vorwarf, verlangte Arbeitsminister Norbert Blüm kurz vor Weihnachten in der Bildzeitung eine „Weltpolizei, die dazwischenfährt und den Amokläufern in Bosnien die Waffen aus der Hand schlägt". Der CDU-Bundestagsabgeordnete Stefan Schwarz forderte im Fernsehen ein „sofortiges militärisches Eingreifen", die serbische Luftwaffe müsse „ausgeschaltet" und strategisch wichtige Stellungen der Serben müßten „bombardiert" werden. Sein Fraktionskollege Karl-Heinz Hornhues vertrat die Ansicht, daß es gegen einen Einsatz der Bundeswehr „kein stichhaltiges Argument" mehr gebe. Der damalige NATO-Generalsekretär Manfred Wörner – in den 80er Jahren Verteidigungsminister – hatte wahrheitswidrig die Bereitschaft der NATO erklärt, in Jugoslawien „militärisch einzugreifen"; die NATO-Mitgliedsstaaten wünschten, behauptete er, „daß die Deutschen in einer Gemeinschaftsaktion der UNO auch militärische Verantwortung übernähmen".

In der CDU wuchs die Bereitschaft zum Verfassungsbruch ebenso wie die Neigung zum Lügen. In der UNO wie in der NATO gab es in Wahrheit erhebliche Widerstände gegen die von Deutschland geforderte rabiate Militärintervention. US-Kriegsminister Richard Cheney wandte sich zum Abschluß der NATO-Ministertagung Mitte Dezember 1992 entschieden gegen die – in Deutschland geforderte – Entsendung von Bodentruppen nach Jugoslawien, weil diese dann in einen „Guerillakrieg" hineingezogen werden könnten. In Großbritannien wurde eine Intervention mit der Begründung abgelehnt, daß die damals 2000 britischen Soldaten der UN-Friedenstruppe in Kriegshandlungen verwickelt werden könnten. In der NATO befürchtete man zudem, daß gerade ein Eingriff von außen zu einem Übergreifen der Militärhandlungen auf Mazedonien führen könnte und Albanien und v.a. die NATO-Mitglieder Türkei und Griechenland in den Konflikt hineingezogen würden. US-Außenminister Lawrence Eagleburger wies darauf hin, daß selbst ohne den Einsatz von Bodentruppen, bei einer reinen „Luftkampfaktion", die UN-Truppen aus Jugoslawien evakuiert werden müßten und damit die humanitären Hilfsaktionen der UNO unterbrochen würden. NATO-Militärs machten außerdem klar, daß es sich bei den Verletzungen des Überflugverbots über Bosnien, die in Deutschland immer zur Rechtfertigung einer NATO-Reaktion genannt worden waren, fast ausschließlich um Transporte von Verwundeten und Offizieren mit Hubschraubern gehandelt habe, also nicht um Militärhandlungen im eigentlichen Sinne. Den USA wurde daraufhin in der FAZ vorgeworfen, wegen ihres Interesses an den Öl-Ressourcen im Nahen Osten einen „Völkermord am irakischen Volk" begangen zu haben, den „Völkermord in Jugoslawien" aber tatenlos geschehen zu lassen.

Fach-Hilfe zum „Blitzkrieg"

Erst im Sommer 1995 setzten die Deutschen endlich ihren Willen durch. Ausgangspunkt dafür war der „Blitzkrieg" der von Deutschland mit Waffen und Aufklärungsdaten der NATO versorgten Kroatischen Armee Ende April in Westslawonien und ihre Großoffensive gegen die Serben in der Krajina Anfang August. Diese Militärschläge und die darauf folgenden, von Kroatien unterstützten Eroberungen der bosnischer Streitkräfte wurden von deutschen und den seit 1994 präsenten US-amerikanischen Militärberatern vorbereitet. Es folgten die spektakulären Luftangriffe der USA im September und nach dem Abschluß des Dayton-Abkommens der größte NATO-Einsatz aller Zeiten – die Ifor-Mission in Bosnien. Deutschland ist damit erstmalig das gelungen, was die BRD – seit sie 1955 Mitglied der NATO wurde – immer vergeblich versucht hatte: die Bündnispartner in einen Krieg zu verwikkeln, an dem diese niemals ein Interesse hatten. Der große Verlierer – abgesehen freilich von den Menschen in Ex-Jugoslawien – war dabei Frankreich, daß mit 5000 Soldaten nicht nur den größten Anteil der UN-Schutztruppen stellte, sondern mit ca. 40 Gefallenen auch den größten Anteil der Opfer zu beklagen hatte. Die Ironie der Geschichte will es, daß die französischen Verbände, die im kommenden Jahr mit deutschen Kampfverbänden in Zentralbosnien stationiert werden, ihre Befehle von einem deutschen Brigardegeneral erhalten. Stabschef im NATO-Hauptquartier für Ifor 2 – verspricht Rühe – wird dann ebenso ein Deutscher sein. Sollten sich die Deutschen auch noch mit ihrer Forderung durchsetzen, daß das Mandat der NATO-Truppen auf die Jagd auf serbische Kriegsverbrecher ausgeweitet wird, könnte Bosnien 1997 ein heißer Herbst bevorstehen.

Thomas Becker

Fetisch „Friedensprozeß“ und Israel

Die Interpretationshoheit für die deutsche Geschichte wird in Deutschland als eine Frage der Souveränität behandelt. Wenn diese z.B. von Goldhagen nicht respektiert wird, dann werden deutliche Worte gesprochen: „Ob dieses Buch am Ende aufklärend wirkt oder die Glut verborgener Ressentiments aufs neue schürt, bleibt noch eine offene Frage.“ (*Spiegel* 33/96 und *taz* 7.8.) Auch *Die Zeit* (6.9.) spricht „die Befürchtung“ aus, „daß das Goldhagen-Buch den mehr oder weniger verstummten Antisemitismus wieder neu beleben könnte“. Im Fernsehen (*ARD* 5.9.) wurden an Goldhagen zwei Zuschauerfragen gerichtet, die ebenfalls auf die Bedrohung des deutsch-jüdischen Verhältnisses hinwiesen: „Ist Herr Goldhagen bereit zuzugeben, daß auch Juden schlimme Taten begangen haben?“, womit nicht die begeisterte Teilnahme am Ersten Weltkrieg auf deutscher Seite mit der vergeblichen Hoffnung, den ständigen Verdacht der nationalen Unzuverlässigkeit abzuschütteln, gemeint war, sondern das Gebaren von Israel in Palästina. „Bedenkt Herr Goldhagen nicht, daß er mit seinem Buch das Verständnis, ja die Freundschaft zwischen Deutschen und Juden wieder kaputtmacht?“ (1) Wer den Deutschen mehr Wahrheiten über ihren Antisemitismus und dessen Geschichte mitteilt als sie selber wissen wollen, weckt den anscheinend nur schlummernden Furor, so befürchten sie. Die „Freundschaft“ zu Israel hat die gleiche Reichweite wie das deutsche „Verständnis“.

Daß Kritik an den Juden keinen Goldhagen braucht, belegen die Äußerungen deutscher Politiker, wenn sie erklären, daß die Zeiten ihrem Ende zugehen, in denen deutsche Geschichte ein Grund für zur Schau getragenes Wohlverhalten der deutschen Politik gegenüber Israel sein konnte. Eine vom Vorsitzenden des Auswärtigen Bundestagsausschusses, Hornhues, beigesteuerte Version drückte dies kürzlich so aus: Jetzt müßten die Zusagen an die Palästinenser verwirklicht werden, „sonst riskiert Israel neben den aus Enttäuschung über den Stillstand der Friedensbemühungen aufflammenden Unruhen auch einen erheblichen Verlust an Sympathie bei seinen Partnern in der ganzen Welt.“ Oder Staatsminister Schäfer: „Wir haben da Zusagen gemacht, aber das setzt voraus, daß der Friedensprozeß vorangetrieben wird und nicht plötzlich einen Rückschlag erleidet.“ (*FAZ* 27.9.) Längst sind dem auch praktische Schritte gefolgt. Inzwischen wurde z.B. die Entwicklungshilfe an Israel storniert und in die autonome Palästinenserverwaltung umgeleitet.

Freundschaft hat Genzen

Für die „Freundschaft“ zu Israel wurden schon deutliche Grenzen gezogen. Deutschland hat in der EU den „Kritischen Dialog“ mit dem Iran etabliert. Diesen „Dialog“ führt Bonn mit erklärten Gegnern des „Friedensprozesses“ im Nahen Osten. Iran operiert über die Hisbollah direkt an der israelischen Nordgrenze.

Mit dem Beharrungsvermögen gegen amerikanische und israelische Interventionen beim „Kritischen Dialog“ erntet Deutschland im Nahen Osten immer wieder Sympathie. Von dort wird Deutschland seine Vergangenheit, anders als von der jüdischen Seite, nicht vorgeworfen. Der Nahost-Korrespondent des *Independent* weiß dazu anläßlich einer arabischen Neuauflage von Hitlers „Mein Kampf“ in einem Beiruter Verlag zu berichten: „Der Holocaust – und seine Leugnung – war für Araber immer ein Problem. Im Laufe der Jahre habe ich oft gehört, wie Libanesen und Syrer, Ägypter und Saudis darauf beharrten, Hitlers Vernichtung der europäischen Juden sei ein „Mythos“, den die Israelis erfunden hätten, um ihren Zugriff auf arabisches Land in Palästina zu rechtfertigen.“ (*Zeit* 11.10.) Kein Wunder also, daß der Ex-Linke und französische Philosoph Roger Garaudy (2), der im letzten Monat anläßlich des Erscheinens einer arabischen Ausgabe seines Buches „Die Gründungsmythen der israelischen Politik“, laut *FAZ* (18.10.) in der arabischen Welt ein Verkaufsschlager, als Holocaust-Leugner und Antisemit durch arabische Hauptstädte reiste und auf seiner Vortragsreise in Damaskus von Vizepräsident Abd al-Halim Khaddam, in Beirut von Intelektuellen und in Amman vom jordanischen Schriftstellerverband gefeiert wurde.

Während im deutschen Fernsehen in Bezug auf Goldhagen davon gesprochen wurde, daß die Freundschaft zwischen Deutschen und Juden gefährdet sei, ist die deutsche Kritik an Israel davon unabhängig, seit April (Intervention im Libanon), sowieso im Anschwellen begriffen. Aufgebracht ist das Gerechtigkeitsempfinden ob des abrupten Endes des „Friedensprozesses“. Wie Goldhagens historische Kritik „Freundschaft“ und „Verständnis“ herausfordert, so fordert Israels Politik das Gerechtigkeitsempfinden heraus.

Für Verständnis und Freundschaft gegenüber Juden gibt es von deutscher Seite, in diesem Fall aus Sicht der *FAZ* (9.10.), klare Kriterien. Netanjahu hat viel bessere Aussichten als Goldhagen, diese zu erfüllen, denn während Likud-Regierungen „bisher in dem Ruf“ standen, „ein distanziertes Verhältnis zu Deutschland zu wahren“, in dem „die Last deutsch-jüdischer Geschichte ... stets der einzige Angelpunkt“ gewesen sei, hat Netanjahu bei seinem Vorstellungsbesuch in Bonn, damals noch als angehender Ministerpräsident, bereits deutlich gemacht, er sei am Ausbau der Beziehungen „sehr interessiert“ und halte Deutschland für einen „zentralen Partner“ Israels. Das unterscheidet ihn für die *FAZ* von antideutschen Juden. Als ein solcher gilt ihr der Likud-Minister Benjamin Begin (Sohn des ehem. Ministerpräsidenten). Dieser besteht darauf, daß die Beziehung zwischen Israel und Deutschland „nur von der Vergangenheit aus“ weiterentwickelt werden könne. Deshalb wettert die *FAZ*, die längst nicht jedes Fundamentalismus Feindin ist, gegen den „Siegelbewahrer revisionistischer Likud-Ideologie“, der von „Mißtrauen und Haß“ im „Friedensprozeß“ durchdrungen sei. Man ahnt schon, daß wir es hier mit jemandem zu tun haben, der „die Freundschaft zwischen Deutschen und Juden wieder kaputtmacht“.

Frieden, Frieden, Frieden

Deutschland ist heute mit seiner Friedensbewegung identisch. Sie ist Bestandteil der Außenpolitik geworden. Unfrieden paßt eigentlich nicht mehr so richtig in den deutschen Alltag. Es sei denn als Drohung von dessen Auftreten wie beim sozialen Frieden. Mit massenhaften Abschiebungen wird Frieden mit dem ausländerfeindlichen Potential geschlossen, in Kroatien wurde Frieden geschaffen und mit Friedenstruppen gesichert, weltweite friedenserhaltende Maßnahmen werden vorbereitet und die Maastrichtkriterien dienen dem Frieden in Europa. Da ist es geradezu natürlich, daß jede Quelle für Unfrieden und Gewalt einer Ächtung unterliegt. Wie das Wort Frieden inzwischen zu einem Synomym für die Rolle Deutschlands in der Welt geworden ist, so hat umgekehrt auch der Unfrieden derzeit einen festen Ort, zumindest in dem Teil der Welt, der Nahost genannt wird: Israel.

Aus deutscher Sicht wird auch der israelisch-palästinensische „Friedensprozeß“ in dieses weltweite Szenario eingefügt. Ge-

genüber einem als harmonisch vorgestellten Nebeneinander der Völker in ihrem „Lebensraum" wird Israel als der Störenfried ausgemacht. Frieden abstrahiert dabei von den realen Gegebenheiten und wird als positives Weltprinzip genommen. Wenn gestört wird, muß danach, ähnlich wie in Jugoslawien, der Störenfried zur Raison gebracht werden. Für die Israelis und mindestens einen Teil der Palästinenser bedeutet Frieden und „Friedensprozeß" jedoch etwas anderes.

Der Kern des „Friedensprozesses" ist der Verhandlungsprozeß. Auf diesen haben sich die beteiligten Parteien eingelassen, weil andere Optionen, seien es militärische, diplomatische oder wirtschaftliche, gescheitert waren, als nicht mehr finanzierbar oder als gefährlich für das eigene Regime galten. Ihre Stellung im „Friedensprozeß" bestimmt auch für viele Beteiligte die Möglichkeit, gegenüber ihren Geldgebern und Waffenlieferanten erfolgreich auftreten zu können. Wenn Israel, neben dem zentralen Anliegen der Verbesserung der äußeren und inneren Sicherheit, als Motiv für den „Friedensprozeß" das Szenario des „neuen Nahen Osten" entwickelte, der sich um Israel herum gruppieren sollte, statt es zu isolieren, so wurde dies von anderen Beteiligten, z.B. von Ägypten, als Dominanzkonzept und als unrealistisch kritisiert. Nun ist ein Friedenszustand ohne gemeinsame wirtschaftliche und politische Strukturen kaum denkbar, und dabei würde Israel schon von den Startbedingungen eine stärkere Position haben.

Aufgrund des vorhandenen Mißtrauens und dem Wissen, daß es bisher keine gemeinsame Option auf Frieden gibt, kam es in den letzten Jahren in der Region auch zu einer erheblichen Aufrüstung. Das gemeinsame Interesse der Verhandlungspartner vor der Netanjahu-Wahl war nicht das Zusammenkommen, sondern die Trennung von Palästinensern und Israelis.

Von diesen Bedingungen wird beim „Friedensprozeß" in Deutschland mutwillig abstrahiert. Nicht die Situation vor Ort, nicht die vorhandenen machtpolitischen Interessen Israels als bürgerlicher Nationalstaat, schon gar nicht die Interessen Israels auf Sicherung seiner Existenz werden zum Ausgangspunkt genommen, sondern der angeblich fehlende Wille der Israelis zum Frieden. Das war anders, als die Palästinenser noch als „Terroristen", repräsentiert durch die PLO, galten.

Es ist eine hartnäckige Unterstellung, daß Israel nur einen einfachen Schritt zum Frieden zu machen habe. Eine weitere hartnäckige Unterstellung ist, daß Frieden in der gesamten Region auf einer Einigung zwischen Israel und den Palästinensern beruhe. Hinter den Palästinensern, die als Opfer präsentiert werden, verschwinden die vielen anderen Interessen der am „Friedensprozeß" Beteiligten. Dagegen wird den Israelis der Wille zum Frieden abgesprochen und hinter ihnen häufig die USA als Akteur vermutet. Der Konflikt wird durch ein Idealbild vom friedlichen palästinensischen Volk verniedlicht. Vor diesem Hintergrund scheint der „Friedensprozeß" als fetischisiertes Allheilmittel. Das ganze hat mit dem Gegenstand der Verhandlungen z.B. in Hebron wenig zu tun. Es zieht aber Einmischung oder die Forderung nach einem Platz am Verhandlungstisch nach sich.

Was von den Gegnern Israels kommt, wird im allgemeinen als Reaktion auf Israels Verhalten interpretiert. Ägypten droht militärisch unter Anspielung auf den ägyptisch-syrischen Überraschungsangriff 1973 (Jom-Kippur-Krieg), während nicht nur radikale islamische Organisationen, sondern auch sog. „Gemäßigte" militärische Gewalt als eine „geeignete Reaktion" auf israelische Praktiken benennen. In Jordanien rufen ebenfalls „gemäßigte" Parteien dazu auf „allen Formen der Normalisierung der Beziehungen mit dem zionistischen Feind Widerstand zu leisten" (FAZ 14.10.). Syrien und Libanon verstärkten die Truppen an der israelischen Grenze massiv. Die Nachbarn erklären sich jeweils als Bewahrer palästinensischer Interessen. Daß die Tunnelöffnung in Jerusalem, über die es im Prinzip eine Absprache mit der islamischen Verwaltung gab, nun von den Palästinensern als Verletzung ihrer „Würde" aufgefaßt wurde, wurde von der Welt mit Verständnis aufgenommen. Daß die angebliche „Unterwühlung" einem antisemitischen Stereotyp entspricht, wird nicht thematisiert. Die pan-islamische Front gegen Israel wird auf das Konto des israelischen Friedensunwillens verbucht. Der „Friedensprozeß" ist nur der jeweilige Zustand gegenseitiger Erpressungen. Ebensolang wie vom „Friedensprozeß" wird auch von seiner Krise gesprochen.

Frieden als Intervention

Keine Weltmacht möchte sich leisten, in Anbetracht der Bedeutung des Nahen Ostens für Strategie, Rohstoffe und Kaufkraft in der Region ohne Einfluß zu sein. Die Implosion der Sowjetunion und das Ende ihrer Nahostpolitik hat dort die Größen erheblich verändert. Der „Friedensprozeß" unter der israelischen Arbeiterpartei war im Prinzip ein Versuch, die Hinterlassenschaften der „Systemkonfrontation" neu zu ordnen. Die EU versucht durch gute Kontakte zu den Kontrahenten Israels gegenüber den USA an politischem Einfluß zu gewinnen. Dies hat auch Versicherungen der Solidarität zu den arabischen Staaten zur Folge oder das Assoziierungsabkommen mit dem Autonomierat mitten in dem sich verschärfenden Konflikt. Mit der Anerkennung als eigenständigem EU-Partner wurden die autonomen Gebiete zum Quasistaat neben Israel, Ägypten oder Jordanien aufgewertet.

Die EU kann gegen den Einfluß der USA, der Patronatsmacht des „Friedensprozesses", nicht offensiv vorgehen, weil sie im Nahen Osten weniger machtvolle Optionen hat. Zwar ist sie an den massiven Aufrüstungen der Region auch beteiligt, im Vergleich zu den USA aber doch nur relativ gering. Das Spielbein der EU ist die Wirtschaftspolitik, weswegen sie auch den „Friedensprozeß" besonders schätzt, oder wie es aus Gaza hieß: „Die Europäer (hätten) beim Scheitern des Nahost-Friedensprozesses am meisten zu verlieren, da sie dafür am meisten bezahlt hätten." (FAZ 1.10.) Arabische Kreise hoffen, mit Hilfe Europas den Einfluß der USA untergraben zu können. In diesem Zusammenhang ist die derzeitige Bemühung Frankreichs um eine Vermittlerrolle im „Friedensprozeß", die von arabischen Staaten begrüßt und von Israel abgelehnt wird, ein Versuch, ebenfalls Terrain zu besetzen, das die SU geräumt hat. Nicht umsonst steht Syrien, das seine Politik auf sowjetische Waffen stützte, oben auf dem Besuchsprogramm von Chirac.

Die deutsche Politik, hat bisher eine geschlossene, massivere politische EU-Intervention verhindert. Dies ist keineswegs deren Isrealfreundlichkeit zuzuschreiben. Eine schärfere Intervention in der Region trifft schon deshalb nicht die von der deutschen Politik verfolgten Interessen, weil in der EU die Auseinandersetzung um die Schwerpunktsetzung der gemeinsamen Außenpolitik für die deutsche Seite entschieden wurde. Der Bereich Mittelmeerpolitik (mit dessen Hautverfechter Frankreich) wurde zugunsten der Osteuropapolitik (mit dem Hauptverfechter Deutschland) niedriger eingestuft. Bei der innerhalb der EU ausgetragenen Konkurrenz um die Schwerpunkte der Außenpolitik hat Deutschland eine Priorität für die Osteuropapolitik durchgesetzt. Deswegen und auch wegen der „besonderen Beziehungen" zu Israel wird die zweigleisige Strategie: „Freundschaft mit Israel" – Freundschaft mit den Arabern bis hin zum „Dialog" mit dem Iran verfolgt. Das war auch die Botschaft des von Schmittbauer dirigierten Gefangenen/Gefallenen-Austausches.

Karl Nele

Anmerkungen:
1) Zitate bei: 8. Mai Gruppe im Antinationalen Büro HH, Militanter deutscher Abwehrkonsens.
2) vgl. BAHAMAS Nr. 20, S. 34ff

Von den sauberen Händen zur keltischen Sonne

Padanien – die Lega und die Linke

Sichtlich aufgebracht rief am Abend des 15. September 1996 der ehemalige Parteisekretär des PDS, Achille Occhetto, vor versammelter Presse aus: „Jetzt hat sich die Lega in ein Monster verwandelt!" Kurz zuvor war in Venedig das Politspektakel der Unabhängigkeitserklärung der „Republik Padanien" mit einer Art Bücherverbrennung zu Ende gegangen. Die in Phantasieuniformen gehüllten Aktivisten der Lega Nord, auch „Grünhemden" genannt, hatten ihre erste Aufgabe als „Padanische Nationalgarde", die ihnen der soeben selbsternannte Premierminister Padaniens, Senator Umberto Bossi, gestellt hatte, erledigt: Nicht nur hatten sie während der Verlesung der „Rechte des freien Padaniers" die italienische Trikolore eingeholt und an ihrer Statt die Flagge Padaniens gehißt (die auf weißem Hintergrund ein grünes keltisches Sonnensymbol trägt, das entfernte Ähnlichkeit mit einer hybriden Hanfpflanze aufweist), sondern auch einen großen Scheiterhaufen aufgehäuft und entzündet, der aus Insignien und Dokumenten des verhaßten römischen Diebesstaates bestand. D.h. hauptsächlich aus Quittungsheften (zum Nachweis bezahlter Rundfunkgebühren) des staatlichen Fernsehens RAI und Bescheiden des Landwirtschaftsministeriums, die den Erzeugern die zulässigen Produktionsquoten mitteilen.

Angesichts dessen mußte Occhetto, der immerhin als „Erfinder der Eiche" (1) gilt, einräumen: „Zuvor", d.h. vor der proklamierten Sezession Padaniens von Italien, „wurde die Lega gepriesen als prinzipieller Verbündeter gegen Berlusconi. Hier liegt eine offensichtliche Fehleinschätzung vor: Wir haben Bossi nicht bekämpft für das, was er repräsentiert." (Corriere della Sera, 16.09.96). War es möglich angesichts Umberto Bossis und seiner Lega Nord je zu einer Fehleinschätzung zu kommen?

Die drei padanischen Tage, das Wochenende vom 13. bis 15.9.96, an dem die theatralische Inszenierung einer Fahrt Bossis entlang des von ihm so bezeichneten Gottes Po der Republik Padanien zur Geburt verhelfen sollte, markieren mitnichten die plötzliche Verwandlung eines Dr. Jekyll in einen Mr. Hyde. Zweifellos zwar trägt die ganze Aktion in ihrem Versuch, eine neue Staatsmythologie zu etablieren einen hochgradig paranoiden Charakter, angefangen vom proklamierten ethnischen Gegensatz zwischen Kelten und Lateinern, sprich Nord- und Süditalienern bis zur Quellwasserentnahme auf dem „Plan Del Re" (der Hochebene, auf der der Po entspringt), um damit in Venedig die padanische Flagge zu weihen. Dieser Charakterzug aber kennzeichnete die Ligenbewegung von Anfang an. Die Lega Lombarda, die 1982 gegründete Urkeimzelle der heutigen Lega Nord, versuchte den lombardischen Dialekt zu einer eigenen Sprache hochzustilisieren, womit, nach der klassischen Definition der Nation als Sprachgemeinschaft, der Status einer autonomen Region à la Alto Adige (Südtirol) angestrebt wurde. Wie bei ihrem Vorbild sollten Steuerautonomie (2) und ethnischsprachliche Quotierung bei der Vergabe von Arbeitsplätzen bis zu Kneipenlizenzen gelten. Bei der Lega Veneto (Venetien), die sich 1991 mit der Lega Lombarda (und kleineren Regionalbewegungen Norditaliens) zur Lega Nord vereinigte, wurde die eigentlich unrühmliche Rolle, die der nicht umsonst so genannte „Weiße Nordosten" bei den Vereinigungungskriegen Italiens spielte, zu einer Art nationaler Leidensgeschichte umgedeutet. Diese Leidensgeschichte sei angeblich dem an sich habsburgischen Venetien unter römischer Knute widerfahren. Der Populist Bossi bedient sich zentraler historischer Schlagworte des progressiven Lagers, wie etwa des „vento dal nord" (Nordwind), der ursprünglich eine Umschreibung des Partisanenkampfgeistes war. Bossi hingegen propagierte unter diesem Stichwort die Zerlegung Italiens in drei autonome Großregionen (Nord, Zentrum, Süd), entsprechend den herbeidelirierten drei italienischen Völkern, oder die seit 1995 stattdessen favorisierte Zweiteilung in Padanien und die Appeninhalbinsel (wie er Restitalien im italienischen Spiegel-Pendant „L'Espresso" am 12.09.96 bezeichnete) zu propagieren. Dies alles könnte kaum einen Zweifel am „razzismo diffuso" der Lega begründen, zumal ihr ehemaliger Chefideologe Gianfranco Miglio auch nie einen Hehl daraus machte, wie ernst es die Lega mit ihrem Wohlstandschauvinismus meinte. Sein bereits 1993 erschienenes vieldiskutiertes Buch (3), das das Ende Italiens für 1996 prophezeite, ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Der PDS im Kampf gegen die Lega?

Ochetto steht mit seiner Aufforderung, die Lega zumindest in Zukunft bekämpfen zu wollen, mittlerweile im PDS allein auf weiter Flur. Die Lega scheint dem PDS und der „Olive" so ans Herz gewachsen zu sein, daß man sogar der „Alleanza Nazionale", wie sich der MSI nach der Trennung von seinem Mussolini huldigenden nationalrevolutionären Flügel seit 1994 nennt, den Propagandaerfolg, sich als einzige antilegistische Kraft zu profilieren, überließ. Diese Gelegenheit nutzte Gianfranco Fini, Chef der AN, und Prototyp eines nationalliberalen Nadelstreifenfaschisten weidlich, um sich von 150.000 Demonstranten unter Absingen der Nationalhymne (und des alten faschistischen Kampfliedes „Boia, chi molla", zu deutsch ungefähr „Zum Henker, wer zurückweicht") in Mailand als Beschützer des Vaterlandes feiern zu lassen. Flau blieb nach diesem Auftritt die Ausrede des PDS-Innenministers Napolitano: „Auch wir hätten die Plätze füllen können, wollten aber Spannungen vermeiden." Eilfertig das Statement von Prodi, dem Regierungschef der Mitte-Links-Koalition L'ulivo : "Der Wirbel ist vorbei, jetzt beginnt der Dialog." (La repubblica, 16.09.96). Damit blieb er seiner Linie des prolegistischen Werbens treu. Süffisant gab die am Sezessionstag unter den Legisten verteilte Propagandazeitung Il Nord, Quotidiano della Padania (Tageszeitung Padaniens) Einblicke in Prodis Buhlen um der Lega Gunst: „Die Lega ist eine äußerst interessante und wichtige Bewegung, die uns (d.h. dem PDS) sehr viel näher steht als die Rifondazione!" (4)

Was hat eine sozialdemokratische Regierungspartei, wie der PDS, gemein mit einem ethno-esoterisch sich gebärdenden Haufen von Stammtischsteuerrebellen? Massimo D'Alema, Parteisekretär des PDS, gibt eine auf den ersten Blick, nicht nur

wegen der biblischen Metapher, überraschend anmutende Auskunft: „Die Lega ist eine unserer Rippen, sie ist die größte Arbeiterpartei des Nordens. Sie hat sehr viel mit der Linken gemein, sie und wir haben eine ähnliche gesellschaftliche Basis.“ (L'unita, 8.5.95)

Die Basis des PDS, früher des PCI, von der D'Alema spricht, ist regional so klar eingrenzbar, wie es auch in den Ursprungszeiten der Lega die Lombardei war. Der sogenannte „rote Gürtel“, bestehend aus den Provinzen Emiglia-Romagna, Toskana und Umbria; Gegenden, in denen seit Kriegsende der PCI immer die politische „Hegemonie“ (Gramsci) besaß, und deren Regionalregierungen – nachdem in den 70er Jahren im Rahmen des Niedergangs der Staatspartei „Democrazia Cristiana“ und des Strebens des PCI nach dem „historischen Kompromiß“ auf Druck des letztgenannten die Regionen mit selbstgewählten Regierungen ausgestattet wurden – immer der PCI stellte. Zwar war und ist bis heute der institutionelle Rahmen des regionalen „autogoverno“ (Selbstregierung) eng gesteckt, die Regionen verfügen über keinen eigenen Haushalt, sondern bekommen ihre Mittel von Rom zugeteilt, und alle regionalen Verordnungen treten erst nach dem Placet des Regionalbeauftragten der Zentralregierung in Kraft. Aber um des lieben Friedens willen ließ man in Rom die roten Regionen zumeist gewähren – und übernahm ihre Schulden als Staatsschuld.

Die Regionalisierung des Zentralstaates Italien war also ein Anliegen des PCI: Getreu der vom legendären Parteiführer der Nachkriegszeit, Palmiro Togliatti, ausgegebenen Parole, daß die Partei eine des Kampfes und eine der Regierung gleichzeitig sei (6), versuchte man, zumal der mythische „sorpasso“ – das Überholen der DC – nicht gelingen wollte, zumindest auf regionaler Ebene das, was auf nationaler Ebene nicht möglich schien: Die klassische Arbeiterbewegungs-Zwangsvorstellung eines Staates der Arbeit in die Praxis umzusetzen. Dieser Staat sollte im Gegenzug für effektiv verausgabte Arbeitskraft die Anarchie des Marktes suspendieren, und den im Staat, i.e. der Partei, verkörperten Willen zum integrationistischen Welfare garantieren. Mit diesem Konzept der Musterregion, in der ein fleißiges Völkchen mit einer maßhaltenden, sauberen Regierung vorexerziert, daß puritanischer Kapitalismus und Sozialismus identisch sind, hatte der PCI also stets schon dem Wahn Vorschub geleistet, daß es allein an der Ineffektivität des römischen Zentralstaats läge, daß die Früchte der ehrlichen Arbeit nicht von denen verzehrt würden, die diese Arbeit geleistet zu haben sich einbilden.

Nach dem Zusammenbrechen der ersten italienischen Republik, vollendet durch den Aufstand der – von der Mailänder Staatsanwaltschaft angeführten – Saubermänner, zeigt sich zwischen Lega und PDS aber mehr als nur eine formale Vergleichbarkeit von auf Regionalismus setzenden Parteien: Der Legismus ist das folgerichtige, wenn auch illegitim scheinende Produkt der „antimonoplistischen Demokratie“.

„Italien ist eine auf der Arbeit gegründete demokratische Republik“

Kaum irgendwo in Westeuropa hatte es dieses Konzept eines Bündnisses zwischen der organisierten Arbeiterklasse und den anderen produktiven Schichten des Volkes gegen die räuberisch-parasitären Monopolkapitalisten, das der Marxismus-Leninismus zur friedlichen Eroberung der Macht in den sogenannten hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften vorsah, so weit gebracht wie in Italien (6). Der Fetischismus der Arbeiterbewegung erblickte zwar überall in Europa im zweckrational organisierten Staat den Gegenpol zum irrationalen Markt. Dabei wurde dessen Irrationalität als Irrationalität persönlicher Art seitens der Kapitalistenklasse und ihrer egoistischen Interessen angesehen, die angeblich verhindern, daß die Produktivitätssteigerung der Arbeit den Arbeitern zugute käme. Der an sich neutrale, demokratische Staat müsse deshalb den Klauen der Zweckentfremder entrissen und in den Dienst des arbeitenden Volkes gestellt werden, das so auf demokratischem Wege mit Hilfe der Verstaatlichung die Übel des desorganisierten Kapitalismus beseitigen könne. In Italien aber, im Gegensatz zum restlichen Westeuropa, floß diese Auffassung in Staatsräson und Verfassung ein, deren Artikel 1 lautete: „Italien ist eine auf der Arbeit gegründete demokratische Republik.“

In der Realität bedeutete das, daß die im Faschismus gegründete Staatsholding „Istituto per la Ricostruzione Industriale“ (IRI) über den Zusammenbruch der Regimes hinaus Bestand behielt. Ihm gehörten die sechs größten Banken Italiens (bis 1994) ebenso an, wie (bis heute) die größten Teile der Stahl- und Werftindustrie, die Telefongesellschaft, die Ölgesellschaft AGIP, große Teile der Nahrungsmittelindustrie, die Elektrizitätsindustrie, Allitalia, die Rüstungsindustrie, RAI, Anteile an Chemie- und Textilindustrie etc.; alles in allem gehören ca. 35.000 Betriebe zum Bereich der Staatswirtschaft. (7)

Die Führungsebene dieser Staatsholding wurde vom politischen Beamtenapparat gestellt. Die DC unter De Gasperi, der ursprünglich gegen die Beibehaltung der Staatswirtschaft Vorbehalte anmeldete, versuchte sich durch die Postenvergabe eine Hausmacht gegen die eingebildete „kommunistische Bedrohung“ zu schaffen. Allerdings wurde der Sektor der staatlichen Industrie in den 60er Jahren zum Motor des Infrastrukturprogramms für den Süden (und damit Haupteinzahler in die „cassa di mezzogiorno“) und zum Modell für den Ausbau eines „Sozialstaates“ nach nordeuropäischem Vorbild. Im gleichen Maße spielte sich eine Form der institutionalisierten Interessenvermittlung ein, die bei der Postenaufteilung den gesellschaftlichen Proporz minutiös wiedergab, dementsprechend in den 70er Jahren auch den PCI und seine Gewerkschaften einbezog. Die schier unauflösliche Fusion aus Industrie und in Parteienform gegossenen gesellschaftlichen Kompromiß, die Italien zu einem Musterbeispiel für die sogenannte fordistisch-etatistische Nachkriegsära machte, nährte ihrerseits stets die fetischistische Fiktion, daß die gesellschaftliche Reproduktion eine von staatlicher Planung und politischem Willen abhängige Variable sei.

Die römische Partitokratie

Daß genau das Gegenteil der Fall ist, mußte auch der „keynesianische Leviathan Italien“ (Bossi) (8) ab Mitte der 70er Jahre erfahren. Allerdings nicht in Gestalt eines Privatisierungsschocks wie in Großbritannien, sondern in Form gallopierender Staatsverschuldung. Da die politische Legitimation des Staates untrennbar verwoben war mit seiner die Fährnisse des Marktes ausgleichenden Rolle als Großunternehmer, andererseits der politische Apparat der Republik, allen voran die Parteien, unmittelbar sich aus der Staatswirtschaft finanzierte, bestand keine andere Option als die, immer einige konkurrenzfähige Industriekonglomerate aus dem Staatshaushalt zu subventionieren, um Konkurse und Massenentlassungen zu vermeiden. Die Staatsschuld wuchs von 1981 70,5 % des Bruttosozialprodukts auf über 120 % im Jahre 1994. (9)

In der Form der Staatsschuld aber erscheint die Krise auch als vom Staat verursachte. Figurierte der Staat anfangs als Mittel, um in politischer Form die Anarchie des Marktes aufzuheben , so verkehrt sich die Rolle des Zentralstaates nun zu der eines vampirartigen Parasiten, in dessen immer raffgierigeren Steuerklauen der aus der fleißigen Produktivität erwachsene Wohlstand verschwindet. Das Bewußt-

sein aber, das einst den Staat als Unternehmer forderte und heute als Räuberbande verdammt, blieb sich treu; treu in der pathischen Projektion, die den unpersönlichen Tatbestand, daß die konkret geleistete Arbeit durch das Nadelöhr des Tausches als abstrakt-allgemeine mit ungewissem Ergebnis hindurch muß, irgendeinem Personenkreis anlastet. Waren das zu Togliattis Zeiten die unproduktiven, beutelschneidenden Großkapitalisten, so ist es heute die „römische Partitokratie".

Der ursprünglich auf dem Mist des PCI gewachsene Regionalismus enthüllt so durch den legistischen Amoklauf seine wahre Bedeutung. Was mit gramscianischen Untertönen als Regionalhegemonie gegen die christdemokratische Dominanz im Zentralstaat begann, war in Wahrheit die Geburtsstunde des „postfordistischen homo oeconomicus" (10). In den infrastrukturell höher entwickelten Regionen nördlich des Tiber entwickelte sich unter den Auspizien der Stagnation der Staatsindustrie und des Rationalisierungsdrucks in der Großindustrie eine Sozialstruktur, die als „fabbrica diffusa" (zerstreute Fabrik) bekannt wurde. Unter Rückgriff auf traditionelle Formen der Familiarökonomie (11) erblühte in der Lombardei, wie in der Toskana, das Kleinunternehmertum der Schwitzbuden, in denen der „padrone" an der Seite seines Sohnes und zweier oder dreier Arbeiter zehn Stunden am Tag schuftet; das ganze ermöglicht durch zinsgünstige Kredite per Dekret der Regionalregierungen, für die letzten Endes der Staatshaushalt geradestand. Die Wiederauferstehung frühkapitalistischer Mythen des Erfolges aus eigenem Fleiß vermischt sich mit den Residuen parteikommunistischer Arbeitsmetaphysik und Regionalstolz zu einem Gebräu, das als Feind der eigenen „lavorositá" (Arbeitsamkeit) die unproduktiven Schmarotzer des Zentralstaates und der südlichen Regionen identifiziert. Nicht zuletzt blieb dieser Saintsimonismus von der „eurokommunistischen" Euphorie der späten siebziger Jahre übrig. Berlinguers Vorstellung einer „revolutionären Austerität" (12) verband bereits die kleinbürgerlich-puritanische Sparmentalität mit der Vorstellung von „Strukturreformen", die zuungunsten der Ausgaben des Zentralstaates gerechten Lohn für gerechtes Tagwerk in einer regionalisierten „revolutionären Volksdemokratie Italien" versprach.

„Die Legisten sind wahrhaftige Vulgärmarxisten"

Fremd bleibt der lokalistischen Borniertheit, komme sie nun „weiß" oder „rot" daher, folgerichtig alles, was über den Horizont der regionalen „fabbrica diffusa" hinausgeht: Steuern für den Zentralstaat werden ihr zu Raub, die institutionelle Interessenvermittlung zwischen den Parteien, Gewerkschaften und dem Unternehmerverband gilt schlicht als Korruption. Die 1991/92 anlaufende Kampagne der „mani pulite" (saubere Hände) war die Revolte der postfordistischen Kleinkrämerei gegen die Ruine des zentralisierten Sozialstaates. Eine Kleinkrämerei, die der legitime Nachfolger eines Bewußtseins ist, das immer noch das Staatspersonal mit dem Wirken des Äquivalententausches verwechselt. Die gerade auch am linken Flügel des PCI geschürte Mafia-Hysterie, die Richter zu Volkshelden machte, vollstreckte die Transformation des Fetischismus in Italien, die den Staat vom Allheilmittel zum Gift umdeklarierte – und immer im Namen der ehrlichen Arbeit agiert. Treffend charakterisierte die Leitartiklerin Manuela Cartosio, die sich unter die Legisten am Poufer gemischt hatte, diesen Bewußtseinszustand: „Um die Gaben des ‚auserwählten' Bossi zu beschreiben, sagte einer, daß ‚er es war, der uns zeigte, wo unser Geld verschwindet'. In diesem Sinne sind die Legisten wahrhaftige Vulgärmarxisten." (il manifesto, 15.09.96)

Die Hände in Rom gehören momentan vermutlich zu den saubersten Europas – allein von der Erfüllung der Maastricht-Kriterien ist man genausoweit entfernt wie vor der autoritären Revolte, trotz gigantischer Einschnitte bei der Grundversorgung der Bevölkerung. Beim Anteil, den alle Formen von Arbeitslosenunterstützung am Staatshaushalt ausmachen, ist Italien mittlerweile mit lächerlichen 0,5 % sogar die Nummer 1 unter Europas Sozialsparern (La Nazione, 24.09.96).

Da die Regionalisierung der Politik, und damit ihre Ethnoföderalisierung, in Italien mittlerweile kaum mehr bestrittenene Geschäftsgrundlage gerade auch des PDS und der Olive geworden ist, haben sie dem sogenannten Bossi-Plan (13) zur Überwindung der Krise nichts substanziell anderes entgegenzusetzen. Bossi, der die Wirtschaftskrise Italiens darin begründet sieht, daß die die Innovationskraft des Nordens unterminierende Alimentierung des Südens nicht mehr in Form von Nachfrage indirekt auch dem Norden zugute kommt, sondern in den fernen Osten abfließt, schlägt die Einführung zweier Währungen vor. Die padanische Lira, die mit dem Kurs 500:1 zur DM in den europäischen Währungsverbund zurückgeführt werden soll, und die meridoniale Lira, die durch die Möglichkeit ihrer steten Abwertung geeignet sei, aus dem Süden eine Exportregion für Agrarprodukte und einfache Industriegüter zu machen.

Er grölt damit nur unverblümt heraus, worauf auch alle mit betulichem Klimbim vorgebrachten „Reformvorschläge" des PDS und der Olive hinauslaufen: Windet sich zum Beispiel Massimo Cacciari, ehemals Galionsfigur des militanten Operaismus in Deutschland und Italien, heute Bürgermeister Venedigs, mit seinen Vorschlägen eines postmodern gewandeten – um kulturelle Differenzen besorgten – Föderalismus, um Fragen seines Verhältnisses zur Lega herum (14), so werden seine wie Prodis Vorschläge zur Finanzreform auf Umwegen auch den Zielen der Lega gerecht. Sie sehen vor, daß jede Provinz Italiens einen annähernd mit Südtirol vergleichbaren Status erhält; 70 % der Einnahmen sollen der Provinz verbleiben, wichtige staatliche Sozialmaßnahmen, wie die Rentenversorgung, sollen in die Hände der Provinzen gelegt werden (15). Der Effekt ist klar: Ohne finanziellen Ausgleich durch den entmachteten Zentralstaat werden die Lebensverhältnisse in Italien krass auseinanderklaffen. Die jetzt schon weiterentwickelten Regionen werden zumindest informell an „Kerneuropa" angeschlossen, der Süden mag sehen, wo er bleibt.

Dessen Antwort läßt nicht auf sich warten: In manchen Wahlkreisen beträgt der Stimmanteil der AN bereits über 30 %. AN-Chef Fini plädiert für einen rigorosen „Presidenzialismo" – eine Entmachtung des Parlaments – um dem ganzen Land eine zentral-autoritär gelenkte neoliberale Roßkur zu verabreichen. Manch einer, der inspiriert von Brigantenromantik, auf eine Anti-Maastricht-Revolte des Südens hofft, wird dort dem immer länger werdenden Schatten Mussolinis begegnen.

Einzig die „centri sociali", besetzte Häuser und Kulturzentren in einem – in den Städten des Nordens und des Zentrums quicklebendigen Erbe aus den Zeiten der „Stadtindianer" – demonstrierten am padanischen Wochenende gegen Region und Nation. „Das Proletariat hat kein Vaterland" stand auf einem Spruchband, das der Demonstration in Mailand vorangetragen würde, was ebenso verdienstvoll wie im historischen Sinn richtig ist. Daß hingegen die Gemeinschaft der Fetischisten und Arbeitsmetaphysiker zu fast jeder Untat im Interesse des „Standorts" in der Lage ist, muß man leider noch hinzufügen.

Uli Krug

Anmerkungen:

1) „l'inventore della quercia", d.h. der Umwandlung des PCI in den PDS (Demokratische Partei der Linken), deren neues Symbol eine Eiche ist, deren Wurzel aus dem ehemaligen Hammer und Sichel-Emblem des PCI besteht.

weitere Anmerkungen nächste Seite

Die französische Linke im Fahrwasser des Negationismus?

Obwohl Frankreich neben Deutschland, Italien, den USA und anderen Ländern nur einer der Orte ist, an denen radikale Geschichtsrevisionisten aktiv sind, verdient es ein verschärftes Interesse. Mehr als irgendwo sonst gesellten sich Individuen, die ehemals zur radikalen Linken zählten, zu dieser Strömung. Antitotalitaristen freuen sich über die „Allianz der Extreme". Dennoch ist die Behauptung der FAZ vom 2.3.96: „Auschwitzlügner kommen in Frankreich nicht aus dem neofaschistischen Lager, sondern von der extremen Linken der Ultramarxisten" schlicht falsch.

Wie in anderen Ländern auch, bleiben die anfälligsten Kräfte für revisionistische Thesen nationale Bewegungen jedweder Couleur. Ob es sich dabei um die Unterstützung des eigenen oder eines „unterdrückten" Nationalismus handelt, bleibt in letzter Konsequenz egal. Daß die bürgerliche Presse den linken Einfluß in diesem Bereich aus Freude über ihre Entdeckung übertreibt, dürfte nicht weiter verwundern. Dennoch bleibt die Frage: Was treibt Linke oder ehemalige Linke, egal wieviele es letztendlich sind, ins revisionistische Lager? Die letzte Allianz von Neonazis und Linken bildete sich anläßlich des Erscheinens von Roger Garaudys neuem Buch „Die Gründungsymythen der israelischen Politik". Abbé Pierre, Ikone und beliebter Bündnispartner der Linken, solidarisierte sich offensiv mit dem ehemaligen KPF-Philosophen und seinen antisemitischen Thesen.

Didier Dannickxx, erfolgreicher Krimiautor und ehemaliges KPF-Mitglied, der sich heute zu den Autonomen zählt, alarmierte schon vor vier Jahren die Öffentlichkeit, als unter der Fahne des National-kommunismus die KPF-Zeitung *Humanité* und Zeitungen der *Front National* sich Wähler und Mitglieder streitig machten. (1) Eine Antwort auf seine Kritik bekam er aus dem linksradikalen Lager. Das linksradikale Spektrum in Frankreich umfaßt Gruppen, Zirkel und Individuen links von den Trotzkisten und der Féderation Anarchiste. Ende der 70er Jahre versammelte diese Strömung die Erben Bordigas (2), die Situationisten, Autonome und aus der Fédération Anarchiste ausgetretene Libertäre. Ihre theoretischen Grundlagen beziehen sie von Karl Korsch, den holländischen Rätekommunisten, Rosa Luxemburg und Max Stirner. Gemeinsam berufen sie sich auf Hegel, Macchiavelli, den jungen Marx, Machno und Durruti. Die Sozialdemokraten, Stalinisten, Trotzkisten und organisierte Anarchisten werden verachtet. Deshalb verweigert man Bündnisse und Zusammenarbeit mit politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Der Realsozialismus wird als Staatskapitalismus eingeschätzt. Die Revolution wird als die Zerstörung des Staates verstanden; der Kommunismus als die Abschaffung von Lohnarbeit und Geld.

1992 reagierten Angehörige dieses Spektrums auf die „links"revisionistischen Aktivitäten mit dem Pamphlet Die Feinde unserer Feinde sind nicht unbedingt unsere Freunde, das im linksradikalen Milieu verteilt und von der Zeitschrift *Le Monde libertaire* veröffentlicht wurde. Unterschrieben wurde es von einem kleinen Unterschriftenkartell aus der radikalen Linken.

Der Text verweist – manchmal wissentlich, manchmal unbewußt – auf theoretische Berührungspunkte zwischen Linksradikalen und Revisionisten, die in letzter Konsequenz zu Bündnissen führen können wie im Fall Garaudy/Abbé Pierre. Die libertäre Variante des Revisionismus bleibt bisher ein rein französisches Produkt, ist allerdings auch anderswo vorstellbar. Die Absicht der Autoren war nicht in erster Linie, sich von dem Flirt zwischen der KPF und dem Front National zu distanzieren, der sie wenig überraschte, sondern das Abdriften der ehemaligen linken Buchhandlung *La Vieille Taupe* (Der alte Maulwurf)

Anmerkungen zu Padanien:

2) Steuerautonomie bedeutet, daß der autonomen Provinz gemäß ihrem prozentualen Steueraufkommen am Gesamtsteueraufkommen Italiens der entsprechende Prozentsatz an staatlichen Transferleistungen zugute kommen muß; außer Südtirol erfreut sich noch der benachbarte "Trentino" dieses Privilegs.
3) Gianfranco Miglio: Italia 1996. Cosi è andata a finire, Mailand 1993.
4) Aus einem Interview am 02.05.95. Die „Rifondazione Comunista" ist das kleinere Spaltprodukt des PCI. Ursprünglich das Sammelbekken notorischer „tradizionalisti" des ehemaligen Parteiapparates, wie Cossuta; seit der linke Gewerkschafter Fausto Bertinotti die Leitung übernommen hat, versucht die Rifondazione sich stärker an die Traditionen der verblichenen parteifeindlichen „proletarischen Autonomie"-Bewegung anzulehnen.
5) Die offizielle Version wurde zuletzt von G. Cervetti niedergelegt: Partito di Governo e di Lotta, Rom 1977.
6) Auszug aus einer Rede Togliattis vor der verfassunggebenden Versammlung 1946: „Meine Herren, wenn Sie dieses Zusammenfließen zweier verschiedener Auffassungen (Gewerkschaften und Partei einerseits, die katholische Sozialbewegung andererseits, U.K.) als Kompromiß ansehen, so tun Sie es getrost ... für mich ... handelt es sich ... um die Ausarbeitung der Verfassung nicht der einen oder anderen Partei, sondern (um) die Ausarbeitung der Verfassung aller italienischen Arbeiter und also der ganzen Nation." Zitiert aus: L.Colletti/L.Libertini/L.Maitan: Staat und Revolution – heute, Berlin 1970. Noch die ganze Staatssymbolik ist von dieser Arbeitsmetaphysik geprägt, und erinnert an den Realsozialismus: Zahnräder prangen überall, vom Emblem der Bahnhofspolizei bis zum 200-Lire-Stück.
7) nach: Ferraris/Trautmann/Ulrich(Hg.): Italien auf dem Weg zur zweiten Republik?, Frankfurt 1995, S. 61ff.
8) Manifesto Bossi, L'Espresso 12.09.96
9) nach Ferraris a. a., S.72
10) So bezeichnet E.Günther den Sozialtypus, der hinter der legistischen Ideologie steht in seinem sehr lesenswerten Beitrag „Farçe con Forza" in der Jungen Welt vom 10.09.96.
11) Vgl. dazu die Thesen von Primo Moroni zur Entstehung der Lega Nord, deutsch in: Die Beute 2/94. Heute kommen nach statistischen Erhebungen auf 1000 Lombarden 70 (!) Unternehmer (La repubblica, 16.9.96).
12) Besonders prägnant faßte dieses Konzept L.Soriente zusammen: L'Austeritá inanzitutto una politica di cambiamento (Austerity ist trotz allem eine Politik der Veränderung), in: Rinascita 6/78
13) Manifesto Bossi, L'Espresso 12.09.96
14) Vgl. das Interview mit M. Cacciari in: Zibaldone Nr.18, Zeitschrift für italienische Kultur der Gegenwart, 11/94. Cacciari ist in den letzten Jahren mit ethnopluralistischen Werken wie einer „Geophilosophie Europas" unangenehm aufgefallen.
15) Vgl. Ferraris/Trautmann/Ulrich, a.a.O., S. 379ff.

ins revisionistische Lager zu kommentieren und sich von denen zu distanzieren, die den Dialog mit der extremen Rechten führen oder suchen.

Zunächst kritisiert dieser Text die Gemeinsamkeit der Neuen Rechten und liberaler Antirassisten in bezug auf Das Recht auf kulturelle Differenz. Dies beinhalte den Respekt einer Identität, die den Einzelnen von den Verhältnissen verpaßt werde. Kommunitarismus und klassenübergreifende Solidaritätskonzepte sollen eine Gesellschaft zusammenführen, die sich sowohl gegen internationale oder universelle Ideen als auch gegen den Kosmopolitismus konstituiere. Kiezmentalität, kleine überschaubare Gruppen und Kulturalismus bilden eine gemeinsame Grundlage, um dem „guten" Ausländer einen neuen gesellschaftlichen Status zu verpassen, damit der „schlechte" Ausländer umso deutlicher ausgegrenzt werden könne. Dabei, so die Autoren, fänden sich Altachtundsechziger und Rechtsradikale auf einer antistalinistischen Basis zusammen, deren Paranoia an die Zeit des Kalten Krieges erinnere. Der Text distanziert sich entschieden vom Revisionismus, den die Autoren als eine „extravagante Form des Antisemitismus" charakterisieren.

Dieser Aufruf ist im Anhang einer kürzlich erschienenen Aufsatzsammlung mit dem Titel Libertäre und Ultralinke gegen den Negationismus * dokumentiert. Der bekannte Journalist und Schriftsteller Gilles Perrault („Die Rote Kapelle", „Curiél") schrieb das Vorwort. Anlaß für diese Veröffentlichung war die Affäre Garaudy/ Abbé Pierre und die Reaktion der gesamten europäischen Presse darauf. Die Autoren wehren sich gegen den Vorwurf kalkulierter Komplizenschaft von Linken mit rechtsradikalen Geschichtsrevisionisten. Viel spannender als die Zurückweisung dieses Vorwurfs ist der Versuch, die Gründe für das Abdriften von, wenn auch nur wenigen, Linken ins revisionistische Lager in der Unzulänglichkeit der linken Theorie und Praxis selbst zu verorten. Dies ist allerdings nur zum Teil gelungen.

Der Negationismus

Negationismus und Revisionismus haben in Frankreich die gleiche begriffliche Bedeutung. Französische Linke glauben, daß der Begriff Negationismus deutlicher sei. Der Negationismus verfolgt das nationalsozialistische Projekt und versucht die Spuren der begangenen Verbrechen zu verwischen. Der Willen der Nationalsozialisten, die europäischen Juden systematisch auszurotten, wird abgestritten. Der Negationismus entstand direkt nach dem Zweiten Weltkrieg, erhielt aber erst in den letzten Jahren erheblichen Aufschwung. Da der Genozid schwierig zu leugnen ist, wird er zunächst abgeschwächt. Die Shoah wird als politisch-finanzieller Betrug zugunsten Israels interpretiert. Die Taktik der Negationisten besteht darin, ihre Thesen nur als Veränderung eines kleinen historischen Details darzustellen.

Pierre Rabcor beschreibt in seinem Buchbeitrag drei „Generationen" des Negationismus. Die erste agierte in der Zeit von 1945–1970 und bemühte sich, die Bedeutung der Gaskammern zu schmälern. Die schillerndste Figur dieser Generation bleibt Paul Rassinier, selbst ehemaliger Deportierter und lange Zeit engagierter Linker. Die zweite Generation (1970–1980) war die zahlreichste. Ihr Chefdenker war Robert Faurisson. Linke spielten dabei keine Rolle. Die dritte Generation formierte sich in den 80er Jahren und kam aus der linksradikalen Bewegung der 60er Jahre bzw. 1968. Neben Pierre Guillaume, dem Besitzer der Vieille Taupe, der durch die Affäre Roger Garaudy/Abbé Pierre wieder zu neuer Popularität gelangte, gab es Serge Thion, geb. 1942, der sich immer sehr für nationale und antikoloniale Befreiungsbewegungen engagiert hatte. Außerdem Alain Guionnet, der sich zwar selbst als linksradikal bezeichnet, aber vor allem durch seinen Antisemitismus bekannt geworden ist. Von Anfang an Mitglied der Gruppe *Guerre sociale* (Sozialer Krieg), hörte man einige Jahre nichts von ihm, bis er 1986 mit mehreren negationistischen bzw. antisemitischen Flugblättern an die Öffentlichkeit trat, die er mit Attila Lemage oder *Aigle noir* (Schwarzer Adler) unterzeichnete. Im März 1989 mündeten diese Aktivitäten in die Gründung der Zeitschrift *Révision*. Guionnet war der erste Negationist, der für seine Schriften ins Gefängnis mußte.

Das Gesetz Gayssot/Fabius

Die institutionalisierte Linke, d.h. die Sozialistische Partei (PS) und die Kommunisten (KPF), versuchen den Revisionisten auf juristischem Wege beizukommen und beschlossen im Juli 1990 mit knapper Mehrheit das Gesetz Gayssot/Fabius. Im Mai 1995 stand Faurisson vor Gericht und wurde wegen der Auschwitzleugnung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Im Juni desselben Jahres wurden Pierre Guillaume und M. Gandilhon – ein früherer Verkäufer der *Vieille Taupe*, der inzwischen mit Guillaume und den Revisionisten gebrochen hat – zu Zwangsarbeit und einer Geldstrafe von 20.000 Francs für die Verfremdung eines Anti-Aidsplakates zu revisionistischen Zwecken verurteilt.

Von linksradikaler Seite wurde das antirevisionistische Gesetz von Anfang an ebenso vehement abgelehnt wie von der Rechten. Die linke Kritik an dem Gesetz sieht darin eine Chance für die Negationisten, Popularität zu erlangen. Denn bei jeder skandalträchtigen Veröffentlichung käme es zu einem Prozeß und die Angeklagten könnten sich über eine Pressekampagne als Opfer darstellen, wie es Garaudy im Moment tut.

Darüber hinaus spricht die radikale Linke dem französischen Staat jegliches Recht auf ein Urteil über Antisemitismus und Rassismus ab. Denn erst 1995 habe ein französischer Staatschef die Verantwortung Frankreichs für die Deportation der französischen Juden anerkannt. Dem französischen Staat wird vorgeworfen, einerseits einen Antirassismus des Prinzips zu verkünden und andererseits eine staatliche Xenophobie zu betreiben, die sich durch eine seit 20 Jahren währende Verschärfung der Einwanderungsgesetze äußere und damit jeden Fremden zu einem potentiellen Straftäter stempele.

Bürgerlicher Antifaschismus oder Revisionismus?

Der Negationismus hat seinen Ursprung in diversen Ideologien: dem Antisemitismus, dem Antizionismus, dem Antikommunismus, dem völkischen Nationalismus und einer bestimmten Form des Antikapitalismus. Er bezieht seine Stärke daraus, daß er sich im Kern vor allem auf eine bereits vorhandene, aber offiziell verschmähte Ideologie bezieht und versucht, sie wieder salonfähig zu machen: den Antisemitismus, der außerhalb dieses Kontextes im Moment in Frankreich wenig Faszination ausübt.

Die linksradikale Variante des Revisionismus bleibt selten und ist schlecht ausgewiesen. François-Georges Lavacquerie, Mitherausgeber von Libertäre und Ultralinke gegen den Negationismus, beschreibt den linksradikalen Beitrag zum Revisionismus folgendermaßen: „Zwei Prozent Theorie – ausgearbeitet von der *Vieille Taupe* und *Guerre Sociale* und 98% Stammtischgespräche und Haarspalterei." (S. 27)

Ein beliebtes linksradikales Dogma besagt, eine Herrschaft sei so gut oder schlecht wie eine andere und folgert daraus, daß die Unterschiede zwischen Faschismus und parlamentarischer Demokratie überholt seien. Diese These, ursprünglich von der III. Internationale ins Leben gerufen und von Foucault philosophisch veredelt, blieb bis heute eines der Theoreme der radikalen Linken und war/ist auch in der BRD bei Autonomen und Antiimps

recht verbreitet. (3) So kamen die französischen Ultralinken zu dem Schluß, daß sich die Sozialdemokraten bei der Niederschlagung der deutschen Revolution von 1919, die Stalinisten bei der Liquidierung der spanischen Revolution und die Demokraten in ihren diversen Kolonialkriegen verhielten wie die Faschisten und zwischen ihnen keine Differenz mehr bestehe. Die republikanische Tradition wird vor allem als repressiv und ausgrenzend interpretiert. Teile der Ultralinken analysieren den Faschismus als ein Manöver der Bourgeoisie, um die Bevölkerung zu unterdrücken und deuten den bürgerlichen Antifaschismus als einen Versuch, die Aufmerksamkeit der Proletarier von dem Hauptwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit abzulenken. Diese Interpretation beinhaltet einen vulgären Ökonomismus, bleibt in einer Arbeitsmetaphysik verhaftet und entbehrt eines Ideologiebegriffs. Trotz manch zutreffender Kritik an anderen linken Strömungen stellen die französischen Linksradikalen weiterhin die Arbeit ins Zentrum ihrer Revolutionstheorie und verklären sie als etwas positiv zu besetzendes. Noch von einem Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit zu auszugehen, ignoriert völlig, daß der Kapitalismus sich von einer anfangs antagonistischen Gesellschaft zu einem Kontinuum entwickelte, in dem es zwar noch Gegensätze, aber keinen systemsprengenden Widerspruch mehr gibt.

So verdeutlicht auch die Analyse des Nationalsozialismus als einfacher kapitalistischer Verwalter und der Konzentrationslager als Abbild dieses Staates das tiefe Mißverständnis über die Natur des Kapitalismus im allgemeinen und die des Nationalsozialismus im besonderen. Ein derart kruder Antikapitalismus führt leicht zur Trennung von bösem und gutem Kapital, d.h. von spekulativem Finanzkapital und produktivem Industriekapital. Zur Nivellierung der Herrschaftsformen gesellt sich die spitzfindige Unterscheidung der Ausbeutungsformen. Der Nazismus wird schließlich als besiegte Ideologie abgehakt, während die demokratische Ideologie noch lange nicht erledigt sei.

Immer wieder neu: Verschwörungstheorien

Eine weitere linke Vorliebe, die leicht ins revisionistische Lager führt, wurde von den antinegationistischen Autoren ebenfalls unter die Lupe genommen: diverse Verschwörungstheorien, die immer wieder neu aufgelegt und interpretiert werden, wie zuletzt bei der Einschätzung der Krankheit Aids. Bounan, ein „mythischer Situationist", verurteilte in einem Ende der 80er Jahre erschienenen Buch über Aids die Homosexualität und riet den Aidskranken, sich mit homöopathischen Mitteln zu pflegen. Aids sei kein Virus, sondern Resultat einer Verschwörung, da diese Krankheit nur das Ergebnis der immer schlechter werdenden Existenzbedingungen sei, während die gesamte Ärzteschaft, die offizielle Wissenschaft und die Koalition aller Eliten die Massen über den wahren Tatbestand belüge. Das Buch wurde von den Situationisten inkl. Guy Debord hoch gelobt. Pierre Guillaume schließlich, der in seiner linken Phase überall Geheimdienstverschwörungen witterte, ist heute ehrlich von der jüdischen Weltverschwörung überzeugt.

Auch Sozialdemokraten und Stalinisten werden gerne als Hauptfeinde zu einer Verschwörerclique stilisiert. In der Zeitschrift *Banquise. Revue de Critique sociale*, die in den Jahren 1983-1986 mit vier Heften erschien, wurde der Antifaschismus als „heilige Allianz" von Revolutionären und Konterrevolutionären, Ausbeutern und Ausgebeuteten denunziert. Dieser linke Antitotalitarismus scheiterte nicht zuletzt an seiner unsinnigen Umkehrung der Totalitarismustheorie.

Serge Quadruppani, ehemaliger Mitarbeiter der Zeitschrift *La Banquise,* zieht in dem Sammelband eine ambivalente Bilanz seiner publizistischen Tätigkeit. Für ihn kamen die Negationisten gerade zur rechten Zeit, um den unfähigen Antifaschisten die Illusion zu verleihen, noch aktiv zu sein. Er behauptet, der demokratische Antifaschismus habe in den Konzentrationslagern und im Genozid seine definitive Legitimation gefunden. Egal welche Schweinerei begangen werde – dabei zählt er auf: Algerien, Vietnam, den Gulag – die Demokraten (und Stalinisten) könnten sich immer darauf zurückziehen, Hitler besiegt zu haben. Dieser Antifaschismus entbehre jedes politischen und sozialen Inhalts. Der wirkliche Antifaschismus bestünde hingegen in der Kritik des sozialen Friedens. *La Banquise* protestierte dagegen, daß der reale Horror der Konzentrationslager heute dazu diene, den Horror der modernen Welt zu akzeptieren. So werde der Schrecken der KZs verharmlost. Es gehe darum, die Einheit einer Welt festzustellen, die die Hölle der KZs genauso produziere wie das Paradies der Supermärkte. Auch Quadruppani meint – trotz aller Kritik an den Relativierungen des Revisionismus – nicht auf die Bemerkung verzichten zu können, daß es keinen absoluten Horror gebe, auch Auschwitz ein solcher also nicht gewesen sein könne. Seine richtige Kritik an der absurden demokratischen Vorstellung, ausgerechnet der Staat sei zu einer effektiven Abwehr von Rassismus und Antisemitismus prädestiniert, scheint ihm offensichtlich erst durch die Relativierung der Shoah wirklich glaubwürdig zu werden.

François-Georges Lavacquerie fordert in seinem Beitrag eine intellektuelle Bilanz der revisionistischen Anfälligkeit bestimmter Linker. Denn eine derartige theoretische Konfusion berge die größten Gefahren. Dem ist zuzustimmen. Die schnell zusammengestellte Textsammlung kann dabei nur als ein Auftakt betrachtet werden. Gesellschaftliche Bedingungen, die dazu beitragen, den Antisemitismus affektiv zu besetzen, nehmen die Linke nicht aus. Dieser Gefahr zu entgehen, kann durch intellektuelle Reflexion nur von den Linken selbst geleistet werden. Dazu bedarf es dann jedoch mehr als der durchaus richtigen Aufforderung von Lavacquerie: „Mit einem Antisemiten diskutiert man nicht. Man ignoriert ihn oder spuckt ihm in die Fresse."

*** Collectif: Libertaires et „Ultra-Gauche" contre le négationnisme. Editions Reflex. Paris 1996.**

Elfriede Müller

Anmerkungen:

1) Auch sein letzter Krimi, „Nazis dans le métro" (Paris 1996) befaßt sich mit dem Geschichtsrevisionismus.

2) 1919 vertrat der neapolitanische Ingenieur Amadeo Bordiga in dem Wochenblatt *Der Sowjet* ein Programm, das sich um die bedingslose Feindschaft sowohl gegenüber Reformismus als auch Anarcho-Syndikalismus zentrierte und die Wahlen und den Parlamentarismus vehement ablehnte.

3) Seit dem nationalen roll-back von 1989 fällt es in Deutschland jedoch schwerer, dem Geschichtsrevisionismus einen linken Anstrich zu geben. Die plumpsten Geschichtsklitterungen kommen einmal mehr aus der Ecke der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegung – diesmal von „links": In der Zeitschrift „telegraph" 3/95 verkünden zwei operaistisch-situationistisch angehauchte AutorInnen, daß angebliche „fundamentale Unterschiede zwischen den Verbrechen des Faschismus, des Stalinismus und der Demokratie" nur eine Lüge des „Spektakels" seien, erhöhen die Opferzahl des Bombardements von Dresden 1945 auf 250 000 Tote und behaupten, dieser alliierte „Staatsterrorismus" habe nur dazu gedient, „jede Möglichkeit von Aufständen und proletarischen Erhebungen" in Deutschland auszuschließen.
Zur Antiimp-Variante dieses Weltbilds vgl. Bahamas Nr. 20

Deutsche Libyer

Impressionen vom „Fifth Friendship Youth Camp 1996" in Al Garhbolli

Das Verhalten der westlichen Staaten gegenüber Libyen ist ein Paradebeispiel imperialistischer Politik. Nachdem in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts Italien in Libyen als Kolonialmacht gewütet hatte, übten nach der Niederlage des deutschen und italienischen Faschismus Großbritannien und Frankreich eine Treuhandschaft der Vereinten Nationen über Libyen aus. An den Folgen des 2. Weltkriegs leidet Libyen bis heute. Das deutsche Verteidigungsministerium weigert sich noch immer, Pläne über die von der Wehrmacht in Nordafrika angelegten Minenfelder auszuhändigen.

Die formale Unabhängigkeit ab 1951 änderte nichts an der realen Abhängigkeit von den imperialistischen Zentren. Bis zur Septemberrevolution von 1969 blieb Libyen ein wichtiger Militärstützpunkt für Großbritannien und die USA. Daß die Amerikaner nach der Revolution in Libyen nicht militärisch intervenierten und, wie auch Großbritannien, durch Verhandlungen zur Schließung der Militärstützpunkte zu bewegen waren, lag vor allem an deren Inanspruchnahme durch den Vietnamkrieg. Die USA haben die neuen libyschen Machthaber allerdings nie wirklich akzeptiert. Die teilweise hervorragenden Wirtschaftsbeziehungen ihrer imperialistischen Konkurrenten mit der Gaddafi-Regierung – allen voran der BRD, die den prozentual größten Anteil ihres Erdöls aus Libyen bezieht und heute zweitwichtigster Handelspartner des Landes ist – waren ihnen stets suspekt.

Ab Mitte der 80er Jahre wurde Libyen zum Lieblingsfeind der USA. Im Januar 1986 verhängten sie wegen Terrorismusunterstützung einen Wirtschaftsboykott gegen das Land. Zwei Monate später kam es zu Gefechten zwischen Amerikanern und Libyern im Mittelmeer mit über 50 Toten auf libyscher Seite. Bald darauf folgte der US-Luftangriff auf Tripolis und Benghazi. 1989 schossen die Amerikaner zwei libysche Militärmaschinen über internationalen Gewässern ab. Die fortschreitende Isolierung Libyens auf internationaler Ebene fand mit dem Inkrafttreten des Luftverkehrsboykotts der UNO 1992 ihren vorläufigen Höhepunkt. Seither ist dieses Embargo mit der heute kaum noch aufrechtzuerhaltenden Behauptung, die Verantwortlichkeit für den Anschlag von Lockerbie liege bei zwei libyschen Staatsbürgern, die vom libyschen Staat nicht ausgeliefert werden, immer wieder verlängert worden.

Das UN-Flugembargo in Verbindung mit dem Wirtschaftsboykott der USA schadet der libyschen Wirtschaft beträchtlich. Bereits vier Monate nach Verhängung des Embargos bezifferte Libyen seinen volkswirtschaftlichen Schaden auf 4,5 Milliarden US-Dollar. Die dadurch bedingten Einbußen führten zum Abbau fast aller sozialistischen Elemente in der libyschen Gesellschaft, die seit der Ende der 80er Jahre eingeleiteten wirtschaftlichen Liberalisierung ohnehin nur noch spärlich vorhanden waren. Beispielsweise soll der bisher noch kostenlose Zugang zur Gesundheitsversorgung demnächst durch ein geldvermitteltes Krankenkassensystem ersetzt werden. Gleichzeitig dient das Embargo dem libyschen Staat zur Legitimation einer verstärkten Repression gegen vermeintlich oder – zum Beispiel im Falle des Schwarzmarkts – tatsächlich embargobedingte Kriminalität, sowie zur Rechtfertigung der massiven Unterdrückung der größtenteils radikal-islamistisch orientierten Opposition. Wie stark die Stabilität der libyschen Regierung durch das Embargo beeinträchtigt wird, ist kaum einzuschätzen. Die Bevölkerung ist in jedem Fall unmittelbar von ihm betroffen. Die Unterstützung der Forderung nach Aufhebung des UN-Embargos und des US-Wirtschaftsboykotts sollte daher für Linke selbstverständlich sein.

Kollaborierender Antiimperialismus

Ebenso selbstverständlich sollte es aber auch sein, daß die Forderung nach Beendigung des Embargos nicht gleichbedeutend ist mit der Aufgabe der Kritik am libyschen Staat. Eben dieser Unterschied zwischen Kritik imperialistischer Politik einerseits und vorbehaltloser Parteinahme für ein Opfer solcher Politik andererseits scheint vielen Linken nicht geläufig zu sein. Die Unfähigkeit zu dieser Unterscheidung führt zu einem Antiimperialismus, der mit diversen Diktatoren, völkischen Nationalisten und Antisemiten kollaboriert.

Anschauungsmaterial für einen derartigen Antiimperialismus läßt sich bei den jährlich in Libyen stattfindenden „Friendship Youth Camps" sammeln. Diese Camps werden von der in Wien ansässigen „Jamahir Society for Culture and Philosophy" organisiert und weitgehend vom libyschen Staat finanziert. Aus einer Vielzahl europäischer und vereinzelt auch asiatischer, afrikanischer und südamerikanischer Länder wurden im September etwa hundert Leute aus „green, alternative and peace movements" zum „Fifth Friendship Youth Camp 1996" nach Al Garhbolli in der Nähe von Tripolis gebracht. Bei der Erstellung der Teilnehmerlisten sind die Libyer nicht gerade wählerisch: In vergangenen Jahren wurden zu ähnlichen Veranstaltungen auch österreichische Rechtsextremisten eingeladen. Im Gegenzug hielten sich einige der libyschen Vortragenden früherer Jugendcamps später bei FPÖ-Veranstaltungen in Kärnten auf.

Für die libyschen Veranstalter besteht das Ziel dieser Camps einerseits darin, den Teilnehmern die Grundsätze der „Dritten Universaltheorie" des „Großen Führers" Muammar Al Gaddafi nahezubringen. Andererseits dient die Anwesenheit von Ausländern, die als Delegationen verschiedener Länder und Repräsentanten einzelner Organisationen auftreten, dem libyschen Staat als Nachweis gegenüber seiner Bevölkerung, daß er bei weitem nicht so isoliert ist, wie allgemein behauptet wird. Dementsprechend präsent sind bei derartigen Veranstaltungen die libyschen Medien.

Mit Ausnahme einiger, die auf einen billigen Urlaub mit dezentem Polit-Hintergrund erpicht waren, ging es den meisten Teilnehmern darum, ihren seit langem in den Metropolen propagierten „Kampf für und mit den vom Imperialismus unterdrückten Völkern" etwas praktischer werden zu lassen. Daß sie im Camp mit Ausnahme der algerischen und marokkanischen Gastarbeiter, die, mit halb- oder einjährigen Arbeitsbewilligungen ausgestattet, für die Bewirtung der Antiimperialisten aus aller Welt zu sorgen hatten, vom sogenannten Volk kaum etwas zu sehen oder zu hören bekamen, störte sie dabei wenig.

Während einige Teilnehmer aus kommunistischen Jugendorganisationen oder Friedensinitiativen, beispielsweise aus Schweden, Lettland oder Italien, tatsächlich nur aus Neugier angereist waren und sich dementsprechend oft befremdet über die angebotenen Inhalte zeigten, waren andere in ihrer Solidarität mit Libyen nicht

zu erschüttern und von ihrer prinzipiellen Verteidigung der Septemberrevolution kaum abzubringen. Für Gruppen wie das „Revolutionary Committee of Ecuador“ oder die „Libyen Soliaritet Association Dano-Cubano“ und „Seif al Jamahiria“ aus Dänemark scheint die in offizieller Kurzvariante „Great Jamahiriya“ genannte „Sozialistische Libysche Arabische Volksjamahiriya“ tatsächlich so etwas ähnliches wie das „Paradise on Earth“ zu sein, wie es das Begrüßungstransparent im Camp wörtlich verlautbarte.

Aus der BRD war eine größere Gruppe vom „AK Süd-Nord“ angereist. Dieser ist vor allem in Bremen und Hamburg aktiv und rühmt sich bester Kontakte zum Oberantizionisten Karam Khella, dessen Schriften der Arbeitskreis zum Teil herausgibt. Der „AK Süd-Nord“ gehörte im Camp zwar nicht zur „Paradise on Earth“-Fraktion, hielt aber Kritik an Libyen prinzipiell für falsch, weil eurozentristisch. Ob es um eher harmlose Dinge wie das Bestrafen wegen Essens auf der Straße oder aber um das Abschlagen der Hand in „ganz schlimmen Fällen“ von Diebstahl, um die Todesstrafe für Drogendealer, um die Einweisung Schwuler und Lesben in die Psychiatrie oder um die Rolle der Frau, die Gaddafi kurz und bündig mit „Schönheit, Mutterschaft und Seelenfrieden“ beschrieben hat, geht – für den „AK Süd-Nord“ erklärt sich das alles aus einer anderen Kultur, die man zu respektieren habe und bei der man sich mit Kritik zurückhalten müsse. Daß die Anhänger Gaddafis ihre Vorstellungen als Modell für die ganze Welt betrachten – ein klarer Fall von Libyozentrismus – irritierte die Deutschen dabei keineswegs. Eine deutsche Teilnehmerin von der „German-Arab Peace Organisation“ war vom Leben in der libyschen Gesellschaft so angetan, daß sie gleich die Einführung der Todesstrafe in der BRD vorschlug.

Verbindender Antizionismus

Das eigentlich verbindende Element zwischen den libyschen Repräsentanten und den angereisten Antiimps war aber nicht die Vorliebe des libyschen Staates für repressives Vorgehen, das in schwächerer oder häufig stärkerer Ausprägung von jedem anderen beliebigen Staat auch zu haben wäre, sondern der rigide Antizionismus. Schon 1967 rebellierte die libysche Bevölkerung gegen den damaligen Monarchen auch wegen dessen mangelndem Engagement im Kampf gegen den „zionistischen Feind“. Seit der Septemberrevolution sind derartige Proteste überflüssig, da sich das neue Regime im Antizionismus kaum von jemandem überbieten läßt. Die letzten im Land verbliebenen ca. 3 000 Juden wurden 1970 ausgewiesen. Ihr Vermögen floß dem Staat zu.

Daß die libysche Regierung ihren antisemitischen Antizionismus erfolgreich an die jüngeren Generationen weitergibt, zeigte sich an Kinderzeichnungen, die in der Ruine des 1986 bombardierten „Leader's Headquarter“ hängen. Auf den gezeichneten Bombern prangt nicht die amerikanische Flagge, sondern der Davidstern.

Den Teilnehmern des Camps wurde eine Tanzgruppe vorgeführt, die Folklore mit Agit-Prop verband, indem in einen Kreis von Musikern ein wild gestikulierender Tänzer mit einem US-Trikot sprang, der dann von einem auf libyscher Freiheitskämpfer gestylten Tänzer attackiert wurde. Das US-Trikot zerriß, der Davidstern kam zum Vorschein und der so als Jude Enttarnte wurde im Tanz zu Boden geschlagen und getreten, bis der Anblick jenem der straßenwaschenden Juden im Wien des Jahres 1938 glich. Der Unterschied war, daß es sich bei den Herumstehenden diesmal um Linke handelte, die das Schauspiel mit tosendem Applaus würdigten und anschließend selbst das Tanzbein schwangen.

Die Ausgelassenheit wurde auch nicht getrübt, als bei einem Abendessen ein libyscher Campteilnehmer die mit einer Kombination aus Davidstern und Hakenkreuz verzierte arabische Ausgabe der „Protokolle der Weisen von Zion“ studierte, die er als „Wahrheit über das, was die reichen Juden mit der Welt vorhaben“ anpries. Zwei Leute vom „AK Süd-Nord“ zeigten reges Interesse. Daß sie angeblich nicht wußten, worum es sich bei den „Protokollen“ handelt, kann kaum als Entschuldigung gelten.

Nach dem Tod von über sechzig Palästinensern bei den Unruhen Ende September anläßlich der Öffnung eines antiken Tunnels in Jerusalem mutierte das „Friendship Youth Camp“ endgültig zur Internationale der Antizionisten. Auf einer eilends einberufenen „Krisensitzung“ wurde die Verabschiedung einer Resolution und das Abhalten einer Demonstration in Tripolis gefordert. In Ermangelung einer israelischen Botschaft schlugen zwei Mitglieder des „AK Süd-Nord“ das deutsche, englische oder türkische Konsulat als Demonstrationsorte vor. Wohl weil die Juden ohnehin die ganze Welt regieren. Der von den Camp-Teilnehmern gewählte „General Secretary“, im normalen Leben Mitglied der britischen „Socialist Labour Party“, wetterte gegen den „fascist zionism“. Auch die deutschen Antiimps qualifizierten Israel als faschistischen Staat und entdeckten so – in der bisherigen Faschismusforschung einmalig – einen Faschismus mit freien Parlamentswahlen, Gewerkschaften, einer Friedensbewegung und einer kommunistischen Partei.

Deutsch-libysche Freundschaft

In kürzester Zeit gab es in den Reden keinen Staat Israel mehr, sondern nur noch ein „zionistisches Staatengebilde“ oder „the so-called Israel“. In der Resolution, der dann immerhin die bulgarische, die polnische und die österreichische Delegation ihre Zustimmung verweigerten, wurde zur Unterstützung des Kampfes der Palästinenser zur Befreiung „ihres Landes von der zionistischen Aggression“ aufgerufen. Was das konkret bedeuten soll, hatte zuvor ein libyscher Philosophie-Professor erläutert: Alle Juden, die nach dem 2. Weltkrieg nach Israel kamen, müßten aus der Region verschwinden und in „ihre“ Länder zurückkehren – eine Forderung, die auch die Unterstützung des deutschen „AK Süd-Nord“ fand, dem meistens von einem Mitarbeiter des „Green Channel“, ein im dänischen Christiania ansässiger Piratensender, der sich nach dem libyschen Grün benannt hat und dessen Mitarbeiter zum Teil Mitglieder in der internationalen „Green Book Association“ sind, sekundiert wurde.

Während bei der Demonstration in Tripolis einige Campteilnehmer etwas unbeholfen versuchten, durch Transparenttexte wie „Demokratie in Israel und Palästina“ dem Ganzen einen anderen Charakter zu verleihen, dabei aber nur den Aufputz für die Gesamtinszenierung hergaben, wußte der „AK Süd-Nord“ sofort, wo sein Platz ist. Mit einem Transparent „No to Zionist Murder – Free Palestine Now!“ marschierten sie an der Spitze der Demo von der UN-Mission zum Grünen Platz. Damit brachten sie das Anliegen des Antizionismus auf den Punkt: nicht die Befreiung der Palästinenser von Unterdrückung, sondern die Befreiung des Landes Palästina von den Juden.

Auf dem Grünen Platz verlas der „General Secretary“, auf einer um einen Totenkopf ergänzten israelischen Fahne herumtrampelnd, die zuvor verabschiedete Resolution. Anschließend wurde die Fahne unter Applaus verbrannt. Dem „Ak Süd-Nord“ reichte dieses Spektakel aber noch nicht. Wie um beweisen zu müssen, daß die zuverlässigsten Libyer aus Deutschland kommen, hatte er eine eigene, schärfere Resolution verfaßt. Dies brachte der vortragenden Rednerin schließlich die Ehre ein, bei der Abschlußveranstaltung des Camps gemeinsam mit zwei anderen Frauen ein Geschenk für Gaddafi in die Fernsehkamera halten zu dürfen. Auch die deutsch-libysche Freundschaft beruht auf Sympathie und gemeinsamen Interessen.

Stephan Grigat

Unter dem Titel „Struktur und Geschichte – Determinismus und Emanzipation“ fand vom 6. bis 8.10. dieses Jahres in der niedersächsischen Provinz ein Seminar der Zeitschrift „Krisis“ statt, auf dem über Bedingungen der „Aufhebung“ der kapitalistischen Vergesellschaftung diskutiert wurde; ein Thema, das auch in der letzten Ausgabe der „Krisis“ (18/96) im Zentrum stand: Das „Projekt einer Erneuerung radikaler Gesellschaftskritik ist nun reif,“ wurde dort festgestellt, „um ... eingreifend wirksam zu werden.“ Darüber, wie es um die unterstellte „Reife“ tatsächlich bestellt ist, wurde auch in einem Streitgespräch unter dem Motto „Automatismus der Befreiung oder Befreiung vom Automatismus?“ auf Grundlage voneinander unabhängig konzipierter Referate von Ernst Lohoff (Krisis) und Clemens Nachtmann (bahamas) gestritten.
Wir dokumentieren die beiden Vorträge, weil wir es bemerkenswert finden, daß die „Krisis“, nachdem sie eine radikale Kritik am Arbeiterbewegungsmarxismus und am Politikastertum vorgetragen hat, sich nun ohne Umschweife auf die Fragen einer den Kapitalismus aufhebenden „Praxis“ stürzt, und hinter ihre eigenen Erkenntnisse zurückzufallen droht. Die „Krisis“ schreckt dabei nicht davor zurück, die Ökobewegung, die längst ihr volkstümelndes Potential voll entfaltet hat, nochmals als Subjekt der „Aufhebung“ herbeizuzitieren: „Bleibt es seinem Anliegen treu, so treibt das ökologische Bewußtsein aus seiner eigenen Logik heraus in eine ähnliche Richtung wie der wertkritische Ansatz“, glaubt Ernst Lohoff (Krisis 18, 108). Ernst Lohoff entwickelt in seinem Beitrag den Zusammenhang von Subjektkritik und Emanzipation. Clemens Nachtmann begründet, warum er im Bezug auf die „Krisis“ vom „Ende der Revolutionstheorie“ spricht.

Die Redaktion

Automatismus der Befreiung oder Befreiung vom Automatismus

Zum Streit um Determiniertheit und Emanzipation

In der linken Diskussion bzw. in dem, was von ihr übriggeblieben ist, hat die Position der „Krisis“ in den letzten Jahren regelmäßig heftige Abwehrreaktionen hervorgerufen. Der Anspruch, es sei heute notwendig, Gesellschaftskritik grundsätzlich neu zu formulieren und der „Krisis“-Ansatz stelle einen Anlauf in diese Richtung dar, wurde mehr als einmal energisch zurückgewiesen. Die „Krisis“ verkaufe „alten Wein in neuen Schläuchen“, so heißt es allenthalben.

Welchen „alten Wein“ die Krisis-Autorenschaft präsentiert, darauf konnten sich die Kritiker allerdings nie so recht einigen. Je nachdem aus welcher Ecke sie kommen, gehen die Einschätzungen in diesem Punkt auffallend weit auseinander. Gegen die Wertkritik Nürnberger Couleur werden von verschiedenen Seiten Vorwürfe geltend gemacht, die einander diametral entgegengesetzt sind und sich offensichtlich ausschließen. Wir werden gleichermaßen des Reformismus wie der Revolutionsromantik geziehen. Wir gelten wegen unserer Kritik an Politik und Staatlichkeit als verkappte Anarchisten, dann wieder als die letzten Erben Lenins und Stalins. Die Wertkritik firmiert bei den einen als Spielart des Kulturpessimismus, während die anderen in ihr die Fortsetzung eines naiven Fortschrittsglaubens sehen usw.

In seiner Gesamtheit klingt der Kritikerchor reichlich kakophonisch und demonstriert unfreiwillig das Gegenteil von dem, was die Einzelstimmen behaupten. Ein Ansatz, der so ziemlich mit jeder Position identifiziert wird, die irgendwann einmal im klassischen linken Universum vorhanden war, läßt sich in dieses Bezugssystem offensichtlich gar nicht einordnen - es sei denn, es handle sich um puren Eklektizismus. Eklektizismus allerdings ist bezeichnenderweise so ziemlich der einzige Anwurf, den wir bislang noch nicht zu hören bekommen haben.

Auf einer bestimmten Ebene bietet sich indes ein ganz anderes Bild. Sobald es weniger um den theoretischen Ansatz selber geht, sondern mehr um dessen metatheoretische, sozusagen „geschichtsphilosophische“ Einordnung, verschwindet das Stimmengewirr schlagartig. In dieser Beziehung sind sich so ziemlich alle unsere Kontrahenten einig und übereinstimmend heißt es mal mehr, mal weniger elaboriert: Die Wertkritik Nürnberger Prägung stehe in der Tradition der objektivistischen Strömung im Marxismus, sie vertrete einen extremen Determinismus. Wo sie von historischem Wandel spreche, meine sie damit immer „automatische Prozesse“ und dementsprechend sehe auch ihre Vorstellung von Emanzipation aus.

Die Einhelligkeit, mit der man dem wertkritischen Ansatz das Etikett „Objektivismus“ aufpappt, gibt natürlich zu denken. Es stellt sich allerdings die Frage, in welcher Hinsicht. Ist die Zuordnung bedenkenswert, weil sie das Wesentliche trifft, oder sagt sie mehr über die Zuordnenden als über das Zugeordnete aus? Ist es für die Wertkritik an der Zeit, bei ihrer Abgrenzung vom klassischen Marxismus innezuhalten? Sollte sie sich vergegenwärtigen, daß sie sich mit der Kritik an Klassenkampf, Arbeit und Politik zwar vielleicht inhaltlich-theoretisch in vielerlei Hinsicht vom klassischen Marxismus entfernt hat, dabei aber trotzdem, ohne es recht zu merken, uralten und an Kautsky u. Co. erinnernden metatheoretischen Prämissen treu geblieben ist? Oder verweist die Unisono-Anklage an die wertkritische Adresse eher auf das überlieferte, den restlinken Kritikern quer durch alle Fraktionen gemeinsame Denk- und Klassifizierungsschema und auf eine gewisse weitverbreitete Denkfaulheit bei der Rezeption der wertkritischen Zumutung?

Es wird nicht überraschen, wenn ich eher dazu neige, die zweite Position zu vertreten. Ich hoffe, dies auch einigermaßen plausibel machen zu können.

Der „Objektivismus" der Wertkritik

Warum die Wertkritik so gern der Rubrik „Objektivismus" zugeschlagen wird, läßt sich unschwer erklären. Diese Zurechnung ist zunächst einmal der Reflex auf die für den wertkritischen Ansatz in der Tat konstitutive Kritik jeder Subjektillusion. Die „Krisis" kam zu diesem Label, weil sie notorisch nach dem Bedingungszusammenhang fragt, dem die Warensubjekte unterworfen sind. Die Position gilt als objektivistisch, weil sie vehement die Existenz irgendeiner von der gesellschaftlichen Form unbeleckten aprioristischen Subjektivität bestreitet. Ist die Gleichsetzung dieser konsequenten Subjektkritik mit „Objektivismus" aber tatsächlich berechtigt und hilfreich, oder vernebelt sie nur die Fragestellungen, um die es tatsächlich geht?

Nähern wir uns dieser Frage zunächst einmal theoriegeschichtlich, so stoßen wir sofort auf einen Sachverhalt, der zu denken geben sollte. Wenn Objektivismus identisch zu setzen wäre mit der Kritik an der Ideologie einer immer schon vorausgesetzten, dem objektivierten gesellschaftlichen Zusammenhang enthobenen Subjektivität, dann hätte es im klassischen Marxismus so etwas wie „Objektivismus" nie gegeben. Wer Objektivismus nicht nur als neulinkes Schimpfwort kennt, sondern mit der marxistischen Theoriegeschichte einigermaßen vertraut ist, weiß, daß es beim alten Kampf zwischen objektivistischen und subjektivistischen (voluntaristischen) Strömungen im Marxismus den Objektivisten nie darum ging, die „subjektive Seite" grundsätzlich in Frage zu stellen. In der Auseinandersetzung zwischen den beiden Positionen drehte sich der Streit vielmehr immer ausschließlich darum, wie die beiden schon als getrennt vorausgesetzten „Faktoren" in ihrem Verhältnis zueinander zu gewichten seien. Der subjektivistische Flügel hat, schon indem er von einem „subjektiven Faktor" sprach und damit das Subjektive selber wiederum zu etwas Quasiobjektivem machte, die Objektivierung anerkannt. Gleichzeitig unterstellen auch die sogenannten Objektivisten immer schon eine dichotomische Wirklichkeitsstruktur. Die gesellschaftliche Realität zerfiel auch ihnen in zwei getrennte Wesenheiten namens Objekt und Subjekt. Wer bei den Vertretern dieser Unterströmung ein wenig kratzt, stößt denn auch unweigerlich auf subjektivistische Substanz. Der Objektivismus bedarf des Subjektivismus als seiner Ergänzung und umgekehrt, und dementsprechend kann man beobachten, wie innerhalb desselben Theoriegebäudes der krudeste Objektivismus urplötzlich in puren Subjektivismus umschlägt und auch umschlagen muß. Besonders schön tritt das bei Karl Kautsky zutage, jenem Vordenker der 2. Internationale, der nicht ganz zu unrecht gemeinhin als der Inbegriff des ökonomischen Reduktionismus gehandelt wird. So gern und ausführlich er von den „ehernen ökonomischen Notwendigkeiten" zu fabulieren verstand, so regelmäßig kippten diese Auslassungen bei ihm wiederum, übrigens unter darwinistischem Vorzeichen, ins Lebensphilosophische um. Die „ehernen ökonomischen Notwendigkeiten" entspringen für Kautsky selber in letzter Instanz aus dem „Willen zu leben", und auch die revolutionäre proletarische Bewegung hat diese ontologische Bestimmung zum Urquell ihrer Kraft. Oder, um seine eigenen Worte in der Schrift „Der Wille zur Macht" zu bemühen:

„Wenn nicht der Urgrund aller ökonomischen Notwendigkeit, der Wille zu leben, in den Arbeitern aufs kraftvollste wirkte, wenn dieser Wille in ihnen erst künstlich geweckt werden müßte, dann wäre all unser Streben vergeblich."

„Krisis" und Kritische Theorie

Der Mainstream des Jahrhundertwendemarxismus hat, auf der Grundlage dieser dichotomischen Weltsicht, die Bedeutung der objektiven Seite gegenüber der subjektiven betont. Die Wertkritik jedoch wendet sich überhaupt gegen diese basale Dichotomie und dechiffriert die Trennung von Subjekt und Objekt selber als Moment fetischistisch verfaßter Gesellschaftlichkeit. Offenbar handelt es sich hier nicht um die gleiche, sondern um eine qualitativ verschiedene Sichtweise. Dementsprechend macht es wenig Sinn, beide unter eine gemeinsame Kategorie zu subsumieren. Wenn das aber trotzdem versucht wird, dann stellt sich immerhin noch die Frage, welche von beiden sich nun zu Recht das schöne Ehrenprädikat „Objektivismus" an die Brust heften darf.

Bei dem Wettbewerb um diesen Preis hat die Wertkritik einen großen Nachteil. Wie die Endung des Begriffs „Objektivismus" bereits ausdrückt, impliziert dieser per se schon einen affirmativen Bezug auf die objektivierte Gesellschaftlichkeit. Ein ordentlicher Objektivist muß also ohne Zögern und ganz selbstverständlich die gesellschaftliche Objektivität als positive Tatsache behandeln und sich nach Möglichkeit zu deren Stellvertreter aufschwingen. Der traditionelle Marxismus, der sich in Übereinstimmung mit den historischen Notwendigkeiten wähnte und den Anspruch erhob, die „Zwangsgesetze der Geschichte" zu exekutieren, hat dieses Kriterium zweifellos mustergültig erfüllt. Die Wertkritik hingegen scheitert kläglich an der Eingangsvoraussetzung. Sie tut keineswegs ihre objektivistische Pflicht und inthronisiert die gesellschaftliche Objektivität als das Maß aller Dinge, sondern besetzt sie im Gegenteil pejorativ. Die Wertkritik kann sich schon ihrem Begriff nach nicht im Bündnis mit der objektiven historischen Entwicklung befinden, sondern muß diese umgekehrt gerade skandalieren. Der objektivierte gesellschaftliche Prozeß ist nicht das, wofür es einzutreten gilt, sondern das, was zu kritisieren und zu bekämpfen ist.

Diese Aussage ist nicht neu, und doch wird sie wahrscheinlich so manchen einigermaßen irritieren und als Fremdkörper erscheinen. Nicht wenige werden sie als Ausflucht werten und sich fragen, warum ich frevelhafterweise versuche, die Wertkritik der „Krisis" vor dem Objektivismusvorwurf ausgerechnet unter den Röcken der Frankfurter Schule in Sicherheit zu bringen. Dieser naheliegende Einwand hat ein berechtigtes Moment. Und doch führt er gleichzeitig auch in die Irre.

Berechtigt ist er natürlich insofern, als die Wertkritik der „Krisis" tatsächlich nicht einfach ungebrochen die Sicht der Kritischen Theorie übernommen hat, sondern einen grundlegend anderen Standpunkt bezieht. Der Einwand zielt aber daneben, wenn er unterstellt, daß die Kritik an der objektivierten Gewalt des gesellschaftlichen Prozesses per se nur in der Form denkbar ist, wie sie die Frankfurter Schule formuliert hat. Dieses Monopol können wir keineswegs anerkennen. Man kann sich durchaus gegen die Objektivierung der gesellschaftlichen Beziehungen wenden, ohne dabei bloß mehr oder weniger nachvollziehend im Fahrwasser von Adorno und Horkheimer zu treiben.

Worin unterscheiden sich nun aber die Kritische Theorie und die Wertkritik in ihrer Wendung gegen den objektivierten gesellschaftlichen Zusammenhang?

Die Differenz läßt sich zunächst einmal am Kontrapunkt festmachen, von dem aus der kritische Bezug auf die verobjektivierte gesellschaftliche Wirklichkeit gedacht wird, und dann am logischen Verhältnis, in dem Subjektivität und Objektivität zueinander stehen. Für die Kritische Theorie ist klar: der Geist der Negation kann letztlich nur vom Subjekt ausgehen. Ihre pessimistischen Neigungen beruhen auf der Annahme, daß im selben Maße, in dem die gesellschaftliche Objektivierung das Subjektmoment aufzehrt und sukzes-

sive unter sich subsumiert, auch jeder Widerspruch verschwindet und die gesellschaftliche Wirklichkeit zu einem in sich geschlossenen System mutiert. Adorno und Horkheimer haben in der „Dialektik der Aufklärung" und in anderen Schriften herausgearbeitet, daß die Herausbildung des Subjekts und die Durchsetzung von Objektivierung sich historisch parallel vollzogen haben. Diese Einsicht, die sie von den Vertretern des alten Subjektapriorismus trennt, steht im Gegensatz zum emphatischen Bezug auf das verlorene Subjekt, der für die Kritische Theorie ebenso charakteristisch ist. Dieses Spannungsverhältnis wird gewissermaßen durch die Verdopplung des Subjektbegriffs aufgelöst. Das Subjekt schillert, es firmiert gleichzeitig als Exekutor des Verhängnisses und als die Anrufungsinstanz gegen dieses gesellschaftliche Verhängnis.

Die Wertkritik bezieht eine andere Position. Vom schillernden Subjektbegriff der Kritischen Theorie erkennt sie nur die eine, die negative Seite an. Das Subjekt ist in Wirklichkeit bloß ein immanenter, d.h. zugehöriger Gegensatz zur Objektivierung. Anders gesagt: Objektivierung und Subjektivierung sind per se identisch und sonst gar nichts. Die Subjektform ist nur der Modus, in dem die Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft einander Verdinglichung und Objektivierung aufherrschen. Das gilt nicht nur für die strukturelle Reproduktion der bürgerlichen Gesellschaft, sondern auch für ihre historische Entwicklung. Dieselben Prozesse, die für die Kritische Theorie unter dem Titel „Subjektvernichtung" firmieren, behandelt der wertkritische Standpunkt dementsprechend als die Konstitutions- und Durchsetzungsgeschichte des Subjekts.

Radikale Subjektkritik

Auf den ersten Blick mag das alles als eine einigermaßen willkürliche Umdefinition erscheinen, die sich gegen einen eingeführten altehrwürdigen Sprachgebrauch richtet. Bei näherem Hinsehen wird indes deutlich, daß sich hinter der vermeintlich semantisch-definitorischen Spitzfindigkeit ein handfestes theoretisches und historisches Problem verbirgt.

Wenn wir vom Subjekt sprechen, dann macht das nur Sinn, wenn wir gleichzeitig seinen Gegensatz, also das Objekt, mitdenken. Von einem Subjekt kann allein in Relation zu einem Nicht-Subjekt, also einem fremden, ihm selber äußerlichen Gegenstand die Rede sein. Im Verhältnis des Menschen zur Natur mag diese Gegenüberstellung zunächst einmal als unproblematisch erscheinen. Fassen wir hingegen den gesellschaftlichen Zusammenhang ins Auge, dann bietet sich ein anderes, von vornherein paradoxes Bild. Um im sozialen Kontext als Subjekt figurieren zu können, bedarf der Mensch natürlich eines sozialen Objekts. Da gesellschaftliche Wirklichkeit aber immer nur menschliche Wirklichkeit sein kann, kommt auch für diesen Part wiederum nur der Mensch in Frage. Er nimmt also merkwürdigerweise gleichzeitig beide Pole in der Subjekt-Objekt-Dichotomie ein. Die Installation des Subjektmodus ist dementsprechend nur als die Etablierung einer Art von struktureller Schizophrenie denkbar. Der Mensch schwingt sich zum Subjekt auf, indem er sich im selben Atemzug zum Objekt degradiert. Subjektsein schließt also Entmenschlichung ein. Als Warensubjekt pervertiert der Mensch keineswegs die im Subjektstatus überhaupt angelegten Potenzen, sondern realisiert sie nur konsequent.

Diese Grundlogik verweist offensichtlich direkt auf das Fetischismusproblem. Der Subjektbegriff macht strenggenommen nur für Gesellschaften Sinn, in denen sich der gesellschaftliche Zusammenhang von seinen lebendigen Trägern ablöst, also fetischistisch verfaßt ist. Der Mensch kann nur Subjekt sein, wenn sich sein eigener sozialer Kontext zu einer seinem Tun immer schon vorausgesetzten Gewalt verselbständigt hat, auf die sich die menschlichen Akteure nur mehr äußerlich, wie auf ein positives Faktum, beziehen.

Dieses Verdikt gegen jede Art von positiver oder gar emphatischer Subjektvorstellung scheint zunächst einmal den Aufhebungspessimismus der Kritischen Theorie noch zu übertreffen. Wenn selbst das Subjekt nie etwas anderes gewesen ist als die andere Seite der Verdinglichung, ist dann nicht die Objektivierung des gesellschaftlichen Zusammenhangs ein Schicksal, aus dem es gar kein Entrinnen mehr geben kann?

Wer sich an die Verdinglichungsvorstellung der Kritischen Theorie hält, für den ist dieser Gedanke sicherlich unabweisbar. Solange Verdinglichung so verstanden wird, daß sich die gesellschaftliche Objektivierung wie ein in sich geschlossener widerspruchsfreier Regelkreis den Menschen aufzuherrschen vermag, solange kann die Überwindung dieses Zustands nur gedacht werden, wenn man die Existenz eines archimedischen Punktes „außerhalb" unterstellt. Mit der radikalen Subjektkritik entschwindet freilich dieser archimedische Punkt, der ein Aufsprengen von außen erlaubt.

Ist diese Deutung von Objektivierung und Verdinglichung aber wirklich zwingend? Führt nicht ein systematischer Rekurs auf das Fetischismusproblem zu einer gänzlich anderen Perspektive? Bedeutet der Angriff auf den tradierten Subjektbegriff nicht zugleich eine Abkehr von dieser Art des Verständnisses von Objektivität?

Ich denke, man kann die beiden letzten Fragen vorbehaltlos bejahen. Verdinglichung impliziert keineswegs per se einen in sich stabilen unveränderlichen Zustand und die Stillstellung aller Widersprüche, wie es z.B. die Metapher von der „Versteinerung der Verhältnisse" nahelegt, sondern genau das Gegenteil. Objektivierung ist als lebendiger Selbstwiderspruch zu fassen. Die paradoxe Verkehrung der Gesellschaftlichkeit zu einer dem sozialen Handeln immer schon vorausgesetzten, dem Wollen der Warensubjekte enthobenen Gewalt ist schon der abstrakteste Ausdruck für die Krisenhaftigkeit und Unhaltbarkeit dieses Systems. Nicht obwohl, sondern weil die Warengesellschaft die Verdinglichung auf die Spitze treibt, führt sie sich praktisch ad absurdum. Die bürgerliche Gesellschaft ist nicht in eine Endlosschleife eingetreten, in der sie auf alle Ewigkeit ihre Herrschaft reproduzieren kann; sie ist vielmehr dabei, ihre eigenen Grundlagen aus der Welt zu schaffen.

Aufhebung der Subjektstruktur

Diese basale Verknüpfung von Verdinglichungsbegriff und Krisentheorie eröffnet einen neuen Zugang zum Problem der Aufhebung. In Wohlgefallen aufgelöst ist diese Frage damit allerdings nicht. Die Krise und schließliche Selbstparalyse der Warengesellschaft ist das eine, eine emanzipatorische Perspektive aber noch etwas ganz anderes. Gerade hier kann die konsequente Wertkritik keinen „objektiven" Zusammenhang sehen. Wenn die Misere des warengesellschaftlichen Gefüges auf der allgemeinsten Ebene gerade darin zu suchen ist, daß sie Gesellschaftlichkeit allein hinter dem Rücken der Beteiligten herstellen kann, dann kann die Befreiung von dieser Art der Gesellschaftlichkeit sich natürlich nicht selber wieder hinter dem Rücken der Beteiligten vollziehen. Sie muß vielmehr als die bewußte Abkehr von der herrschenden Art gesellschaftlicher Praxis erfolgen. Wie ist das aber möglich, wenn wir jeden Rekurs auf ein Befreiungssubjekt im bisherigen Sinne für obsolet erklärt haben?

In gewisser Weise erinnert dieses scheinbare Dilemma an das Problem, das schon die Kritische Theorie mit dem Subjekt hatte, und auch die Auflösung weist zumindest eine entfernte Ähnlichkeit auf. Die Kritische Theorie erkannte, daß die Geschichte der Subjektkonstitution und der Verobjektivierung sich wechselseitig durchdringen. Sie konnte angesichts dieses Umstands die Gegenperspektive zum Verdinglichungsprozeß nur retten, indem

sie zwei einander widersprechende Momente in die Subjektvorstellung hineinlegte. Die Wertkritik schafft eine vergleichbare Unterscheidung, indem sie die dem bürgerlichen Denken selbstverständlich anmutende Identifikation von bewußtem menschlichen Handeln und Subjektsein in Frage stellt. Das Subjekt wird nicht als Synonym für Bewußtheit und Selbstverantwortlichkeit anerkannt. Der Subjektbegriff bezieht sich immer schon auf eine dem Formdiktat mimetisch angepaßte, dieses Diktat vermittelnde Bewußtheit. Es ist aber durchaus ein Handeln jenseits der Subjektform denkbar, und dieses Handeln hätte dann gerade den Bruch mit der Objektierung der gesellschaftlichen Verhältnisse und damit auch den Kampf gegen den Zwang, „Subjekt sein zu müssen" (also sich selbst und andere zu objektivieren), zum Inhalt. Die Negation des Subjekts zielt also nicht etwa darauf, die Möglichkeit eines bewußten formsprengenden Handelns zu verneinen, sie verweist im Gegenteil auf eine unverzichtbare Tiefendimension dieses Handelns. Der Kampf gegen die Verdinglichung schließt die Aufhebung der eigenen Subjektstruktur ein. Die Krise der Warengesellschaft schafft, weil sie zugleich die Krise der Subjektform ist, die negative Voraussetzung für diesen Sprung, während der positive Bewußtseinsakt und das dementsprechende praktisch aufhebende Handeln nicht mehr der Subjekt-Objekt-Dichotomie angehören können.

Determination und Emanzipation

Die Möglichkeit ist also keineswegs identisch mit Notwendigkeit. Was denkbar ist, kann zwar, muß aber nicht Wirklichkeit werden. Damit bin ich beim letzten Punkt angelangt, mit dem ich die werte Zuhörerschaft noch quälen möchte, nämlich dem Problem der Determiniertheit historischer Prozesse und dem Verhältnis von Determination und Emanzipation. Implizit habe ich zumindest die zweite Frage im vorhergehenden eigentlich schon dargestellt, aber vielleicht schadet es nicht, diesen Zusammenhang noch einmal in ein paar Stichworten explizit zu machen.

Wenn gegen die Wertkritik der „Krisis" der Vorwurf des Objektivismus erhoben wird, so ist er für gewöhnlich mit dem Determinismus gepaart. Die „Krisis", so heißt polemisch zugespitzt, beziehe gewohnheitsmäßig den Standpunkt eines Überhegels. Sie vertrete eine durch und durch deterministische Weltsicht, von der sie glaube, daß sie ihr gleichermaßen den Schlüssel zum Verständnis der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft liefere. Trifft diese Zuordnung?

Eins liegt eigentlich auf der Hand. Wo immer sich so etwas wie eine gewisse historische Zwangsläufigkeit nachzeichnen läßt, verweist das unmittelbar auf den verobjektivierten Charakter der jeweiligen Gesellschaft. Nur dort, wo Gesellschaft sich zu einer zweiten Natur verselbständigt hat, kann überhaupt so etwas wie eine „historische Gesetzmäßigkeit" existieren. Das heißt aber gerade, daß der von der Wertkritik geforderte Sprung aus der zweiten Natur diesen determinierten Zusammenhang durchbrechen und hinter sich lassen muß. Soweit die „Krisis" ein deterministisches Weltbild vertritt, bezieht sich das höchstens auf die kritisierte fetischistische Gesellschaftsform und deren allgemeine innere Entwicklung, schließt aber natürlich weder eine denkbare postwarengesellschaftliche Gesellschaftsform noch den Übergang zu dieser ein.

Damit aber nicht genug. In der Logik der wertkritischen Theorie liegt es nicht nur, den Gültigkeitsbereich von determinierten Prozessen, was die künftige Entwicklung angeht, zu relativieren, sondern auf eine bestimmte Weise auch hinsichtlich der Vergangenheit. Für den wertkritischen Ansatz, der bekanntlich alles notorisch historisiert, kann natürlich auch sein zentraler Gegenstand, die Warengesellschaft, nur etwas geschichtlich Gewordenes sein. Wenn die Warengesellschaft historisch entstanden ist, dann ist aber auch ihre innere Zwangslogik eine gewordene Zwangslogik. Je weiter wir in der Durchsetzungsgeschichte der Wertvergesellschaftung zurückgehen und Epochen betrachten, in denen sich diese Form noch nicht oder nur sehr bedingt auf ihrer eigenen Grundlage bewegen konnte, desto weniger Momente von determiniertem Wandel sind dort zu erwarten. So gesehen ist die Vorstellung einer absoluten Determiniertheit nicht nur ereignisgeschichtlich absurd, sondern auch auf der strukturellen Ebene. Stattdessen kann man historische Phasen mit unterschiedlichen Determiniertheitsgraden unterscheiden. Der Spitzenwert wurde vielleicht erst in diesem Jahrhundert erreicht, insbesondere im kurzen Sommer des fordistischen Kapitalismus. Vorher bestimmten noch zur warengesellschaftlichen Logik querliegende vorkapitalistische Haltungen das Geschehen mit; heute wiederum schrumpft die Binnenlogik der Warengesellschaft zur Niedergangslogik. Die Geschichte wird wieder offen, freilich auch für die Barbarei.

Ernst Lohoff

Wenn der Weltgeist dreimal klingelt

Zur Geschichtsmetaphysik der „Krisis"-Gruppe

Zweifellos hat sich die „Krisis"-Gruppe mit ihrer „fundamentalen Wertkritik", in der Kritik des instrumentellen Theoriebegriffs der Linken, der Demontierung des soziologistischen Klassenbegriffs, der Demokratiekritik sowie der Rekonstruktion eines Begriffs der kapitalistischen Zusammenbruchskrise ihre Meriten erworben. Die Marxsche Theorie als Kritik, die das herrschende Unwesen beim Namen nennt, neu zu entfalten und als Krisentheorie auf der Höhe der Zeit zu formulieren, ist ein bleibendes Verdienst der „Krisis".

So oder so ähnlich hätte ich noch vor Jahresfrist, vor die Aufgabe gestellt, die „fundamentale Wertkritik" der „Krisis" zu zerpflücken, einen solchen Text begonnen. Die Abweichung von der sonst gepflegten Übung, einer Kritik nicht dadurch die Schärfe zu nehmen, daß man ihr im Stil von gehobenen Festtagsansprachen eine summarische Würdigung und das Überreichen von Blumensträußen vorausschickt, hätte sich daraus begründet, daß gerade die radikale wertkritische Intention der „Krisis" im Laufe der letzten Jahre von radikalen Linken mit den blödsinnigsten Vorwürfen eingedeckt wurde, die allesamt bezeugen, wie fest die Verankerung sein muß, in der das stabile Brett vorm Hohlkopf ruht. Zumal als Mitproduzent der Zeitschrift „bahamas", in der solche Hirnrissigkeiten auch publiziert wurden, hätte man zu einer Vorab-Verteidigung der „Krisis" allen Grund gehabt. Letztere erübrigt sich jedoch nicht nur, weil wir uns hier in einem Seminar der „Krisis" befinden, also in einem Kreis von annähernd Gleichgesinnten diskutieren, sondern auch deshalb, weil sie an der Sache vorbeizielte. Tatsächlich sind die Verdienste und Stärken der „Krisis" nicht ohne ihre Schwächen und Fehler zu haben

und deshalb kann eine Kritik diese beiden Momente nicht willkürlich auseinanderdividieren.

Nichtsdestotrotz: das stumpfe Ressentiment gegen die „Krisis“ zielt über diese hinaus. Wenn es eine grundlegende Gemeinsamkeit all derer wittert, deren Theorieproduktion sich von einer negativen, eben wertkritischen Lektüre von Marx herleitet, trifft es wie immer durchaus etwas Wahres. Dieses Wahrheitsmoment ließe sich umrißhaft so fassen: die Wertkritik richtet sich gegen alle Versuche, die Marxsche Kapitalkritik in ein Lehrbuch der VWL oder eine geschichtsmetaphysische Evolutionslehre umzufälschen. Sie begreift die Marxsche Theorie vielmehr als begriffliche Rekonstruktion der bürgerlichen Realität, wobei diese Rekonstruktion, ausgehend vom Logisch-Elementaren, der einzelnen Ware, einen Prozeß fortschreitender Konstitution gesellschaftlicher Naturwüchsigkeit beschreibt, der im Kapital als dem Wert heckenden Wert zu sich selbst kommt. Als das Allerabstrakteste und zugleich Allerrealste konstituiert der sich verwertende Wert alias Kapital sämtliche gesellschaftlichen Phänomene und damit die Gesellschaft als repressive Totalität. Ihre Aussagen, die die Wertkritik über die bürgerliche Gesellschaft trifft, sind jedoch keine neutralen Deskriptionen, sondern ihre analytische Darstellung unter dem Gesichtspunkt ihrer Abschaffbarkeit und Abschaffungsbedürftigkeit. Theorie erklärt, wie Horkheimer einmal schrieb, wesentlich den Gang des Verhängnisses, d.h. die naturwüchsig katastrophische Tendenz des Kapitals, in der Hoffnung, sie möge abgewendet werden. Da die Kritik hierbei ein subjektives Potential sich vorgeben muß, ohne es als Subjekt dogmatisch setzen zu können, ist ihr Verhältnis zu Bewegungen, die das Prädikat der Widerständigkeit in Anspruch nehmen, ebenfalls ein negatives: Anstatt kumpelhaftes Schulterklopfen zu praktizieren, rechnet sie solchen Bewegungen ihre Halbherzigkeiten, Unzulänglichkeiten und ihre notwendige Befangenheit in den Formen der Vergesellschaftung vor, gegen die sie aufbegehren, weil nur so sich erweisen kann, ob ihrem widerständigem Wollen tatsächlich eine emanzipatorische Qualität eignet. Als rücksichtslose Kritik *alles* Bestehenden (Marx) kann die Wertkritik in keinerlei Hinsicht „positiv“ werden, nicht nur in dem allseits bekannten Sinne, daß sie von sich aus weder das Subjekt der Revolution noch die künftige Gesellschaft zu bestimmen vermag, sondern auch als Theorie selbst: Obwohl sie selbstverständlich mit Definitionen, positiven Urteilen und Aussagen arbeitet, ist sie als ganze kein gesicherter und abrufbereiter Fundus von Theoremen, sondern äußert sich als Analyse von Vorgefundenem wesentlich in Form von Ideologiekritik und Polemik. Eine „positive Wertkritik“ ist demzufolge eine logische Unmöglichkeit, eine Quadratur des Kreises.

Schlechte Geschichtsphilosophie unter wertkritischem Vorzeichen

Es gehört zu den zweifelhaften Verdiensten der von der „Krisis“ erarbeiteten „fundamentalen Wertkritik“, daß sie sich in immer merkwürdigeren Verrenkungen anschickt, dieser logischen Unmöglichkeit zur handgreiflichen Existenz zu verhelfen. Dafür, daß die „Krisis“ dabei ist, ihre Gesellschaftskritik in eine positive Theorie hineinzubiegen, gibt es verschiedene Anhaltspunkte. Da ist zum ersten die allgemeine Entwicklung, die die Ausarbeitung der „fundamentalen Wertkritik“ von der Nr.1 der „Marxistischen Kritik“ bis heute genommen hat und die als flotter Dreischritt von der Ideologiekritik der Linken und ihrer akademischen Stichwortgeber über die Realanalyse der gegenwärtigen Krise zur Beschäftigung mit der Aufhebungsfrage sich kennzeichnen läßt. Bei jeder neuen Etappe werden dann die Ergebnisse der vorangegangenen als gesicherter Wissensbestand verbucht, aus dem bei passender Gelegenheit Einwürfe in die jeweils saisonale theoretische Hauptarbeit hineinmontiert werden. Dabei verwundert nicht, daß man sich zu Ergebnissen der eigenen theoretischen Anstrengung als zu einem fürs künftige Weiterarbeiten Verbindlichem verhält – dies ist unvermeidlich. Was allerdings verwundert, ist die Vorstellung, man habe sich von den ideologiekritischen Anfängen beharrlich bis zum „realen Kern“ des Gegenstandes vorgearbeitet und diesen kraft theoretischer Apparatur mittlerweile so souverän und fest im Griff, daß man nun mit hemdsärmlig-aufgeräumtem Gestus und unter Verkennung der realen Kräfteverhältnisse die Aufhebung der kapitalistischen Warenproduktion konkret in Angriff nehmen zu können glaubt. (1) Dieser Glaube ist umso weniger verwunderlich, wenn man sich zweitens in Erinnerung ruft, daß die „Krisis“ bereits in ihrer ersten Nummer – in Abgrenzung zur „Kritischen Theorie“ – sich zur Frage der Aufhebung des Kapitals wie folgt verbreitete: „Die Verwirklichung der Marx'schen Theorie ist keine versunkene Möglichkeit, sondern wird im Gegenteil erst heute praktisch wahr in der massiv erscheinenden Krise des Geldes, wie sie der kapitalistische Vergesellschaftungsprozeß auf der heutigen hohen Stufe von Verwissenschaftlichung und Produktivkraft der Arbeit hervortreibt. Die Wirklichkeit des Kapitals drängt heute in Wahrheit stärker zum Gedanken der authentischen Marx'schen Theorie als jemals vorher in der Geschichte.“ (2) Daß der Verzicht auf das Auspinseln von Utopien oder Gesellschaftsentwürfen keine notwendige Selbstbescheidung der revolutionären Kritik, sondern im Falle von Marx der mangelnden „Reife“ der damaligen kapitalistischen Vergesellschaftung geschuldet sei, während man heute durchaus „positiv“ und „konkret“ werden könne, gehört seither zur eisernen Ration der „Krisis“. Am Thema der „Reife“ der Vergesellschaftung zeigt sich drittens, daß die „fundamentale Wertkritik“ der „Krisis“ immer schon zugleich eine ungebrochen positive Theorie der Produktivkraftentwicklung war. Keineswegs steht dabei die Berechtigung in Frage, die Produktivkraftkritik der ergrünten Linken abzubügeln, sondern die Tatsache, daß die „Krisis“ in einer Hinsicht vom Leninismus nie loskam, indem nämlich bei ihr der ML-Evergreen von schlechtem Produktionsverhältnis, unter dessen Hülle die gute, sozialismusträchtige Produktivkraft heranreife, als Gegensatz von schlechter kapitalistischer Formbestimmung und gutem stofflichen Inhalt wieder heruntergedudelt wird – mit dem Unterschied, daß die „Krisis“ den guten alten Lenin an Verstiegenheit noch übertrifft, denn während dieser noch meinte, das Monopol führe lediglich „dicht an die allseitige Vergesellschaftung der Produktion heran“ (3), ist nach Robert Kurz „die Menschheit ... damit konfrontiert, daß sie hinter ihrem Rücken auf der inhaltlich-stofflichen und ‚technischen' Ebene *kommunistisch* vergesellschaftet wurde.“ (4)

Alle drei genannten Punkte sind freilich keine bloßen Einsprengsel in die „fundamentale Wertkritik“, sondern bilden Momente einer schlechten Geschichtsmetaphysik, die diese Wertkritik fundamental kennzeichnet. Wie bei jeder schlechten Geschichtsphilosophie verhält es sich auch hier so, daß ihre Vertreter es weit von sich weisen würden, über eine solche zu verfügen. Der Begriff „Geschichtsphilosophie“ wird bei der „Krisis“ nur in pejorativer Absicht gebraucht, vorzugsweise, wenn es gegen Adorno und Co. geht. (5) Weil man aber, vorausgesetzt, man ist daran interessiert, daß die Menschen mit Bewußtsein und Willen endlich ihre Geschichte machen, nicht die Wahl hat, ob man Geschichtsphilosophie betreibt oder nicht, sondern nur die Wahl zwischen einer schlechten oder reflektierten Variante derselben, ist die Behauptung, gar keine zu haben, der sicherste Weg, die schlechte blind zu reproduzieren. So verhält es sich bei der „Krisis“. Ihre Schilderung, wie die Wertvergesellschaftung sich historisch entfaltet, erinnert fatal an die Hegelsche Geistphilosophie und ihren marxistischen Abklatsch. Bei Hegel ist es der sich in die Welt

projizierende, sich selbst entfremdete Geist, der im historischen Prozeß allmächlich zu sich selbst findet; sein Fortschreiten vollzieht sich in verschiedenen Etappen, die kraft innerer Widersprüchlichkeit ineinander übergehen, wobei der Geist selbst das identische Wesen bleibt. Bei der „Krisis" ist dieses Wesen der sich selbst verwertende Wert, der in den Anfangstagen des Kapitalismus eine partikulare, noch nicht alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfassende Existenz fristete. Die Geschichte des Kapitalismus ist dann die der quantitativen Ausdehnung des Werts, der sich durch die noch ständisch geprägten historischen Reste und Schlacken „hindurchfrißt" und erst in unseren Tagen „rein", „zu sich selbst gekommen", auf eigenen Grundlagen stehend existiert, wobei seine endgültige Totalisierung identisch ist mit seinem krisenhaften Zerfall. Die Entfaltung des Werts vollzieht sich dabei in verschiedenen Etappen und durch mehrere „Durchsetzungskrisen" hindurch, aus denen der Wert immer wieder gestärkt hervorging, während er heute ins Stadium seiner „Endkrise" eingetreten ist.

In dieser Auffassung der kapitalistischen Binnengeschichte fallen eine historizistische und eine strukturalistische Argumentation unvermittelt auseinander und wiederum unmittelbar zusammen. Einerseits werden das Kapitalverhältnis und damit die Kategorien der Kritik der politischen Ökonomie radikal historisiert, indem behauptet wird, der Kapitalismus des 19. Jahrhunderts sei eigentlich noch gar keiner, weil er mit vorkapitalistischen Lebensformen koexistiere und deshalb „für sich" erst werden müsse. Aus der zutreffenden Analyse, daß der frühe Kapitalismus noch nicht als totale Vergesellschaftung gelten kann, wird diesem implizit der Totalitätscharakter überhaupt abgesprochen. Selbstverständlich ist aber bereits das Kapitalverhältnis des 19. Jahrhunderts dadurch gekennzeichnet, daß es sich die Lebensformen, auf denen es sich aufbaut, als Momente *seiner* Selbsterhaltung setzt, sie sich formell subsumiert und damit die Gesellschaft als Totalität konstituiert. Er ist, wie Marx schreibt, „eine allgemeine Beleuchtung, worein alle übrigen Farben getaucht sind und welche sie in ihrer Besonderheit modifiziert."(6)

Andererseits ist das geschichtliche Werden der „Krisis" zufolge wiederum an sich ungeschichtlich, ein Treten auf der Stelle, da die Entwicklung selber keine qualitativ neuen Formen der Vergesellschaftung zeitigt, sondern eine bloß quantitative Ausdehnung beschreibt. Falsch ist an dieser Geschichtsauffassung selbstverständlich nicht, die totale Vergesellschaftung als die naturwüchsige, im Marxschen Begriff bereits benannte und dann Realität gewordene Tendenz des Kapitals zu beschreiben. Unstrittig ist auch, daß der Fortschritt, die rastlose Entfaltung des immer Neuen, die in der Maßlosigkeit kapitalistischer Akkumulationsdynamik ihren Grund hat, real noch kein Fortschritt ist, sondern die Identität des schlechten Bestehenden festzimmert. Falsch ist an der Geschichtsphilosophie der „Krisis" vielmehr, daß sie diese Identität ihrer Vermittlungen beraubt, weil sie – anstatt zu entwickeln, daß der naturwüchsige Fortschritt des Kapitals mit seiner negativen Aufhebung zusammenfällt und damit in der offenen oder einstweilen noch suspendierten Barbarei mündet – ihrer strukturalistischen Auffassung gemäß die „zivilisatorische Mission" des Kapitals diesem an sich zuspricht und damit unterschlägt, was den Kapitalismus im Stadium der totalen Vergesellschaftung vom frühen qualitativ unterscheidet.

Fortschritt des Kapitals als dessen negative Aufhebung

Die Schilderung der kapitalistischen Binnengeschichte als eines Prozesses, der notwendig so abgelaufen ist, wie er abgelaufen ist, ist dazu geeignet, diese Geschichte begrifflich zu verdoppeln anstatt sie zu kritisieren. Was geschehen ist, das Reale, war zugleich das einzig Mögliche. Unterstellt wird eine der Geschichte objektiv immanente, apriorische Logik oder Vernunft; unterschlagen wird dabei, wie bei jeder schlechten Geschichtsphilosophie, daß geschichtliche Abläufe oder gar „Etappen" nichts sind, was sich dem unmittelbaren Augenschein als unmittelbare Gegebenheit darbietet, sondern zu großen Teilen eine aus der Retrospektive vollzogene Konstruktion des erkennenden Subjekts. In schlechter Geschichtsphilosophie, die naiv von objektiven historischen Notwendigkeiten ausgeht, ist aber für Kritik kein Raum: Das zeigt sich an der Analyse der alten Arbeiterbewegung, der der „Krisis" zufolge die „historische Mission" zukam, an der Entfaltung des Wertverhältnisses hin zu seiner „Reinheit" mitzuwirken. Über ihre Theorie und Praxis kann man sich dann vielleicht noch mokieren – immanent *kritisieren* kann man sie nicht mehr, wenn man sie in ihrer damaligen Form als historisch notwendig begreift. So ganz sicher scheint sich die „Krisis" bei ihrer Analyse der Arbeiterbewegung auch nicht zu sein. Einerseits ist da die Rede von ihrer „historischen Mission", die Überreste personaler und ständischer Gesellschaftsformen zu beseitigen. Angeblich konnte sie gar nicht anders, als Geburtshelfer der reinen Vergesellschaftung zu sein(7); andererseits heißt es, daß die „emanzipativen Bewegungen der Vergangenheit nicht von Anfang an stromlinienförmig in die Wertlogik eingepaßt" waren und daß eine „Verkehrung" von Intention und Resultat stattgefunden habe (8). Also welches Schweinderl hätten's denn jetzt gern? Entweder war die Arbeiterklasse seit jeher integrales Vollzugsorgan kapitalistischer Vergesellschaftung – dann wäre das Kapitalverhältnis von Anfang an rein mit sich identische Form gewesen und die Geschichte, die dahin führte, hätte nicht stattgefunden; oder die sperrigen und spröden Momente, das „rebellische Verhältnis" des Arbeiters zum objektiven Zwangscharakter gesellschaftlicher Reproduktion mußten erst kassiert, in eine Kraft zur tautologischen Selbsterhaltung des Kapitals verkehrt werden – dann bestand durchaus zumindest die Möglichkeit der Emanzipation und ihr Ausbleiben ermöglicht es dem Kapital, seine totalitären Potenzen voll auszubilden. Denen konnte die Arbeiterbewegung mit ihrem staatssozialistischen Konzept, auf das sie sich schließlich festlegte, nicht nur nicht adäquat Paroli bieten, sondern verhalf ihnen zum alternativen Durchbruch. Und wenn dem so ist, dann hat die Arbeiterbewegung ihre „historische Mission" nicht vorbildlich erfüllt, sondern dann ist sie gescheitert und dieses Scheitern wirft allerdings ein Licht auf ihre Unzulänglichkeiten und Falschheiten, die dann eben zur Kritik stehen – eine Kritik, die (wie es die „Krisis" ja selber getan hat) aufzeigt, daß jeder noch so gutgemeinte Versuch, kapitalistische Formen für revolutionäre Inhalte zu „benutzen", mit in der Tat eherner Notwendigkeit die Verhältnisse befestigen hilft, die abzuschaffen man vorgibt. Daß man, wenn man auf versäumte Möglichkeiten der Emanzipation verweist, die Schlachten der Vergangenheit nicht noch einmal schlagen kann und will, ist geschenkt; der Hohn jedoch, daß es Leute gebe, die „irgendwelchen ‚verpaßten geschichtlichen Chancen' nachtrauern" (9), ist – mit Verlaub – eine rohe Geschmacklosigkeit. Man braucht nicht erst Benjamin oder Adorno zu bemühen, um zu begreifen, daß jeder revolutionären Intention das historische Eingedenken, die Trauer über versäumte Möglichkeiten der Emanzipation wesentlich ist.

Wo von objektiven historischen Zwangsläufigkeiten ausgegangen wird, kann auch der Nationalsozialismus gar nicht anders als als „Etappe" oder noch embryonale „Durchsetzungsform" der „reinen Wertvergesellschaftung" ins Blickfeld geraten. Auch der Nationalsozialismus erfüllt also eine „historische Mission". Dabei ist wiederum eine Eigentlichkeitsmetaphysik am Werk: „Reine" Demokratie und Wertvergesellschaftung, wie sie erst in den Nachkriegsgesellschaften anzutreffen sind, erscheinen als „adäquate" Daseins-

formen der „Moderne", der Nationalsozialismus bloß als dessen „Geburtshelfer". Die Interpretation des Faschismus als „modernisierendes Regime" geht aber damit über die – richtige – negative Bestimmung hinaus, daß dieser kein „Rückfall" in vorbürgerliche, archaische Welten war, sondern erhält einen falschen, affirmativen Zungenschlag.

Weil der „Krisis" zufolge die produktiven Potenzen und emanzipatorischen Gehalte des Wertverhältnisses sich erst heutzutage, im Stadium seiner Totalisierung und finalen Krise erschöpft haben, war der Faschismus bzw. Nationalsozialismus offenbar eine unumgängliche Etappe, um die „Reinheit" des Wertverhältnisses mit herauszubilden. Die nationalsozialistische Barbarei wird zwar zutreffend als originäres Produkt der sogenannten „Moderne" identifiziert, ihr aber gleichzeitig die weltgeschichtliche Absolution erteilt. Der Gedanke, daß es der Nationalsozialismus selbst sein könnte, der die Kategorie der transitorisch fortschrittlichen Funktion des Kapitals, von der Marx spricht, obsolet werden läßt, hat in dieser Geschichtsmetaphysik keinen Platz. Die negative Aufhebung des Kapitals auf seiner eigenen Grundlage, die mit dem Nationalsozialismus Realität wurde, bedeutet nichts anderes, als daß die partiellen Errungenschaften der bürgerlichen Gesellschaft blind und bewußtlos liquidiert anstatt aufgehoben werden: Das Individuum, wiewohl selbst kapitalentsprungenes Moment, wird überflüssig und konstituiert sich neu als Rudel und Verfolgerkollektiv (10), die Entfaltung der Produktivkräfte führt anstatt zur befreiten Menschheit zur Barbarei mit modernsten Mitteln. Insofern die selbstdestruktiven Tendenzen der Wertvergesellschaftung im Nationalsozialismus gesellschaftliche Gestalt annehmen, sich ganz handfest in die Struktur der Gesellschaft eingravieren, ist er aber kein „Übergangsstadium", sondern selbst transzendentale Bedingung und Vorbild dessen, was auf ihn folgt.

Ende der Revolutionstheorie

Die Konsequenz daraus ist, daß die Kategorien der Kritik der politischen Ökonomie als revolutionstheoretische Kategorien außer Kurs gesetzt sind. Es gehört zum Einmaleins materialistischer Erkenntniskritik, daß der Gegenstand der Erkenntnis erst durch das praktische Interesse hindurch als bestimmter Gegenstand sich konstituiert, daß die Erkenntnis seines An-Sich-Seins dadurch vermittelt ist, daß er als Gegenstand für uns gesetzt wird. Der eine und entscheidende Widerspruch, daß das Kapital „die Arbeitszeit auf ein Minimum zu reduzieren strebt, während es andererseits die Arbeitszeit als einziges Maß und Quelle des Reichtums setzt" (11), der Widerspruch von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften also, ist bei Marx keine bloße Existenzkategorie, sondern eine gesetzte, tritt also als entscheidende Qualität des Kapitalverhältnisses erst durch das praktische Interesse an Emanzipation hervor. Der objektive Selbstwiderspruch *des* Kapitals ist durch den subjektiven Widerspruch *zu* diesem vermittelt. Einmal begrifflich festgehalten, existiert dieser Widerspruch zwar nach dem Dahinschwinden der subjektiven Potenz, ihn auszutragen und aufzuheben, „an sich" fort: aber was besagt das Konstatieren von objektiven Prozessen und Entitäten noch mehr, als daß das Kapital mit allerlei Reibungen und Friktionen geschichtslos dahinstolpert und seine Widersprüche in der ihm eigenen Bewußtlosigkeit zu bewältigen trachtet?

Als radikaler Kritiker des Kapitals ist man deshalb in der prekären Situation, sich vor Augen halten zu müssen, daß der revolutionstheoretische Gehalt der Marxschen Kategorien ausgezehrt ist, man aber an der Marxschen Theorie und ihrem revolutionstheoretischen Impetus festhalten muß, wenn man den Verein freier Menschen bzw. den Kommunismus nicht abgeschrieben hat. Und weil die „Krisis" sich über die Merkwürdigkeit dieser Situation keine Rechenschaft ablegen mag, eignet ihren Überlegungen zur aktuellen Krise und zum Problem der Aufhebung der Wertvergesellschaftung jene Mischung aus rührender Naivität und ungebrochenem Draufgängertum, das man eigentlich nur bei den verblichenen ML-Sekten vermutet hätte. Kein Zweifel: das Kapital befindet sich in einer fundamentalen Krise, die zur Auflösung drängt; selbstverständlich stellt die unter dem Kapital entwickelte Produktivkraft ein Potential dar, das die Befreiung von Schufterei, Ausbeutung und Elend ermöglicht; und ebenfalls kann die Möglichkeit zur allgemeinen Emanzipation von Kapital und Staat den Subjekten abstrakt unterstellt werden. Die revolutionäre Intention, mit der man als Wertkritiker die Krise analysiert, irgendwelchen Subjekten und Bewegungen als seiner selbst noch unbewußtes und lediglich wachzuküssendes Bewußtsein anzudichten, ist jedoch ein Irrwitz, der einen bei der „Krisis" doch ziemlich verblüfft.

Nach welchem Muster dieser Irrwitz gestrickt ist, läßt sich anhand eines bezeichnenden Satzes aus der Mitteilung „In eigener Sache" aus der Nummer 18 der „Krisis" demonstrieren. Dort heißt es: das „Projekt einer Erneuerung radikaler Gesellschaftskritik *ist nun reif*, um über bloße Selbstverständigungsdebatten hinaus eingreifend wirksam zu werden." (Hervorh. C.N.) (12) Dieser Satz ist eine logische und praktische Absurdität sondergleichen. Man kann sagen, daß die Situation der Jahre 1929ff. in Deutschland „reif" war, um in den Faschismus umzuschlagen. Man kann analog dazu, gesetzt den Fall, wir befinden uns im Jahr 1998 im Kommunismus, dann sagen, daß im Jahr 1996 der Kapitalismus „reif" war, um ihn abzuschaffen und die freie Assoziation an dessen Stelle zu setzen. Wer aber hier und heute *auf die Gegenwart bezogen* behauptet, eine Situation sei „reif", um irgendetwas zu tun, der verläßt die Ebene interessierter Kritik und setzt sich ganz im schlechten Stil anlehnungsbedürftiger Intellektueller als guter Kumpel des Weltgeistes, in dem Objekt und Subjekt zusammenfallen, der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft souverän überblickt und der die befreite Menschheit zwar nicht in der Tasche zu haben glaubt, aber sie als im Bestehenden „an sich" bereits entfaltete „Eigentlichkeit" problemlos zu erkennen vermag.

Von der Kritik zur Interpretation

Die Aussagen, die in der „Krisis" Nr. 18 zu den angeblich bereits mächtig herangereiften subjektiven Potenzen zur Aufhebung des Kapitals getroffen werden, haben mit eingreifender Kritik gar nichts, dafür umso mehr mit geschäftiger Interpretation zu tun, die die Marginalität und Haltlosigkeit der eigenen Kritik zu übertünchen und vergessen zu machen bestrebt ist. Daß dabei die ranzigen Floskeln jenes notorischen Politikastertums, das die „Krisis" vor gar nicht so langer Zeit virtuos erledigt hat, wieder aufgewärmt werden, ist nur konsequent: Da ist bei Ernst Lohoff ganz im bekannten Teppichweber-Jargon linker Bewegungsfürsten die Reden von den „Anknüpfungspunkten", in denen sich ein „zunächst nur embryonal kritisches Bewußtsein" bis zur „praktischen Systemsprengung weiterentwickeln kann"; da wird ein „wertkritisch unterfüttertes ökologisches Bewußtsein" bemüht, das an den „Bewußtseinsstand" eines im katholischen Herder-Verlag erschienenen „Lexikons der Wirtschaftsethik" so mühelos „anknüpfen" kann, daß sich selbst der liebe Gott einer solchen Blauäugigkeit erbarmen dürfte. Das „ökologische Bewußtsein", so heißt es an anderer Stelle, treibe „aus seiner eigenen Logik heraus in eine ähnliche Richtung wie der wertkritische Ansatz", so daß eine „Vermittlung" zwischen beiden möglich sei; sogar „Teile" des – man höre und staune – „zerbrechenden Staatsapparates" werden, so versichert Lohoff, „eine Affinität zur Seite der Aufhebung entwickeln können, wenn auch nur notgedrungen." (13) Weil man aber auch weiß, daß zwi-

schen der unterstellten „Eigentlichkeit“ und der realen Erscheinungsform des umworbenen Bewußtseins ein gewaltiger Unterschied besteht, müssen auch die pädagogisierenden Konzepte des Politikastertums wieder zu ungeahnten Ehren kommen. Erinnern wir uns, daß beispielsweise der Kommunistische Bund (KB) seine Bewegungspolitik stets damit begründete, daß die Massen die Unzulänglichkeit reformistischer Politik nicht einfach „abstrakt“ erklärt bekommen, sondern vor allem praktisch erfahren müßten, um revolutionär zu werden. Bei der „Krisis“ liest sich diese famose „Dialektik von Reform und Revolution“ folgendermaßen, wobei wir nun den Jargon der Teppichweber verlassen und in den der Käserei Champignon eintreten: „... der Wille und das Bedürfnis nach der konsequenten Umwälzung ... (kann) gerade aus der Enttäuschung über die paralysierte reformistische Option heraus als Ergebnis eines *Reifeprozesses* entstehen ... Nachfolgende Bewegungswellen brauchen das abschreckende Beispiel ihrer Vorgänger. Ihnen muß auch platt empirisch vor Augen stehen, wie aussichtslos der Versuch ist, die Ziele, die sie sich gesetzt haben, mit den Mitteln von Markt und Politik zu erreichen, *bevor* eine Kritik dieses Instrumentariums greifen kann.“ (14) (Hervorh. C.N.) Ein schwieriger Weg, den man da vor sich hat, den man aber ganz bestimmt meistern wird, denn: obwohl der „Durchschnittsmensch“ seine „Einsicht“ in die „Unhaltbarkeit der gesamten herrschenden Lebensweise“ zwar „regelmäßig verdrängt“, so bleibt diese Einsicht doch, wie Lohoff uns mit dem geschärften Tiefenblick des Eingeweihten zuraunt, „untergründig (!) allgegenwärtig.“ (15)

Überhaupt ist die „Krisis“ hinsichtlich der Frage, in welcher Gestalt des Massenbewußtseins sie am ehesten die Potenzen für die Aufhebung der Wertvergesellschaftung erblickt, nicht zimperlich oder wählerisch. Ausgerechnet die Verseuchungsphobien der Deutschen, ihre wahnhafte Angst, von Giften, Viren, Bakterien, Radioaktivität und Rindfleisch dahingerafft zu werden, wird, zum ökologischen „Problembewußtsein“ geadelt, als besonders geeignetes Betätigungsfeld vorgestellt. Daß die Zeiten längst vorüber sind, in denen man die xenophoben und nationalistischen Züge mit starker Schlagseite zum Antisemitismus dem Ökologismus noch auf dem Wege ideologiekritischer Dechiffrierung nachweisen mußte; daß das ökologische Bewußtsein aus seiner eigenen Logik nicht in Richtung Wertkritik treibt, sondern sich explizit als deutschnationale Pflicht begreift, dem deutschen Staat eine Wahrnehmung seiner „weltweiten Verantwortung“ empfiehlt und sich damit offen als Faktor völkischer Formierung in der Krise zu erkennen gibt, interessiert da nicht weiter. Alles, was die „Krisis“ zu den nationalistischen Protesten gegen die Versenkung der Ölplattformen sowie gegen die französischen Atomversuche beizutragen hat, ist ein verzweifeltes Lamento im Stil von Bewegungspolitikern, dem seine Felle wegzuschwimmen drohen, weil das hofierte Subjekt sich nicht so verhält, wie man es ihm gerne andichtet: „Diese Kampagnen dokumentieren, wie weit die ökologische Bewegung hinter ihr bereits erreichtes Reflexionsniveau wieder zurückfallen kann“ (16) und das sie mit geschickten Verknüpfungsaktionen der „Krisis“ wohl recht bald wieder erreichen kann?

In einer Aussage ist Ernst Lohoff allerdings vorbehaltlos zuzustimmen: „Das unvermittelte Neue ist noch jedesmal das nie so recht gewußte Alte, und wer vorschnell das, was war, beiseite schiebt, wird umso sicherer in abgestorbenen Vorstellungsmustern stecken bleiben.“ (17) Treffender läßt sich die Unzulänglichkeit der Krisentheorie der „Krisis“ wirklich nicht beschreiben.

Clemens Nachtmann

Anmerkungen:

1) Eine Illusion, die die „Krisis“ übrigens mit der von ihr in diesem Punkt so vehement kritisierten Arbeiterbewegung teilt.

2) Marxistische Kritik (im folgenden: MK) Nr.1, S. 5

3) W.I.Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: ders., Ausgewählte Werke, Band 1, Berlin/DDR 1979, S. 784

4) Robert Kurz, Der Kollaps der Modernisierung, Raubdruck o.J., S. 265. Es ist eben keine Frage der Stilistik, sondern ein gewaltiger Unterschied in der Sache, ob man – negativ, gegen jede Spielart romantisch-reaktionärer Produktivkraftkritik gewendet – aufzeigt, daß die vom Kapital vorangetriebene Produktivkraftentwicklung, wiewohl in ihrer konkreten Beschaffenheit kapitalistisch formbestimmt, ein Potential bereithält, das einer befreiten Menschheit zugute kommen könnte oder ob man die kapitalistisch konstituierte Produktivkraft – positiv – zum seiner selbst unbewußten Kommunismus, zum „Kommunismus der Sachen“ (ebd.) eben, erklärt. Im ersten Fall wird vom unmittelbar Gegebenen ausgegangen, dem fetischistischen Schein, als fiele der stoffliche Inhalt mit seiner gesellschaftlichen Formbestimmtheit in eins, als komme der Naturwissenschaft und Technik ein soziales "Eigenleben" zu, und versucht, diese Mystifikation *kritisch* zu zerlegen, um derart ein vorerst nicht positivierbares Potential des Nichtidentischen freizulegen – im zweiten Fall wird die Produktivkraft vermittlungslos, im Hau-Ruck-Verfahren, zum "an sich" bereits kommunistischen, voll entfalteten stofflichen Aggregat *gesetzt*, während die kapitalistischen Vergesellschaftungs- und Subjektformen nur noch als eine wesenlose, schemenhafte „Hülle" (ebd.) auftauchen. Es ist genau diese schneidig-forsche Rhetorik des „nur noch", die die Theorie der „Krisis" allenthalben prägt und die Suggestion erzeugt, als seien die kapitalistischen Verkehrsformen schon längst abgestorben, als übten sie auf die Individuen keinerlei Macht und Attraktionskraft mehr aus.

5) Vgl. dazu Peter Klein, Demokratie und Sozialismus, in: MK Nr. 7, S. 143f. und Ernst Lohoff, Das Ende des Proletariats als Anfang der Revolution, in: Krisis Nr.10, S. 107f.

6) Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin/DDR 1953, S. 27

7) Robert Kurz, Auf der Suche nach dem verlorenen sozialistischen Ziel. Manifest für die Erneuerung revolutionärer Theorie, Erlangen 1988, S. 23

8) Ernst Lohoff, Determinismus und Emanzipation, in: Krisis Nr.18, S. 55 bzw. 59

9) Lohoff, Determinismus ..., a.a.O., S. 56

10) Dem gegen diese Auffassung – nicht nur von der „Krisis" – erhobenen Vorwurf, sie verkläre und romantisiere das bürgerliche Individuum des 19. Jahrhunderts, adäquat zu entgegnen, würde den Rahmen dieses Textes sprengen. Vorläufig mag folgende Anmerkung genügen: die Freiheit des bürgerlichen Individuums ist nur zu haben im Verein mit der Unterwerfung unter die Zufälligkeit und Blindheit der zur zweiten Natur verdinglichten bürgerlichen Gesellschaft. Als gegen seine gesellschaftliche Konstituiertheit abgeblendete Monade ist das Individuum immer schon Ausdruck und Agent dessen, wogegen es sich wendet und sein Freiheitspathos setzt. Mündigkeit, Einzigartigkeit, Herr seiner Geschicke und keiner blinden Gewalt unterworfen zu sein, all die Attribute von Individualität sind deshalb scheinhaft und real zugleich, denn die bürgerliche Gesellschaft setzt dieselben, indem sie sie gleichzeitig negiert, aber indem sie sie negiert, erkennt sie sie als Negierte immerhin noch an – letzteres aber eben nur solange, als das Kapital zu seiner Entfaltung des selbstherrlichen Individuums bedarf. Der Prozeß, worin das Kapital die ihm adäquate, versachlicht-anonyme Form der Aktiengesellschaft annimmt, ist zugleich die in die Tat umgesetzte Ideologiekritik des bürgerlichen Individuums auf dem Boden und mit den Mitteln der bürgerlichen Gesellschaft: Sie, die das Individuum hervorbrachte, überführt es nun selbst seiner Scheinhaftigkeit, um dafür den objektiven Zwangscharakter ihrer Reproduktion rein auszubilden. Die Reduktion des Einzelnen auf einen bloßen Funktionsknoten des gesellschaftlichen Getriebes ist aber keineswegs etwas ihm äußerlich Widerfahrendes, sondern als Triumph der gesellschaftlichen Objektivität zugleich der regressive Triumph der abstrakten Individualität selbst, welche die Objektivität in Gang hält. Die blinde, ihrer selbst unbewußte Selbsterhaltung obsiegt über ihre frühbürgerliche Gestalt, in der jene Momente aufschienen, die über die blinde Selbsterhaltung hinausweisen und auf deren Rettung keine emanzipatorische Bewegung verzichten kann.

11) Marx, Grundrisse ..., a.a.O., S. 593

12) ebenda, S.13

13) Lohoff, Krise und Befreiung – Befreiung in der Krise, in: Krisis Nr.18, S.103, 109, 108, 127

14) Lohoff, Krise ..., ebenda, S.102

15) Lohoff, Krise ..., ebenda, S.105

16) Lohoff, Krise ..., ebenda, S.108

17) Lohoff, Determinismus ..., ebenda, S. 54

Einer aus dem Widerstand

Arthur Nebe: Beispielhaft – vorbildlich – unsterblich

Das deutsche Beamtentum ist neben anderen Auffälligkeiten dadurch gekennzeichnet, daß seine Mitglieder sich per Ablegung eines Diensteides verpflichten, jederzeit für den Erhalt und die Interessen ihres Dienstherrn einzustehen und eventuelle persönliche Interessen den staatlichen unterzuordnen. Der staatliche Dienstherr ist in Deutschland aber bei weitem nicht ein gewöhnlicher *„Arbeitgeber“*, sondern wird als Inkarnation eines organischen Volkskörpers verstanden. Deutsche Beamte sind in ihrer Berufsausübung also Werkzeuge eines gesellschaftlichen Ganzen, dem sie schicksalhaft, qua *„Natur“*, angehören. Sollte ihr aus persönlichem Engagement geborener Wille einmal in Konflikt zu dem ihres Dienstherrn geraten, wird sich ihnen diese Situation als ein Gegeneinander von richtigen und falschen Konzepten des nationalen Wohls darstellen. Kann ein solcher Konflikt nicht durch Einsicht in die höhere Erkenntnisfähigkeit des Dienstherrn beigelegt werden, stellt sich die Suche nach Auswegen und Konsequenzen gern als *„Gewissensentscheidung“* dar. Wenn zwei aus *„Verantwortung für Deutschland“* geborene Konzepte miteinander ringen, hat der daran beteiligte Beamte Aussicht auf Unsterblichkeit.

Arthur Nebe war ein in diesem Sinne gleichsam exemplarischer wie vorbildlicher Beamter. Gleich nach dem Abitur meldete sich der 18jährige freiwillig zum Kampf gegen die äußeren Feinde Deutschlands im 1. Weltkrieg. Nach dem Fehlschlagen seines ersten Versuchs war der junge Nebe dann schon erfolgreicher als Freikorpsangehöriger bei der Beseitigung der inneren Feinde tätig. Ab April 1920 widmete er sein Leben vollständig der Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Er schlug die Laufbahn eines Kriminalbeamten bei der Berliner Polizei ein und war schon 1923 Kommissar in der Abteilung für Kapitalverbrechen. Bereits 1931 trat er in die NSDAP ein, 1933 rückte er ins preußische Innenministerium auf. Dort brachte er es zum Oberregierungsrat und wurde Leiter einer Gestapoabteilung. Sein weiterer Werdegang führte 1937 schließlich in den Chefsessel des Reichskriminalamtes. Nebe war nun oberster deutscher Verbrechensbekämpfer geworden und füllte diese Position weiterhin verantwortlich aus, als seine Behörde 1939 in das neugegründete Reichssicherheitshauptamt integriert wurde und dort die Bezeichnung Amt V erhielt. In breiteren Bevölkerungskreisen wurde Nebe populär durch die Verhaftung Johann Georg Elsers nach dessen gescheitertem Attentat auf Hitler im November 1939.

Zu dieser Zeit war der verantwortungsbewußte Beamte auch mit der Säuberung des deutschen Volkskörpers von *„Fremdrassigen“* beschäftigt. Zu seinem Aufgabenbereich gehörte die Deportation von *„Zigeunern“* in die von Adolf Eichmann im besetzten Polen eingerichteten Lager. In Erfüllung seiner Aufgabe bemühte sich Nebe, den deutschen Steuerzahlern unnötige Ausgaben zu ersparen. Um einen raschen und reibungslosen Ablauf bemüht, scheute er nicht vor Konfrontation mit anderen Dienststellen zurück. Im Oktober 1939 wies er Eichmann darauf hin, *„daß, wenn sich der ‚Abschub besonders der Berliner Zigeuner‘ noch längere Zeit hinzöge, die Stadt Berlin ‚besondere Lager für Zigeuner‘ bauen müsse, was mit großen Kosten und ‚noch größeren Schwierigkeiten‘ verbunden sei.“* (1) Der so Ermahnte beeilte sich um schleunige Abhilfe; bereits vier Tage nach Nebes Intervention antwortete Eichmann: *„Bezüglich Abtransport Zigeuner wird mitgeteilt, daß am Freitag dem 20.10. der erste Transport [mit Juden aus Wien] von Wien abgeht. Diesem Transport können 3 bis 4 Waggons Zigeuner angehängt werden.“* Eichmann sicherte Nebe weitere und vor allem regelmäßige Transporte zu und versprach *„eine reibungslose Durchführung dieser Angelegenheit“*. (2)

Im Außendienst

Als effizient arbeitender und couragiert vorgehender Polizeibeamter hatte sich Arthur Nebe für eine Erweiterung seines Aufgabenfeldes qualifiziert. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion wurde er 1941 zusätzlich Leiter der dem Reichssicherheitshauptamt unterstehenden Einsatzgruppe B. Die insgesamt vier Einsatzgruppen betrieben mit ihren 18 Sonder- und Einsatzkommandos hautsächlich die Ermordung der jüdischen Bevölkerung in den von den Deutschen besetzten Gebieten. Sie töteten allein bis zum Frühjahr 1942 etwa 500.000 Menschen. Im September 1941 versah Nebes Einsatzgruppe ihren Dienst in der Ukraine. Raul Hilberg vermittelt einen Eindruck von der Arbeit dieser Staatsdiener:

„Einmal begab sich Himmler persönlich nach Minsk. Dort bat er Kommandeur Nebe von der Einsatzgruppe B, eine Gruppe von 100 Personen zu erschießen, damit er einen Eindruck davon erhalte, wie diese ‚Liquidierungen‘ in der Praxis abliefen. Nebe tat ihm den Gefallen. Bis auf zwei Frauen waren alle Opfer Männer. [...] Als das Feuer eröffnet wurde, zeigte sich Himmler zusehends nervöser. Bei jeder Salve schaute er zu Boden. Als die beiden Frauen nicht sterben konnten, brüllte er den Polizeihauptmann [Nebe] an, er solle sie nicht quälen.“ Es folgt die Wiedergabe einer Rede Himmlers, in der er hervorhebt, es sei ihm keinesfalls recht, *„wenn Deutsche so etwas gerne täten“*. Doch täten sie hier ihre Pflicht und die Getöteten seien Ungeziefer, gegen das es sich zu verteidigen gelte. *„Nach dieser Rede inspizierten Himmler, Nebe, von dem Bach und der Chef von Himmlers persönlichem Stab, Wolff, eine Irrenanstalt. Himmler befahl Nebe, die Leiden dieser Leute so schnell wie möglich zu beenden. Er forderte ihn auf, ‚sich durch den Kopf gehen zu lassen‘, ob es nicht humanere Tötungsmethoden als das Erschießen gebe. Nebe bat um Erlaubnis, bei den Geisteskranken Sprengstoff auszuprobieren. Von dem Bach und Wolff wandten ein, diese Kranken seien schließlich keine Versuchskaninchen, doch Himmler entschied sich für einen solchen Versuch. Später vertraute Nebe von dem Bach an, die Erprobung von Sprengstoff an den Anstaltsinsassen habe erbärmliche Resultate gezeitigt.“* (3)

Ein deutscher Beamter läßt sich von unbefriedigenden Resultaten seiner Arbeit jedoch nicht entmutigen, sondern fühlt sich dadurch eher zu weiterer, wenn möglich innovativer, Initiative angespornt. *„Infolgedessen ließ der Führer der ‚Einsatzgruppe B‘, Nebe, [...], im September einen Chemiker des Kriminaltechnischen Instituts mit Sprengstoff und Gasschläuchen nach Minsk kommen, um ‚Experimente‘ an Insassen von psychiatrischen Anstalten durchzuführen.“* (4) Das Ergebnis dieser *„Experimente“* war dann der mobile Gaswagen, mit dem Hunderttausende in der Sowjetunion, in Polen und Serbien ermordet wurden. In einem Erfahrungsbericht des Reichssicherheitshauptamtes wird Anfang Juni 1942 festgehalten, allein drei

Wagen hätten reibungslos *„97.000 verarbeitet“*. (5)

Frei von jedem *persönlichen* Ressentiment gegen seine Opfer, angetrieben allein vom Willen, der deutschen Volksgemeinschaft und ihrem Staat möglichst wirkungsvoll zu dienen, richteten sich Nebes Aktivitäten gelegentlich auch gegen Exekutoren des Massenmords selbst. Seine Behörde war wesentlich an der Bekämpfung von Korruption und individueller Bereicherung in diesem Zusammenhang beteiligt. Als deutscher Beamter wußte er: *„Man konnte kein Idealist sein und sich gleichzeitig die Taschen füllen, eine jüdische Geliebte zulegen oder an Sauforgien teilnehmen.“* (6) So machten auf seine Initiative auch einige seiner Kollegen auf für sie unerfreuliche Weise Bekanntschaft mit deutscher Rechtsstaatlichkeit. (7)

Nebe mag diese Ermittlungen manchmal mit gemischten Gefühlen durchgeführt haben. Sah er doch, daß seine sich bereichernden Kollegen von allerlei Gründen zu ihrem unkorrekten Arbeiten angeregt sein mochten, die ihm als zwar nicht zu billigende, aber aufgrund zunehmend offenbar werdender Inkompetenz der politischen Führung als menschlich verständliche erscheinen konnten. So war ihm noch deutlich die ignorante Enttäuschung in Erinnerung, die ihm 1939 von Seiten Himmlers und sogar Hitlers entgegenschlug, als er den verhafteten *Einzeltäter* Elser als Urheber des gescheiterten Attentats im Münchener Bürgerbräukeller präsentierte. Zwar wurde er daraufhin von der deutschen Öffentlichkeit als Held der inneren Sicherheit gefeiert, doch die höchsten nationalen Instanzen machten deutlich, daß die Aufdeckung eines antideutschen *Komplotts* der inneren Einheit zuträglicher gewesen wäre. (8) Hinzu kamen die sich vermehrt einstellenden militärischen Mißerfolge, die auch Nebe immer mehr als Ausdruck einer grundsätzlich verfehlten Strategie der Staatsführung erschienen. Zunehmend verfestigte sich in ihm der Eindruck, daß diese – entgegen ihrer Bestimmung – Deutschland nicht zum Erfolg, sondern zum totalen Mißerfolg führen werde. Aus Verantwortung für Deutschland und gegenüber seinem für dieses Land geleisteten Lebenswerk sah sich Nebe *mit „dem quälenden Problem“* konfrontiert, mit dem, wie eine spätere Chronistin seines Milieus schreiben sollte, *„hohe Beamte und Militärs sich auseinandersetzen mußten: ob und wann man seinen Eid brechen dürfe.“* (9) Nebe trat nun in Kontakt zu unzufriedenen Kollegen in Armee, Polizei und Verwaltung und wurde so auf dem Höhepunkt seiner Laufbahn auch noch *Widerstandskämpfer*.

Diese zusätzliche, aus nationaler Verantwortung aufgebürdete Tätigkeit führte allerdings nicht zu einer Vernachlässigung seiner bisherigen Arbeit. 1944 wurde Arthur Nebe Mitglied eines Ausschusses für die Auswahl von KZ-Häftlingen als menschliches Material *„wissenschaftlicher Experimente“*. Auch hier zeichnete er sich durch Ernsthaftigkeit und Engagement aus, er scheute sich nicht, ihm unangemessen erscheinenden Vorschlägen zu widersprechen und konnte sich dabei auf seine polizeiliche Berufserfahrung stützen. *„Bei einer Gelegenheit [im Juni 1944] wurde die Auswahl von Opfern vom ‚Rassenstandpunkt‘ aus diskutiert. Das fragliche Experiment betraf die Umwandlung von Meerwasser in Trinkwasser. Glücks schlug die Verwendung von Juden vor, Nebe dagegen wartete mit ‚asozialen Zigeunermischlingen‘ auf (Zigeunerangelegenheiten unterstanden Nebes Zuständigkeit), während Grawitz aus rassischen Gründen meinte, Zigeuner seien für Meerwasserversuche ungeeignet.“* (10)

Unsterblichkeit

Das Scheitern des Putschversuches am 20. Juli 1944 setzte dem staatsbürgerlichen Leben des Arthur Nebe ein jähes Ende. Aufgrund seiner kriminalpolizeilichen Kenntnisse gelangen ihm Flucht und Untertauchen zwar besser als vielen seiner glücklosen Mitstreiter, doch von der konstruktiven Mitarbeit am nationalen Wohl Deutschlands war er ausgeschlossen. Schließlich soll er im Januar 1945 verhaftet und im März hingerichtet worden sein, was von einigen Quellen allerdings bezweifelt wird. Wie auch immer – wäre es Nebe gelungen, nach Kriegsende einem Prozeß durch die Alliierten bzw. einer Auslieferung an die Sowjetunion zu entgehen, hätte er wie viele seiner Kollegen gute Aussichten auf einen verantwortungsvollen Posten im bundesdeutschen Polizeiapparat oder in einem Innenministerium gehabt.

Mag auch das Schicksal der physischen Existenz des Arthur Nebe nach 1945 ungeklärt sein, ja, mag ihr Ende angenommen werden, seine staatsbürgerliche Existenz bleibt den Deutschen als Vermächtnis erhalten. Marion Gräfin Dönhof hat ihn zum wiederholten Male unwidersprochen (11) in das Pantheon deutscher Vorbilder erhoben. *„Nach dem seit Jahren geplanten und dann fehlgeschlagenen Attentat wurden hingerichtet: 21 Generale, 33 Obersten, 2 Botschafter, 7 Diplomaten, ein Minister, 3 Staatssekretäre und der Chef der Reichskriminalpolizei; ferner mehrere Oberpräsidenten, Polizeipräsidenten und Regierungspräsidenten.* (12) Inmitten einer würdigen Reihe von Offizieren und Beamten ähnlichen Kalibers bürgt der Chef der Reichskriminalpolizei dafür, *„daß Goldhagens Behauptung, es habe keinen Widerstand gegeben, unzutreffend ist.“* Bedenkt man, daß in den Kreisen der Hingerichteten darüber diskutiert wurde, auch Himmler und Goebbels in ihre Vorhaben mit einzubeziehen, *„denn auch diese beiden Männer“*, erkannte 1943 der Widerständler Carl Friedrich Goerdeler, *„haben längst begriffen, daß sie mit Hitler verloren sind“* (13), muß Goldhagen im Sinne der Gräfin wohl nicht nur als widerlegt, sondern als vollständig blamiert gelten.

Der patriotische Massenmörder Nebe erlangt nun die demokratischen Weihen der Unsterblichkeit, weil er sich nicht nur in seinem unmittelbaren Verantwortungsbereich die effektivsten Vernichtungsarten *„durch den Kopf gehen“* ließ, sondern darüber hinaus auch seine Arbeit stets untrennbar mit dem Großen und Ganzen des nationalen Geschicks verbunden sah. Sein auch für die Demokratie verdienstvoller Beitrag besteht darin, sowohl Beruf wie dessen politische Bestimmung stets – wie man heute sagt – zusammengedacht zu haben. Kosteten ihn die Konsequenzen seinerzeit auch den Kopf, als staatsbürgerliches Vorbild bleibt er der Nation erhalten.

Die Herausgeberin einer für die nationale Meinungsbildung bedeutsamen liberalen Zeitung weiß um die Wichtigkeit der von Nebe verkörperten Beamtentugend für die Demokratie. Bereits vor mehr als zwei Jahren hatte Frau Dönhof schon einmal die oben zitierte Heldenliste veröffentlicht. Damals noch mit dem heute offenbar nicht mehr notwendigen Zusatz: *„Der Widerstand im Dritten Reich war also eine Sache der Qualität und nicht der Quantität.“*(14)

Horst Pankow

Anmerkungen:

1) Hans Safrian, Eichmann und seine Gehilfen, Frankfurt/M. 1995, S. 85
2) Eichmann, zitiert nach Safrian a.a.O., S. 77
3) Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden. Band 2, Frankfurt/M. 1990, S. 347/348
4) Safrian a.a.O., S. 142
5) nach Friedemann Bedürftig, Lexikon III. Reich, Hamburg 1994, S. 143
6) Hilberg, a.a.O., S. 969
7) vgl. dazu Hilberg a.a.O., S. 967 ff
8) vgl. Bedürftig, a.a.O., S. 275
9) Marion Gräfin Dönhoff, Um der Ehre willen. Erinnerungen an die Freunde vom 20. Juli, Berlin 1994, S. 28
10) Hilberg a.a.O., S. 1003
11) Nicht ganz unwidersprochen: Ein einziger Leserbriefschreiber (Zeit Nr. 40, 27.9.96) findet dies *„mehr als makaber“*.
12) Marion Gräfin Dönhof, Mit fragwürdiger Methode. Warum das Buch in die Irre führt, in: Die Zeit Nr. 37, 6.9.96
13) Goerdeler laut Hannah Arendt, Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen, Reinbek 1978, S. 135
14) Dönhof, ... Ehre ..., S. 35/36

Antimoderner Antisemitismus?

Christliche Tradierung und NS-Mythologie bei Goldhagen und Ley

Ist Antisemitismus *antimodern*, weil er im Kern in der Kontinuität mittelalterlich-christlicher Vorstellungen steht? Oder ist der Antisemitismus des 20. Jahrhunderts eine originär *der Moderne zugehörige* Ideologie? Diese Frage ist nach Daniel Jonah Goldhagens Buch *„Hitlers willige Vollstrecker"* aufgeworfen, in dem die *Kontinuität* des Antisemitismus in Deutschland stark hervorgehoben wird. Was bei Goldhagen als These zugrundeliegt, verdichtet Michael Ley in einer Untersuchung aus dem Jahre 1993 (1) zu einer „religionssoziologischen" Theorie des Antisemitismus. Bei Ley wird deutlich, daß die Betonung von christlich-apokalyptischen Traditionssträngen logisch in die sozialdemokratische These mündet, der deutsche Sonderweg könne als bloßes Zivilisationsdefizit definiert werden – eine Schlußfolgerung, die auf Goldhagen rückbezogen werden kann.

Holocaust-Debatten: Einschnitt Goldhagen

Mit seiner Studie hat Goldhagen schlüssig aufgezeigt, daß das Täterhandeln bei der Vernichtung der europäischen Juden durch Antisemitismus motiviert gewesen ist. In empirischen Studien über Polizeibataillone, die Massenexekutionen vornahmen, belegt er die Freiwilligkeit des Handelns der Akteure. Da diese Bataillone keine NS-Kader versammelten, sondern *„ganz gewöhnliche Deutsche"*, ist auch die Hochrechnung überzeugend, daß antisemitische Einstellungen, die diese Täter motivierten, für den größten Teil der deutschen Bevölkerung ähnlich angenommen werden können.

Goldhagen grenzt sich von vorherrschenden Topoi ab, die z.B. allein *„sozialpsychologisch wirksamen Druck"* oder *„unveränderliche psychische Neigungen"* in den Mittelpunkt rücken (S. 22). Solche Muster trieb etwa die Alltagsgeschichtsschreibung hervor, welche, indem sie den NS-Alltag der Täter zum Thema machte, das Nazi-System als eine Mischung von Diktatur und Rechtsstaat erscheinen lassen mußte. Dan Diner hat demgegenüber zurecht das Auseinanderfallen von Täter- und Opferwahrnehmung hervorgehoben und die Alltagsgeschichtsschreibung als *„Weberschiffchen der Historisierung"* bezeichnet: *„Der vom Ergebnis sich herleitende Schrecken wird durch den methodischen Zugang der Nahsicht, der das Gesamtbild auflöst, in höchstem Maße banalisiert"* (2). Goldhagen gelingt es, einen solchen Effekt zu vermeiden, indem er einen bislang wenig beachteten Teil des Holocaust ins Zentrum der Untersuchung rückt: Massenerschießungen, bei denen deutsche Täter mit ihren jüdischen Opfern unmittelbar konfrontiert waren. Hier können die Tätermotive und die mörderischen Handlungen im unmittelbaren Kontext untersucht werden. Auch die Einbeziehung des Täteralltags wird möglich, ohne daß von der im Opfer repräsentierten *„Totalität des Ereignisses"* (Diner) abstrahiert würde.

Die Alltagsgeschichtsschreibung war einer jener Diskussionsstränge, durch die das Lager der in der Historikerdebatte „linken" Geschichtswissenschaftler in den Konsens mit den „Rechten" hineingeführt wurde - ein Konsens, der im Ziel einer positiven deutschen Nationalgeschichtsschreibung trotz Auschwitz definiert werden kann. Einem solchen Auftrag kann Goldhagen nicht dienen, da er die deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts als Kontinuum antisemitischer Vergesellschaftung auffaßt. Wenn Goldhagen massiv dafür angegriffen wird, als generalisierenden Begriff für die Täter *„Deutsche"* zu verwenden, bezieht sich dies darauf, daß er auf der *Beschreibungsebene* den Holocaust überzeugend als nationales deutsches Projekt dargestellt hat.

Daß Goldhagen in diesem Sinne als Provokation begriffen wurde, bedeutet allerdings nicht, daß er den Holocaust tatsächlich *analytisch* als *„nationales deutsches Projekt"* definiert und beschriebe, wie etwa Jürgen Elsässer in der *jungen welt* (30.9.) behauptet. Wenn Goldhagen in seiner Untersuchung von *„den Deutschen"* spricht, handelt es sich vielmehr *tatsächlich* nur um verallgemeinernden Sprachgebrauch. Bei Goldhagen liegt kein Begriff von „Nation" vor, der dieses Phänomen der modernen, bürgerlichen Welt kritisch durchdrungen hätte. Für Goldhagen ist „Nation" vielmehr etwas Evidentes, empirisch Vorgefundenes. Goldhagen kann so den modernen deutschen Antisemitismus keiner Theorie der Nation zuordnen. Die besondere Entwicklung des Antisemitismus in Deutschland beschreibt er zwar als nationale Besonderheit, die er aber letztlich nicht aus dem deutschen Nationalismus *erklären* kann.

Goldhagens Kontinuitätsthese

Das liegt nicht zuletzt daran, daß Goldhagen den Antisemitismus des 19./20. Jahrhunderts nicht als originäre Ideologie *der Moderne* zu begreifen versucht. Er *definiert* den *„europäischen Antisemitismus"* vielmehr *insgesamt* als *„eine Begleiterscheinung des Christentums."* (S.71) Zwar sieht Goldhagen den Antisemitismus im 19. Jahrhundert einem Wechselspiel von *„Kontinuität und Wandel par excellence"* unterworfen, er betont aber doch, daß es sich in seinem Verständnis dabei um Transformationen des *Immergleichen* handelt (3): *„Während der kognitive Gehalt des Antisemitismus im Sinne einer ‚Modernisierung' neue Formen annahm, um sich der veränderten gesellschaftlichen und politischen Landschaft Deutschlands anzupassen, bewies das kulturell-kognitive Modell für die Wahrnehmung der Juden eine bemerkenswerte Beständigkeit in seinen kulturellen und ideologischen Äußerungen. Das kulturelle Modell bewahrte, nein, war selbst bleibender Ausdruck jener von Gefühlen bestimmten Haltung, die die überwiegende Mehrheit der Deutschen gegenüber den Juden einnahm und die sich auf den mittelalterlichen Geist stützte, der der Vorstellung der Deutschen zugrunde lag, wie Juden seien und wie man sich ihnen gegenüber zu verhalten habe."* (S.76) Der antisemitischen Vorstellung, *„wie Juden seien"*, liege demnach auch in der Moderne ein *„mittelalterlicher Geist"* zugrunde. Dieser anachronistische Geselle diene – so eine von Goldhagen eingeführte Vorstellung – als *„Gehilfe"* dazu, *„den Menschen in der modernen Welt"* trotz des enormen Wandels *„ein gewisses Maß an Kohärenz zu verschaffen. Jahrhundertelang hatte der Antisemitismus den Zusammenhang und das Selbstwertgefühl der christlichen Welt gewährleistet. Als im Deutschland des neunzehnten Jahrhunderts viele der alten Gewißheiten zerbrachen, nahm die Bedeutung des Antisemitismus als Modell zur Sicherung kultureller Kohärenz und schließlich auch als politische Ideologie sprunghaft zu."* (S.76)

Die Veränderungen des Antisemitismus in der Moderne beurteilt Goldhagen als *„ungewöhnliche Anpassungs- und Modernisierungsfähigkeit“* (S. 63), eine *„bemerkenswerte Geschmeidigkeit des Antisemitismus“* (S. 66). Daß er die Quelle des Antisemitismus allein dem Mittelalter zuordnet, bleibt davon unberührt.

Ley: Antisemitismus als religiöse Regression

In den deutschen Diskussionen um Goldhagens Buch hat sich der österreichische Religionssoziologe Michael Ley zu Wort gemeldet und sich gerade auf Goldhagens Kontinuitätsannahme positiv bezogen. Ley beansprucht, in seiner schon etwas früher veröffentlichten Studie *„Genozid und Heilserwartung“* zur Theorie zu erweitern, was bei Goldhagen als These angelegt ist. „Antisemitismus“ und „Holocaust“ wären demnach nur aus einer *religionssoziologischen Perspektive* adäquat zu erklären.

Mit diesem Ansatz gelingt es Ley zunächst, den *Ursprung* des christlichen Antisemitismus logisch aus der Entwicklung der Religionen abzuleiten. Das Judentum habe, so Ley, nicht nur den Übergang zum Monotheismus vollzogen, sondern dabei vor allem die Traditionen der polytheistischen *Menschenopfer* überwunden. Demgegenüber habe das Christentum das Motiv des Opfertodes in Christus symbolisch wiederaufgenommen: *„Das christliche Herrenmahl, die Eucharistie, bedeutet nichts anderes als die Verspeisung des Gottessohnes.“* (S. 67) Daß die Tötung des Gottessohnes den Juden zugeschrieben wird und dies den Antisemitismus begründet, ist vor diesem Hintergrund wie eine psychologische Verschiebungsleistung gedeutet: Die gegenüber dem Judentum *regressive* Rückkehr zum (symbolischen) Opfermord begründet nach Ley die *„Angst vor der Überlegenheit der jüdischen Religion“* (S.70). Viele antisemitische Muster – z.B. Ritualmordlegenden, der Vorwurf von Hostienschändungen etc. – können auf einen solchen Erklärungszusammenhang schlüssig bezogen werden.

Statt die Konstellation an historische Bedingungen zu binden, gerinnt sie Ley allerdings zu einer *überhistorischen* Konstante, indem er den christlichen Antisemitismus auf unveränderliche psychische Mechanismen *des Menschen* zurückführt: *„Diese religionsgeschichtliche Regression zeigt die tendenzielle Überforderung der menschlichen Psyche durch den Glauben an einen bilderlosen, opfergereinigten Monotheismus. Das menschliche Bedürfnis nach Aggressionsabfuhr kann nur durch die Sublimierung derartiger Triebbedürfnisse überwunden werden und verlangt historisch nach Religionen, die diesem Bedürfnis Rechnung tragen.“* (S.67f) Die Abschaffung der Opfertötungen war nach Ley *„der wichtigste jüdische Beitrag zur Zivilisation und zugleich ihr Verbrechen, denn das von ihnen geforderte Opfer übersteigt die menschlichen Möglichkeiten.“* (S. 69)

Ley kann so Veränderungen des Antisemitismus nur als Variationen des im Kern Gleichbleibenden begreifen. Noch im antisemitischen Massenmord ging es nach Ley den Nationalsozialisten darum, den Opfermord gegen seine Kritiker durchzusetzen: *„Der eucharistische Akt wird aber nicht mehr ‚symbolisch‘ vollzogen, die nationalsozialistische Religion begeht den Ritus real, das Menschenopfer wird in den Vernichtungsanstalten vollzogen.“* (S. 211)

Transformationen des Antisemitismus

Die These vom nationalsozialistischen „Opfermord“ entwickelt Ley über eine umfassende Geschichtsschreibung, die zeigen soll, wie sich christliches Denken durch Formwandlungen durch die Jahrhunderte tradierte. Daß Begriffe wie *„3. Reich“*, *„tausendjähriges Reich“* der christlichen Apokalyptik entstammen, die sich auf das Johannes-Evangelium bezieht, gilt als Beleg für eine solche Kontinuität.

Ley beschreibt (zusammenfassend auf S.195f), wie sich die Vorstellung eines solchen *„tausendjährigen Reichs“* bis zum Nationalsozialisms verändert: Zunächst sei die Erlösungs-Vorstellung noch *„an den göttlichen Heilsplan gebunden“* und werde als *„Tat Gottes bzw. Christi“* verstanden - *„es ist nicht das Werk der Menschen, den Beginn des neuen Äons zu bestimmen“*. Dann entstehe *„mit der Lehre von Joachim di Fiore, der Lehre von den drei Welten“*, die Interpretationsmöglichkeit, daß *„vor dem Kommen des Messias ein charismatischer Führer das ‚Tausendjährige Reich‘ einleiten werde.“* Die Romantik rezipiere später diese Vorstellungen und interpretiere sie neu: *„Das neue auserwählte Volk sind die Deutschen. Gott ‚vermenschlicht‘ sich in den Deutschen. Anders ausgedrückt: Die Deutschen werden vergottet; in ihre Hände wird der ehemals göttliche Heilsplan gelegt.“* Die Romantik, so Ley, habe dadurch das apokalyptische Modell ästhetisiert und ein *„ästhetisch-religiöses Gegenmodell zu den modernen Gesellschaften“* geschaffen, auf das sich die Nationalsozialisten bezogen.

Ley führt u.a. Fichte an, der die Erwählung auf das deutsche Volk übertrug, es als *„das einzig göttliche Volk auf der Erde“* bezeichnete. (4) Es lasse sich, so hebt Ley hervor, *„an Fichtes Argumentation (...) leicht aufzeigen, daß die Grundlage seines ‚Rassismus‘ eine gnostisch-johanneische Eschatologie ist“*, und daß seine völkische Utopie ohne die religiöse Tradition *„des millenaristischen Denkens gar nicht verstanden werden“* könne. Ley diskutiert aber erst gar nicht, ob das Einfließen der apokalyptischen Muster in Fichtes nationale Begründungsmythen in der Erklärung einen Paradigmenwechsel erfordern könnte. Daß dabei nunmehr der moderne *Nationalismus* als Quelle des Antisemitismus gelten könnte, kommt ihm nicht in den Sinn. Bereits das von Ley präsentierte Material hätte indessen eine solche Schlußfolgerung nahegelegt, führt er doch beispielsweise an, daß Fichte die Auserwähltheit der Deutschen an der besonderen Reinheit ihrer Sprache begründete, sie als besondere *„Ursprache“* bezeichnete (z. B. S. 42).

Nicht nur bezüglich Fichtes, in seiner ganzen Darstellung nimmt Ley nicht adäquat zur Kenntnis, daß die aufkommende Romantik in der homogenen Nation eine neue Form, ein *Phänomen der Moderne* metaphysisch zu begründen sucht. Jedes aus dem Christentum tradierte Motiv gilt ihm vielmehr als neuerlicher Beleg dafür, daß es sich um eine *„Säkularisierung christlicher Gehalte“* handle, *„die Struktur des apokalyptischen Denkens (...) jedoch gleich“* bleibe (S. 46) und daß der *„rassische Antisemitismus“* daher nur als *Fortsetzung und Radikalisierung des christlichen Judenhasses interpretiert werden“* könne (S.142).

Die nationalsozialistische „Opferung“ der Juden

So gilt ihm schließlich auch der Holocaust als *„Ganzbrandopfer“*, durch das die Nationalsozialisten eine symbolische Reinigung des eigenen Volkes bewirken wollten: *„Der Vollzug der Opferung, die millionenfache Ermordung, lassen nur den Schluß zu, daß der Nationalsozialismus eine politische Religion millenaristischen (5) Zuschnitts war.“* (S. 31f) Hitler habe in diesem Konzept die Rolle des *„heiligen Schlächters“*, eingenommen – eine Art Hohepriester, der den Tötungsakt zum Nutzen der Opfergemeinschaft auf sich nimmt.

Wo empirisch belegt werden soll, die Nationalsozialisten hätten die Ermordung der Juden selbst als religiöses Opfer empfunden, ist Leys Beweisführung wenig überzeugend. Ley führt an, Goebbels zeige sich *„fasziniert von der Idee des Opfers. In seinen Tagebüchern und Schriften ist viel von christlicher Opfermystik die Rede. So schreibt er (...): ‚Opfer! Im Opfer liegt die Reinigung von Schuld! Geht den harten Opfergang um der Zukunft wil-*

len (...) Das Opfer ist alles, es macht uns zu Helden der Tat, vor deren berauschendem Atem das Alte stürzt und das Neue sich formt wie von selbst.' Bei diesen Überlegungen handelt es sich nicht um Formen eines soldatischen Selbstopfers, sondern die Opfertheorie ist auf die Juden bezogen." (S.194f) – *Tatsächlich* läßt das Goebbels-Zitat in der Aufforderung an die fiktiven Leser eher an die Selbst-Opferung z.B. im Krieg denken (*„harter Opfergang"*), denn an einen an „Juden" zu vollziehenden Opferakt. Daß Goebbels, in einem Akt der Täter-Opfer-Verkehrung, auch die Judenvernichtung verherrlicht und dem deutschen *„Opfergang"* zugeschlagen hätte, ist zwar wahrscheinlich. Eine *spezifische* NS-Interpretation der Judenmorde als *„Opferhandlung"* belegt das Zitat dennoch nicht.

Überhaupt untersucht Ley das Bild des *„Juden"* im NS-Antisemitismus allzu oberflächlich. So kommt er zur Sichtweise, die Nationalsozialisten hätten ihren im Kern religiösen (damit der Vergangenheit verpflichteten) Antisemitismus um einige antimoderne Vorstellungen (wie die Identifikation der „Juden" mit der „Geldwirtschaft") ergänzt. Die Nationalsozialisten hingen aber in ihrer Mythologie durchaus nicht einer einfachen Gleichsetzung der Juden mit „Moderne" oder „Geldwirtschaft" an. Sie brachten so verschiedene Phänomene wie „Asphaltdschungel", „Kulturbolschewismus", proletarische Bewegungen und „Plutokratie" mit „Juden" in Verbindung. Diese Phänomene können auf den Nenner gebracht werden, daß im *„Juden"* die Personifizierung einer bedrohlichen, abstrakten *Seite* der Moderne erfolgte. Im Gegenzug überhöhten die Nationalsozialisten aber Momente, die ebenso der Moderne zugehören, und die sie als „natürlich", „organisch" und „konkret" kennzeichneten. Nicht allein der Bauer auf seiner Scholle war ein Idealbild der Nationalsozialisten, sie feierten ebenso den schaffenden Werktätigen und die Maschine. Dem rebellischen Proleten setzten sie – „hart wie Krupstahl"– den Typus des soldatischen Arbeiters gegenüber, dem Bonzen den verantwortlichen Industrieführer. Alle diese Momente gingen in die „Volksgemeinschaft" ein, in jenes biologistische Konstrukt, in dem die Nazis ihr Modell eines effizienten, modernen, organisierten Kapitalismus faßten.

Nationalsozialismus: Zwischen Mittelalter und Moderne

Ley dagegen sieht das Zentrum des Nationalsozialismus, seine Mythologie, als anachronistisch, als eigentlich vormodern an. Zwar erkennt er an, daß die nationalsozialistische Herrschaft neben *„archaischen"* Denkformen auch einige „moderne" Momente mit sich brachte. Hitler habe aber, so Ley, allein deshalb weniger *„antimodernistisch, das heißt antikapitalistisch"* gedacht, als die *„andern völkischen Schriftsteller"*, weil Vorstellungen einer *„Reagrarisierung (...) seinem auf ‚Kampf' und ‚Offensive' gerichteten Denken viel zu defensiv"* erschienen wären. Nur aus solch pragmatischen Gründen habe er eine *„Modernisierung der Wirtschaft auf autarker Grundlage"* konzipiert. (S. 202)

Ley trennt damit vom christlich-apokalyptischen „Wesen" des Nationalsozialismus eine Sphäre des „modernen" NS-Handelns ab, der er recht hilflos gegenübersteht. Ley greift zur Beschreibung der modernen Momente ausgerechnet – aber keineswegs zufällig – auf den neurechten *Zitelmann* zurück (vgl. S. 204). Zitelmann versucht, Aspekte des „modernen" vom problematischen Nationalsozialismus abzutrennen, um sie als für die Zukunft vorbildhaft präsentieren zu können. Obwohl Ley dieses Motiv fern liegt, verdoppelt er Zitelmanns politische Absicht.

Diese aufspaltende Wahrnehmung des Nationalsozialismus spiegelt sich auch im Begriff der *„charismatischen Herrschaft"*, den Ley von Max Weber übernimmt, und in dem er den NS adäquat definiert sieht. Ley betont zunächst, daß der Kern der charismatischen Bewegung in ihrer *antimodernen* Ausrichtung zu suchen sei: *„Reines Charisma ist antirational, antibürokratisch und antiökonomisch. Die Legitimation charismatischer Herrschaft ist an religiöse und/oder politische Offenbarung gebunden."* Um geschichtswirksam zu werden, bediene sie sich aber moderner Mittel: *„Die charismatische Herrschaft, deren Legitimation eine wertrationale Grundlage hat, muß sich in der Praxis – besonders in der Beziehung zur Wirtschaft und zur staatlichen Bürokratie – rational bewähren.* (S. 25) – *„Diesen ökonomischen Modernisierungsprozeß mußten die Nationalsozialisten aus strukturellen Bedingungen heraus vorantreiben, wenn sie politisch überleben wollten."* (S. 26) Den Nationalsozialismus machte demnach ein *antimodernes ideologisches Zentrum* aus, das mit moderner Wirtschaftspolitik, mit *moderner Ökonomie* pragmatisch einherging.

Deutscher Anachronismus – deutscher Sonderweg

Leys NS-Analyse spiegelt die Grundfigur sozialdemokratischer Sonderwegsthese wieder: Vormoderner Überbau hier – moderne ökonomische Basis da. Ley erwähnt die zehnfache Steigerung der Industrieproduktion in Deutschland zwischen 1850 und 1913 und kommentiert: *„Dieser rasanten Modernisierung von Wirtschaft, Technik, Bürokratie und den sozialen Strukturen standen traditionelle Wertvorstellungen und Verhaltensmuster gegenüber, die mit diesen gesellschaftlichen Veränderungen nicht Schritt halten konnten."* (S.160) Daß in Deutschland eine als kapitalistische *Norm* begriffene Demokratisierung nicht adäquat Fuß fassen konnte, liegt am raschen Tempo der Modernisierung einerseits, an der deutschen Tradierung von Antisemitismus andererseits: *„Es ist nicht ausschließlich ein Problem der zeitlichen Dimension, sondern der unterschiedlichen politisch-theologischen Entwicklung. (...) Die rasche Durchsetzung der Industrialisierung in Deutschland und die parallele Emanzipation der Juden erzeugten ein explosives Gemisch von irrationalem Nationalismus und Judenhaß."* (S.155) Aus diesen Gründen tritt der – als Norm und Fortschritt definierten – wirklich *„modernen"*, verfassungspatriotischen Nation in Deutschland die anachronistische, völkische *„Nation"* entgegen.

Bei Ley, der keine Theorie der Nation entwickelt, bleibt unverstanden, daß der völkische Nationenbegriff aus dem verfassungspatriotischen – wenn schon ein zeitlicher Ablauf zugrundegelegt werden soll – hervorgeht, daß er ihm jedenfalls *als Phänomen der Moderne* untrennbar verbunden ist. Das Überwiegen des völkischen Moments *von Anfang an* und seine dauerhafte Dominanz kennzeichnen die deutsche Entwicklung. Diese Besonderheit kann aber nicht stimmig analysiert werden, wenn eine unüberbrückbare Dichotomie zwischen den beiden Legitimationsgrundlagen von „Nation" behauptet und an die entsprechenden Beispiele gebunden wird. Die daran geknüpfte Behauptung, daß *„der organische Staatsbegriff, der eine Einheit von Mensch und Natur einschließt, (...) antirational und antimodern"* sei (S.117), trifft in der zweiten Bestimmung einfach nicht zu. Wie sonst wäre zu erklären, daß das substantialistisch-völkische Legitimationsprinzip von Nation auch in den „westlichen" Ländern Fuß gefaßt und an Bedeutung gewonnen hat?

Ley steht aber allen materialistischen Erklärungen, die moderne biologistische Ideologien zu erfassen suchen, verständnislos und ablehnend gegenüber. Zu Recht kritisiert er linke Erklärungstraditionen, die *„den nationalsozialistischen Antisemitismus nur als ideologisches Manipulationsinstrument interpretieren."* (S. 20) Seine Behauptung, auch die *„Kritische Theorie"* sei in solch funktionalistischem Denken verharrt (vgl. S.13ff), ist aber von wenig Kenntnis getrübt. Leys Festschreibung, die Erklärung des modernen Antisemitismus als ein Phänomen der Moderne ende zwangsläufig in Manipulationsthesen, ist

ein Vorurteil, das darauf beruht, daß er selbst eine Überwindung der kategorialen Teilung Basis-Überbau nicht zu denken vermag.

Goldhagens „kulturelles Axiom"

Ley sucht die Entstehung wie auch die innere Struktur des Antisemitismus aus der christlichen Tradierung zu erschließen, zielt also auf eine religionssoziologische *Theorie* des Antisemitismus ab. Bei Goldhagen kann dagegen von einer Theorie des Antisemitismus nicht gesprochen werden. Wo er theoretische Voraussetzungen zur Untersuchung von Antisemitismus klärt, unterscheidet er zwar verschiedene Formen des Judenhasses entlang der ihnen jeweils zugrundeliegenden Vorstellung vom „Juden". Es handelt sich dabei aber um die bloße Systematisierung von Beobachtungen, ohne den Anspruch, die spezifische Figur und ihre Entstehung auch zu *erklären* (vgl. Goldhagen S. 54ff).

Für Goldhagens Untersuchung des Antisemitismus ist von größter Bedeutung, daß er antisemitisches Bewußtsein im Bereich der *Kognition* ansiedelt. Diese Bestimmung ist seinen empirischen Untersuchungen wie allen entwickelten Kategorien vorausgesetzt. Goldhagen ordnet seine Methodik selbst der *„Wissenssoziologie"* zu (S. 61). Für das Zustandekommen von Ideologie, beispielsweise antisemitischen Wahnideen, kommen für ihn keine Erklärungen in Betracht, die außerhalb der Sphäre des Wissens und ihrer Tradierung liegen. Gesellschaft definiert sich in dieser Tradierung, ihre Konstition kann nicht umgekehrt Ideologien erklären – es ist ernstzunehmen, wenn Goldhagen in Umkehrung des verkürzenden Marx-Zitats „Sein" als vollständig von „Bewußtsein" determiniert betrachten will.

Der individuelle Wissensbestand ist bei Goldhagen eingebunden in das nationale *„Gespräch"* oder die nationale *„politische Kultur"*. Die Entscheidungsfreiheit des bürgerlichen Individuums ist insofern eingeschränkt – eine andere Meinung als das gültige *„kulturelle Axiom"* zu vertreten ist laut Goldhagen so schwierig wie eine gänzlich fremde Sprache zu verstehen oder zu sprechen (vgl. S. 52f). Solche Einschränkung sprengt sein Verständnis von der Autonomie des Individuums indessen nicht auf; Goldhagen entwirft vielmehr das Bild *„herausragender Persönlichkeiten"*, die, fast wie der Genius im frühbürgerlichen Sturm und Drang, zwar selten vorkommen, aber doch als Garanten der bürgerlichen Willensfreiheit auftreten und ihre Gültigkeit erretten können.

Die Kategorie des gesellschaftlichen *„Gesprächs"*, der jeweils gültigen gesellschaftlichen Kultur, ermöglicht nach Goldhagen in letzter Instanz eine Qualifizierung des Antisemitismus. Goldhagen unterscheidet für das nationale *„Gespräch"*, die *„politische Kultur"*, zwei einander dichotomisch, alternativ entgegengesetzte Fixierungen: Demokratie auf der einen, Antisemitismus auf der anderen Seite. Zwei grundsätzlich unterschiedene Formen von Antisemitismus knüpfen sich daran: Das ungefährliche, oberflächliche Vorurteil, wie es auch in Demokratien vorkommen kann, steht dem gefährlichen eliminatorischen Antisemitismus entgegen, der gesellschaftlich prägend geworden ist.

„Kulturelles Axiom" und „Sonderwegs"-These

Da Antisemitismus im Kern als aus dem mittelalterlichen Christentum überliefert erscheint, verknüpft sich diese Dichotomie bei Goldhagen zu einem Muster, das der Konstellation der sozialdemokratischen Sonderwegsthese sehr ähnelt: Es gilt, die im Kern als *vormodern* begriffene gesellschaftliche Verfaßtheit zu überwinden, und sie durch die *moderne* Demokratie zu ersetzen.

Diese Ähnlichkeit führt allerdings nicht zu einer Identität von Goldhagens Argumentationsstruktur mit den deutschen Sonderwegstheorien. Zwar nimmt Goldhagen auf den Begriff *„Sonderweg"* positiven Bezug – er reproduziert dabei aber die dazugehörenden Theoriemuster nicht: *„Welche antisemitische Traditionen in anderen europäischen Ländern auch bestanden haben mögen: Nur in Deutschland ist eine offen und fanatisch antisemitische Bewegung an die Macht gekommen (gewählt worden!), die auch willens war, ihre antisemitischen Phantasmagorien in staatlich organisierten Völkermord umzusetzen. Allein darum hatte der Antisemitismus in Deutschland völlig andere Konsequenzen als der Antisemitismus in anderen Ländern. Zu Recht spricht man also von einem deutschen ‚Sonderweg': Deutschland ist einen einzigartigen Weg gegangen, einen Weg, der es von den anderen abendländischen Nationen wegführte."* (S. 490) Goldhagen rückt, zum einen, im Unterschied zu den Sonderwegs-Theoretikern *den Antisemitismus* in den Mittelpunkt des Interesses. Zum anderen ist die Kennzeichnung *„Sonderweg"* nach Goldhagens Definition der Zeit der NS-Machtausübung zwischen 1933 und 1945 vorbehalten. Der *„Sonderweg"* der Deutschen ist in eben jener NS-Vernichtung definiert, deren *Zustandekommen* „Sonderwegs"-Theorien üblicherweise erklären sollen.

Die Ähnlichkeit der Denkfiguren ist dennoch bedeutsam. Goldhagen rechnet den Antisemitismus *„den Grundzügen der christlichen Kultur"* zu und schlägt vor, *„vom Mittelalter"* auszugehen, *„um herauszufinden, wo, wann und wie etwa Deutsche ihren kulturell allgegenwärtigen Antisemitismus aufgegeben haben"* (S. 49); er stellt für die Moderne verwundert fest, daß der Antisemitismus seine Quelle überdauern konnte: *„Der Antisemitismus war ein mehr oder weniger dauerhaftes Charakteristikum des Abendlandes"* und hat sich *„in mancher Hinsicht (...) sogar als dauerhafter erwiesen"* als *„die christlichen Vorstellungen"* (S. 62). Wie die Sonderwegs-Theorien faßt also auch er den Antisemitismus der Moderne als im Grunde eine *anachronistische* Erscheinung, die in einer anderen Zeit, aus inzwischen vergangenen gesellschaftlichen Bezügen, entstanden ist.

So ist auch kein Zufall, daß Goldhagen den sozialdemokratischen Sonderwegsthesen in der überaus optimistischen Einschätzung der deutschen Nachkriegsentwicklung nahekommt. Ist die Tradierung eines am Antisemitismus orientierten nationalen *„Gesprächs"* erst einmal unterbrochen, gibt es ihm zufolge kaum mehr Anlaß zur Befürchtung, daß eine solche Fixierung wiederkehren könnte. Die positive Sicht auf Nachkriegsdeutschland speist sich bei Goldhagen aus dem Theoriemodell, das verhängnisvolle antisemitische Bewußtsein könne als ein Vermächtnis der vormodernen Vergangenheit begriffen werden. In derselben Logik wie die sozialdemokratischen Sonderwegs-Theoretiker sieht auch er – sind die Traditionslinien erst einmal ernstlich demokratisch unterbrochen – eine dauerhafte Fortschrittsentwicklung garantiert. Goldhagens überaus positive Prognosen für die deutsche Entwicklung sind von seinen Kategorien (dem nationalen *„Gespräch"* und dem in erster Linie *tradierten* Antisemitismus) nicht zu trennen.

Berthold Brunner

Anmerkungen:

1) Michael Ley, *„Genozid und Heilserwartung. Zum nationalsozialistischen Mord am europäischen Judentum"*, Wien 1993

2) Dan Diner, *„Zwischen Aporie und Apologie. Über Grenzen der Historisierbarkeit des Nationalsozialismus"*, in ders., *„Ist der Nationalsozialismus Geschichte"*, S. 62ff, vgl. dort S. 70

3) Vgl. Goldgagen, S. 76; in einer Anmerkung zu dieser Textstelle betont Goldhagen: *„Mein Verständnis von Antisemitismus des neunzehnten Jahrhunderts hebt wegen meiner theoretischen und methodischen Positionen die Kontinuität des deutschen Antisemitismus hervor"*; die methodischen Positionen, die Goldhagen hier anspricht, werden am Ende dieses Artikels erörtert.

4) Die Zitate zu Fichte vgl. bei Ley S.111ff

5) Millenaristisch: Auf das tausendjährige Reich bezogen

6) Zitat bei Ley S.29, zitiert nach: Ernst Bloch, *„Erbschaft dieser Zeit"*, Ffm. 1977, S.109

Das Ganzheitliche ist das Unwahre

Reaktionäre Modernität: Organizistisches Denken und Vernunftkritik der Lebensreformbewegung

Es ganzheitet und gemeinschaftet allerorten – und dies nicht nur zur Weihnachtszeit. Gegen den unerträglichen Tonfall des alltäglichen Geredes über Sozial-, Leidens-, und Endverbrauchergemeinschaften schützt fast nichts mehr. Selbst meine mühsam antrainierte Ignoranz gegen jene Termini hilft oft nicht weiter. Mitunter muß ich, z.B. als leidenschaftlicher Leser der Kleinanzeigen, einen auffällig gestalteten Text mit dem Slogan „Ganzheitliches Skifahren im Engadin". „Erleben sie sich in unverbrauchter Natur", „Ganzkörpererfahrung – vegetarische Pension" zu mir nehmen. Manch einem mag ja die Vorstellung eines ganzheitlichen Skifahrens auf erodierenden Pisten in betonierten Ortschaften ein besonders anheimelndes Vergnügen bereiten. Über Geschmack lasse sich ja angeblich nicht streiten ... Doch der mehr als banausische Versuch des Werbenden, aus der scheinbar unstillbaren Sehnsucht nach Regression – bewirkt durch slalomtechnische Aufhebung der Subjekt-Objekt-Spannung – Profit zu schlagen, mag hier nun als Einleitung zu einigen historisch-ideengeschichtlichen Überlegungen dienen, die auf die fatale Zwieschlächtigkeit von Technik- und Zivilisationskritik verweisen möchten.

Die Wiedergeburt des Mythos und die Auflösung des „Ich"

Das pseudokritische Scheuklappendenken und der vorherrschende – auffällig unreflektierte – Diskurs über Rationalitäts-, Technik- und Wissenschaftskritik bricht einem radikalen Irrationalismus unter dem Deckmantel ökologisch-lebensreformerischer Utopien neue Bahnen – und das nicht nur in Deutschland. Bewirkt aber allein die neuzeitliche Verbindung von Technik und sozialer Utopie einen notwendigen Umschlag in trübe Mystagogik? Die folgenden soll versucht werden – in verkürzter Weise – auf die Quellen des Fetisch Ganzheit hinzuweisen und zwar in Form eines historischen Abrißes. So behandeln die nächsten Passagen zuvörderst bewußt historische Inhalte, die ihre Aktualität im Zeitalter des Ying-Yang-Kitsches aber keineswegs verloren haben.

Man muß den Zusammenhang von Technikkritik und Mythenproduktion im Kontext des Scheiterns eines an sich selbst orientierungslos gewordenen Subjektbewußtseins an und in der Moderne betrachten. So muß hier zu Anfang der Versuch eines vagen Aufrisses der philosophischen Gemengelage um die Jahrhundertwende stehen, die unter den verschiedensten Kennzeichnungen wie Ich-Verlust, Bewußtseins- und Identitätskrise, Eingang in die Forschung gefunden hat. Max Webers These der entzauberten Welt, Begriffe wie Entfremdung, Unbehaustsein, Dissoziierung der Wirklichkeit, kennzeichnen die intellektuelle Disposition der Jahrhundertwende bis weit in die 20er Jahre. Die bürgerliche Erfahrung des Verlusts intersubjektiver Verbindlichkeit, das Erlebnis einer totalen Desintegration sozialer Einheiten bilden den Hintergrund für das Entstehen einer rationalitätsverdrossenen, reaktionären Modernität. Den analysierenden und zerteilenden Prinzipien der Vernunft, die die Welt zu beherrschen scheinen, versuchte man durch Ästhetisierung der Welt zu entgehen. In der Suche nach Verbindlichkeit, nach Erlebnis, Abenteuer, visuellem Ausdruck, Konkretem und Vitalem, wird der Versuch unternommen, dem ehernen Gehäuse der entzauberten Welt zu entkommen, ja es zu sprengen – so jedenfalls Ernst Jünger, der immer wieder mit großer Sehnsucht für „den Hochverrat des Geistes am Geist" plädiert.

Dieser Januskopf der Moderne entwickelt sich in der Auseinandersetzung mit dem die Moderne beherrschenden Prinzip, der aufklärerischen Vernunft. Die Ursprünge und Wurzeln jener Rationalitätskritik liegen unter anderem in der Frühromantik und verbinden sich hier mit einer Denkrichtung/Strömung, die von der Gnosis über die Mystiker des Mittelalters, die Alchimie, Mantik und die traditionelle Heilkunde und später weiter zur Theosophie des 19. Jahrhunderts und auch zur Anthroposophie führt, kurz: die antirationalistische Linie, die auch heute offen und verdeckt, immer aber dogmatisch die Diskurse zu bestimmen scheint. Die Kritik an aufklärerischer Vernunft tritt auf als Kritik an dem analytischen, d.h. zerteilenden und zergliedernden Denken. Jeder Begriff, jeder Sachverhalt werde durch die aufklärerische Vernunft in all seine Einzelelemente aufgelöst, bis sich jede letzte Synthesis nur noch als Konglomerat elementarer Bestandteile erweise. Hieraus resultierte das Problem, daß der analytische Prozeß letztendlich auch nicht vor der ihn auslösenden und bedingenden Vernunft stehenbleibt. Die Vernunft entzieht sich selber schlußendlich ihre eigene Legitimationsbasis, denn auch sie kann zergliedert und in ihre Bestandteile aufgelöst werden. Sie wird mit dem Problem konfrontiert, sich nicht mehr aus eigenen Mitteln rechtfertigen zu können. Die Suche der Frühromantiker (Schelling, Schlegel u.a.) nach einer Neuen Mythologie basierte insofern auf dem Bedürfnis, den dem Vernunftbegriff immanenten selbstzerstörenden Legitimationsmustern, eine synthetisch-monolithische Basis entgegenzustellen, die dem alles auflösenden Prozeß ein sicheres Fundament bieten könne. Der solidarisch zu entwickelnde neue Mythos bekam so eine stabilisierende und sicherheitspostulierende Funktion zugewiesen.

Vernunftkritik – die neue Mythologie

Aufbauend auf dem in der Frühromantik entwickelten Ruf nach einer neuen Mythologie und dem dort vorgeprägten Muster der Vernunft-Kritik, entwickelte sich im ausgehenden 19. Jahrhundert die Vorstellung, daß der Tod des Mythos verantwortlich für den Verlust der intersubjektiven Verbindlichkeit und damit letztendlich auch der Wirklichkeit sei. Wirklichkeitsverlust, Anarchie der Atome: viele Erfahrungshintergründe korrelierten mit der beschriebenen Diagnose.

Der Verlust des religiösen Mythos produzierte ein Gefühl von individueller Orientierungslosigkeit. Auf diesem Erfahrungs- und Erlebnishintergrund entwickelte sich so die weitverbreitete Vorstellung, daß die Aufgabe der Künstler darin bestehe, einen neuen Mythos zu schaffen (creator ex nihil), der als integrierendes Element der allgemeinen Desintegration entgegenwirken und sie letztendlich aufheben könne. Hieraus resultierte auf der einen Seite eine Politisierung des ästhetisch-künstlerischen Prozesses – signifikante Beispiele sind unter anderem das Aufkommen ästhetizistisch-literarischer Kulte und die der Kunsttheorie entlehnten Termini gesellschaftlicher Analyse –, auf der anderen Seite das Bemühen um eine künstlerische Wiederherstellung kollektiver Muster, um die Restitution des Mythos.

Die Wiedergeburt des Mythos ist Symptom des Erlebnisses einer zerfallenden Welt, in der Sicherheit und Wirklichkeit dem Einzelnen nicht mehr verbürgt sind. Die Funktion des Mythos besteht darin, „das Gefühl der Überwindlichkeit der Trennung des Menschen vom Menschen zu verbreiten und die Menschen der bürgerlich-kapitalistischen Zeit wieder zur Gemeinschaft zu verbinden (...).“ (1) Die Überwindung der Individuation, der Zusammenschluß der vereinzelten einzelnen Individuen zu einer Gemeinschaft, stellte sich als Aufgabe für die Kunst dar.

Das letzte Refugium der Selbstvergewisserung des bürgerlichen Individuums bestand in der sich selbst verbürgenden Sicherheit des „ego cogito, ego sum“, des „Ich“. War für die Frühromantik ein kohärentes „Ich“ noch in keinster Weise fragwürdig gewesen, so entwickelte sich nun eine modifizierte, gänzlich andere Situation. Selbst das „Ich“ wurde unsicher und schien sich aufzulösen. So schreibt bezeichnenderweise 1888 Friedrich Nietzsche: „Und gar das Ich! Das ist zur Fabel geworden, zur Fiktion, zum Wortspiel: das hat ganz und gar aufgehört, zu denken, zu fühlen und zu wollen! ... Was folgt daraus? es giebt keine geistigen Ursachen! Die ganze angebliche Empirie dafür ging zum Teufel! Das folgt daraus.“ (2)

Welcher Erfahrungshintergrund aber bewirkte diese andere Stellung zum „Ich“? Das Individuum sah sich in rein abstrakte Gesellschaftsstrukturen eingebunden, deren Zusammenhang es nicht mehr erkennen kann. Die durch die Industrialisierung und die kapitalistische Geldwirtschaft hervorgerufene Auflösung von Gemeinschaft – Voraussetzung des Individuums – reduzierte aber auch das Individuum nun einzig auf eine soziale Rolle. Der Staat und die Gesellschaft verlieren an Verbindlichkeit. Solidarität und zweifelsfreie Gemeinschaft sind nicht mehr erfahrbar. Die durch die kapitalistische Ratio des Tausches geschaffenen abstrakten Systeme sind undurchschaubare Konglomerate geworden. Die Folge dieser verwirrenden Erfahrung ist das Empfinden totaler sozialer Desintegration. Die einzelnen Handlungen erscheinen lediglich als isolierte Elemente eines nicht mehr erfahrbaren Ganzen. (3) Letztendlich löst sich jede Person in die jeweiligen funktionalen Handlungsabläufe auf.

So erfuhr die Auflösung des Ich ihre philosophische Begründung durch Ernst Mach. In seiner berühmten Schrift „Die Analyse der Empfindungen“ (1886) negierte Mach den Subjekt-Objekt-Unterschied. Die Unterscheidung in ein Innen und ein Außen wird von ihm unter dem monistischen Prinzip des Empfindungskomplexes aufgelöst. Für Mach sind alle Dinge, Körper und auch die Materie, nichts außer dem Zusammenhang der sie konstituierenden, sinnlich erfahrbaren Elemente. Somit ist auch das „Ich“ nur ein Empfindungsgebilde, d.h. nichts weiter als die Summe seiner momentanen Sinneseindrücke. Das menschliche Ich ist eine Fiktion!

Noch radikaler analysierte Georg Simmel die Situation des „Ich“. In der „Philosophie des Geldes“ (1900) entwickelte er die Vorstellung, daß das Verhältnis des Individuums zu der es umgebenden objektiven Welt letztendlich nur in der Teilhabe an den verschiedensten „sozialen Kreisen“ besteht. Das Individuum konstituiert sich nur noch als jeweiliger Schnittpunkt der unterschiedlichen sozialen Kreise, in die es involviert ist. D.h., daß das Individuum, das „Ich“, nur noch aus zusammengesetzten Segmenten der objektiven Welt, der Außenwelt besteht und somit die Kategorie des Innen, des Subjektiven vollständig aufgelöst ist.

Die hieraus resultierende Krise des bürgerlichen Innenlebens produzierte die verschiedensten Lösungsmodelle und -wege, um das „unrettbare Ich“ (4) zu rekonstruieren. Gemein ist ihnen, daß das Außen, die Gesellschaft, umgeformt und verändert werden muß, da das Individuum nur noch als vergesellschaftetes Einzelnes von Außen konstituiert ist. In einer Homogenisierung des Außen schien ein Weg gefunden zu sein, das „Ich“ wieder zu rekonstruieren und es einzubinden in eine verbindliche Gemeinschaft, in eine Totalität. Der chaotischen Welt wird scheinbar durch eine homogenisierende Aussenweltorganisation Ordnung und Wirklichkeit zurückgegeben. Auf diesem Hintergrund gewinnen die remytholgisierenden Konzepte rasch an Boden. Der Mythologismus der homogenisierenden Gesellschaftsmodelle – „die Überbietung der Entzauberungsthese“ (5) – entwickelte sich zu einem sehr gefährlichen Lösungsweg, der dem Individuum Sicherheit, Wirklichkeit und Identität zurückzugeben beansprucht.

Überbietung der Entzauberung durch Ganzheit

In den zwanziger Jahren wurde der Begriff der Ganzheit, des Organischen, zum magischen Wort gesellschaftlicher Kritik und konservativ-revolutionären Denkens. Zu einem der mitentscheidenden Begriffe im skizzierten Zusammenhang entwickelt sich der Gestaltbegriff. Er wurde der Gegenbegriff zum analytisch-aufklärerischen Denken. Der aus der Psychologie entlehnte Terminus, der von Christian von Ehrenfels erstmals in seiner hier entscheidenden Bedeutung verwandt wurde, meint folgendes: Die Gestalt bildet und ist ein Ganzes, welches mehr als die Summe seiner Einzelelemente beinhaltet. Die Summe der Relationen zwischen den Elementen ist nicht identisch mit der Eigenschaft des Ganzen, d.h. sie verbürgt und beinhaltet die Wirklichkeit als Ganzes über den Einzelheiten. Zudem bildet die Gestalt ein Ganzes, das auch im historischen Prozeß keiner Wandlung und Entwicklung unterworfen ist, da sich in ihr unmittelbar allgemeine Ideen und Kräfte ausdrücken.

So behandelt nicht zufällig Ernst Jünger dieses Thema im dritten Kapitel des ersten Teils seines Arbeiters. Er fordert, die Welt nicht mehr analytisch, sondern in Gestalten zu betrachten. „In der Gestalt ruht das Ganze, das mehr als die Summe seiner Teile umfaßt und das einem anatomischen Zeitalter unerreichbar war. Es ist das Kennzeichen einer heraufziehenden Zeit, daß man in ihr wieder unter dem Banne von Gestalten sehen, fühlen und handeln wird.“ (6)

Das anatomisch-analytische Zeitalter scheint überwindbar durch den „revolutionären Akt“ des Erspähens von Gestalten, da diese Art der Weltsicht „ein Sein in der ganzen und einheitlichen Fülle seines Lebens erkennt.“ Der sozialen und lebensweltlichen Desintegration des Einzelnen scheint im Begriff der Gestalt ein Modell entgegengesetzt zu werden, das der analytisch-zerteilenden Funktion des Denkens entgegensteht, das nicht mehr nach Abstraktion verlangt, sondern in sich schon Konkretion darstellt. Die ästhetische Erfahrbarkeit der Gestalt vollzieht sich insofern unmittelbar und nicht mehr über die Reflexion. Sie suggeriert ein sinnliches Erleben und Erfahren und bildet so einen Gegenentwurf zur atomistisch-betrachtenden Vernunft. Blut und Maschine werden im Zeichen des Konkreten vereint.

Georg Friedrich Jünger mag uns als Beispiel eines entgegensetzten Modells dienen. In Georg Friedrich Jüngers Arbeiten der 40er Jahre – geschrieben nach Stalingrad – findet sich der klassische Gegenentwurf zur durchrationalisierten Arbeiterwelt seines Bruders. (7) Georg Friedrich stellt der deformierten Gegenwart eine mythisch intakte imaginäre Welt entgegen. Die Imagination der mythisch-geordneten Wildnis in Verbindung mit einem antilinearen Zeitbegriff steht der strikt verplanten durchrationalisierten Welt – dem vermessenden Prinzip – entgegen. Tauchen wir in Georgs radikalen Gegenzauber ein, finden wir uns geschwind in einer Zauberwelt, müssen jedoch hoffen, zu der privilegierten Oberschicht der die Wälder durchstreifenden Götter zu gehören, um nicht als Diener in der heilen Wildnis unser Leben fristen zu müssen. Der verzweifelte Versuch der Restitution von Totalität in der Imagination hat einen hohen Preis, sie en-

det – wie nicht anders zu erwarten – in Regression und Irrationalismus.

Ein dritter Weg?

Nun aber back to the roots, und rauf auf den Monte Verità. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts verbanden sich konservativ-kulturkritische Ideen – u.a. Paul de Lagarde, Julius Langbehn – mit denen einer sehr heterogenen Protestbewegung, die heute unter der Bezeichnung Lebensreformbewegung bekannt ist. Die Bewegung entwikkelte sich zunächst im Widerspruch zur technisch-naturwissenschaftlichen Medizin und verwies schon damals auf traditionelle Heilkünste, die den Menschen als „ganzheitliche“ Leib-Seele-Einheit verstanden. Gerade hier verschmolzen kulturkonservative Ansätze mit naturmedizinisch-freireligiösem Denken und fanden zusammen in der Konzeption des anderen Lebens.

Trotz vieler Unterschiede lassen sich dennoch einige Stereotype innerhalb der Lebensreformbewegung (Naturheilkunde/Ernährungsreform/Vegetarismus/Siedlungsbewegung/Freikörperkultur/Jugendbewegung/Frauen- und Ehereformbewegung/Reformpädagogik etc.) erkennen. Die Protagonisten, Gründer und begeisterten Anhänger waren durchweg kleinbürgerlicher Herkunft, ihre Grundhaltung war betont idealistisch und progressiv. Der Glaube an den subversiven Charakter der Kumulation der einzelnen Reformen – es gab nie eine übergreifende Organisationsplattform der Bewegungen! – statt einer Umwälzung der Machtverhältnisse bleibt lange Zeit vordergründig vorhanden. Reform statt Revolution, auf der Suche nach dem Dritten Weg zwischen scheinbar absolutem Materialismus: sprich Kommunismus und Mammonismus: sprich Kapitalismus. Um 1900 kulminierten die einzelnen Bewegungen in der Siedlungsbewegung, der Gründung des Wandervogels in Steglitz, dem Beginn des Projektes auf dem Monte Verità und der Gründung der „Neuen Gemeinschaft“ in Berlin u.a. durch die Gebrüder Hart. Die Hauptforderung der verschiedenen Gruppierungen bestand in dem Versuch, die verderbten Einflüsse der Moderne hinter sich zu lassen. Die Stadt als Siedlungsform entwickelte sich zu einem der Hauptangriffspunkte des kulturkritischen Denkens. Statt ihrer müsse eine Siedlungsgemeinschaft eben wieder zur verlorenen Gemeinschaft zurückführen und durch ernährungstechnische und reformpädagogische Arbeit am „eigenen Ich“ die traditionellen intellektuellen Kräfte wieder in Einklang mit den sinnlichen und emotionalen Kräften des jeweils einzelnen Mitglieds bringen. Angestrebt wurde eine homogenisierte Gesellschaft, ein einheitlicher Lebensstil, als deren Folge die ersehnte Synthese der disparaten Lebenswelt, als deren Ziel der neue Mensch, der zugleich Natur- und Gesellschaftswesen zu sein habe, avisiert wurden.

Der Rückgriff auf traditionelle handwerkliche Produktionsformen, die scheinbare Ablehnung kapitalistischer Produktionsbedingungen und die Ablehnung des Primats der Naturwissenschaften unterstützten so das Aufkommen neureligiöser Bewegungen (vor allem theosophischer Strömungen). Die Siedlungsgemeinschaften hatten den Anspruch, über autarke Selbstversorgung, gelebten Vegetarismus, durch Lichtbaden und Nacktarbeit, durch Ausdruckstanz und das Tragen von Reformkleidung, in Absonderung von der Gesellschaft zur Gemeinschaft zu gelangen. Unhinterfragt bildet sich hier ein dogmatisches elitäres Sonderbewußtsein aus. So war die Siedlungsbewegung als historische Gestalt eine Flucht-, Rückzugs- und Verinnerlichungsbewegung mit dem Ziel, auf dem Raum der neuen Siedlung – des Neuen Jerusalem – zu einem neuen ganzheitlichen Leben zu gelangen. Der nicht mehr faßbaren Gesellschaft wird eine autark-einheitliche Auserwähltengemeinschaft entgegengesetzt.

Die Lebensreformbewegung entwickelte sich in der Folge verstärkt zu einer ästhetischen Fluchtbewegung. Dies läßt sich eindrucksvoll am Beispiel des Monte Verità darstellen. Als Henri Oedenkoven, Gusto und Karl Gräser, Ida Hoffmann und Lotte Hattemer nach langer Wanderung durch das Tessin in der Nähe von Ascona endlich ihren Platz finden, der ihnen für ihr Siedlungsprojekt geeignet erscheint, wählen sie einen Berg aus: die überhöhte Landschaft eines Berges, der später gleich einem Tempelbezirk, einem Götterhain über die Tessiner Landschaft von Ascona leuchten könne. Die Lebensweise in der Gemeinschaft entwickelte sich immer mehr zur Lebenskunst, sie wurde „reformerische Persönlichkeitsstilisierung“ (8).

Regressive Utopie

Das Scheitern der Siedlungsgemeinschaften und das Abdriften einiger Gruppierungen zu völkischen Ideologien kann kaum überraschen: Der lavierende Dritte Weg, der sich unreflektiert mit einer irrationalen Technik- und Zivilisationskritik verbunden hatte, resultierte im Anti-Rationalismus. Diesem Denken blieb als Lösungsweg die Flucht in poetisch-innerliche, oft religiös-mythische Bildwelten. Der verzweifelte Versuch, zu einer restituierten Totalität und Ganzheit über die Selbstreform zu gelangen, scheiterte, da das angestrebte Andere durch Bilder abgedeckt wurde, die aus einem wahnhaften Historienfundus stammen. Die utopischen Energien fanden wiederum ihren Ausfluß in der Regression.

Daß einige der Gründungsmythen der ökologischen Bewegung leider auch in dieser fatalen Tradition stehen, mag nun nicht mehr verwundern. Doch selbst noch 1982 schreibt Manon Maren Griesebach in ihrer großspurigen „Philosophie der Grünen“ diese trübe Mystagogik fort. Philosophie soll „wieder als Ort angesehen werden, an dem keine Abspaltung [und Entzweiungen] vor sich gehen“ dürfe, da genau jene „Entzweiungen der Quell des Bedürfnisses nach (einer) ganzheitlicher Philosophie“ seien, die nun die Ideen der ökologischen Bewegung speise. (9) In der Ökobewegung vertragen sich Ganzheitsesoterik und Realpolitik nach wie vor prächtig.

Die Versuche, unsere entzauberte Welt wieder zu einer Einheit zusammenzufügen, zu einem ganzheitlichen Sinngefüge zu strukturieren, hat schlußendlich selbst vor der Physik nicht haltgemacht. David Bohms und Fritjof Capras Versuche einer holistischen Physik sind letztendlich Anstrengungen, auch im säkularen Wissenschaftsbereich eine religiöse bzw. metaphysische Restitution der Natur zu gewährleisten. Es lebe die Weltformel!

Jörg Schmidt

Anmerkungen:

1) M. Frank: Der kommende Gott, Vorlesungen über die Neue Mythologie, 1. Teil, Ffm 1982
2) Friedrich Nietzsche: Götzen-Dämmerung, in: KSA, Bd. 6. S. 91
3) Beispielhaft für diese gesellschaftspolitische Analyse sei auf Ferdinand Tönnies Buch „Gemeinschaft und Gesellschaft“ (1887) verwiesen. Tönnies geht von der Existenz zweier alternativer gesellschaftlicher Zustände, nämlich der Gesellschaft und der Gemeinschaft, aus. Die vom rationalistischen Geist geprägte Gesellschaft hat die Solidarität der Gemeinschaft überwunden. Ziel einer positiven gesellschaftlichen Entwicklung ist es aber nun für Tönnies, der solidarischen Gemeinschaft wieder zum Durchbruch zu verhelfen, da nur sie dem Individuum Sicherheit verbürgt und den Entfremdungstendenzen entgegenwirken könne.
4) Der Titel des berühmten, wenig originellen Aufsatzes von Hermann Bahr lautet „Das unrettbare Ich“ (1904)
5) E. Jünger: Die totale Mobilmachung, In: Werke, Bd. 5, Betrachtungen zur Zeit, Stuttgart o.J.
6) vgl. ders.: Der Arbeiter, Herrschaft und Gestalt, In: E.J.: Werke, Bd. 6 Stuttgart o.J, S. 42f
7) G. F. Jünger: Griechische Mythen, o.O. 1944
8) G.A. Küppers-Sonnenburg, Zit. nach: Janos Frecot u.a.: Fidus 1868-1948, Zur ästhetischen Praxis bürgerlicher Fluchtbewegungen, München 1972, S. 46
9) Manon Maren-Griesebach: Philosophie der Grünen, München 1982, S.11
Literaturtip: Ulrich Linse, Geisterseher und Wunderwirker. Heilssuche im Industriezeitalter, Frankfurt a.M. 1996.

Opium für das Volk

Die Linke, die Droge und der Dealer

Staatliche Drogenpolitik ist die autoritäre Maßnahme par excellence. Statt die formalen Verfahrensregeln der bürgerlichen Gesellschaft zu codieren, beschneidet sie die Freiheit des Bürgers, mit seinem Geld nach eigenem Gusto Waren zu erwerben und legitimiert dies durch ein moralisches Verdikt über eben diese Waren. Ihre Genese fällt daher nicht zufällig mit dem Ende des klassischen Liberalismus und seiner Trennung von Staat und Gesellschaft, von Moral und Gesetz zusammen. Seither ist an den drogenpolitischen Debatten auch immer abzulesen, welche inhaltlichen Vorgaben ans Verhalten der Staat den Staatsbürgern macht.

In der aktuellen Drogen- und Sicherheitspolitik erleben wir momentan eine Neuausrichtung. Standen früher die Konsumenten als zu bekämpfende Kriminelle im Visier dieser Politik, womit ihnen immerhin Zurechnungsfähigkeit für ihre Tat, mithin eine Subjektrolle zugesprochen wurde, so werden eben diese Konsumenten heute zunehmend als Kranke verhandelt. Nicht einmal mehr die verbotene Droge soll sie krank gemacht haben, sondern ihre ganze Charakterstruktur sei „süchtig". Aufgehoben seihen sie daher am besten im Therapie- oder im methadonverabreichenden Medizinbetrieb. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt Frucht jener unkritischen Kritik der pädagogisch orientierten Reformer, die in der Vergangenheit nicht müde wurden zu betonen, keine Droge mache von sich aus abhängig, wenn die Persönlichkeit nicht mitspiele, und die Junkies seien im übrigen mit ihrer Fixierung auf einen Stoff auch nicht so einmalig in der Warengesellschaft. Ergebnis der Umsetzung der Verbesserungsvorschläge im schlechten Bestehenden ist nun die mildere, aber die Betroffenen endgültig entmündigende medizinische Repression – und das Selbstbildnis einer Gesellschaft, in der nach dem Motto „Wir alle sind süchtig" sich alle gegenseitig als die vor sich hin vegetierenden Einzelnen anerkennen, die sie im Begriff des Kapitals eben darstellen. Eifersüchtig wachen sie allein noch darüber, ob einer von ihnen verdächtige, da nicht verwertbare und somit zu therapierende Anzeichen von Lebendigkeit von sich gibt – wie eben den immerhin glücklich machenden Konsum von Heroin.

Gestört wird dieses Äquilibrium in der ideologischen Wahrnehmung bloß von außen – vom Dealer. Da die Objekte der Fürsorge für ihren Drogengebrauch nicht mehr verantwortlich zu machen sind, muß die Schuld woanders gefunden werden. Des Dealers gefährliche Identität ist seine Ware. Einmal wird er mit dem verdinglichten Zerrbild des Gebrauchswerts der von ihm gehandelten Substanz identifiziert, die in des Bürgers Auge schon immer fürs verdrängte und damit perhorreszierte Mimetische stand. Und weil dieses neidisch den dafür verhaßten „Naturvölkern" zugeschrieben wurde, galten Drogen und ihre Wirkung eben auch als kulturfremd, wie es ihre Agenten heute auch sein sollen. Machte einst Haschisch, so Bundesgesundheitsministerin Strobel 1972, unsere Jugend zu trägen Orientalen, so sind die Dealer heute träge Orientale, genauer: die „Kurdenmafia".

Zugleich aber identifiziert des Bürgers Blick den Dealer mit dem ihm unbegreiflichen Tauschwert. Als Konkretion der hypostasierten Tauschwertseite der Ware Droge scheint der Dealer nur Ausdruck eines weltweit im Unerkannten wirkenden Netzes von Mafiosi zu sein, aus der Fremde hierherzukommen, um unsere Jugend dem schnöden Mammon zu opfern. Zum Zwecke ihrer Bekämpfung ist dem Bürger heute alles recht, von Schwarzen Sheriffs bis zur Einführung des Großen Lauschangriffs. Doch nicht nur ist, frei nach Adorno, dieses Ticketdenken schon an sich antisemitisch. Das Stereotyp des Dealers lädt dazu ein, seine Biologisierung noch um den entscheidenden Schritt fortzusetzen und mit seiner Tauschwertidentität endgültig zu amalgamieren. Muß heute noch die Dichotomie von Drogenwirkung und Profitstreben als Beleg für die Bösartigkeit des Dealers herhalten, so hieße dann das Gift, das er dem Volkskörper einträufelte, nicht mehr Heroin, sondern Geld, und sein Name nicht mehr Dealer, sondern Jude. (1)

Daß die hiesige Linke den antisemitischen Charakter der aktuellen Hetze gegen die Dealer nicht als antisemitisch erkennt, verwundert nicht. Daß es aber auch in der Praxis so ungerührt hingenommen wird, wenn ImmigrantInnen von den Bullen drangsaliert und verfolgt werden, verweist auf eine linke Geschichte, in deren Verlauf die Vorgaben bürgerlicher Drogenpolitik nicht bloß unreflektiert übernommen, sondern beizeiten auch ganz innovativ weiterentwickelt wurden. Was dieser Befund wiederum über die linke Geschichte aussagt, soll im folgenden entwickelt werden.

Arbeiter, meidet den Schnaps!

Die erste linke Drogendebatte führte die deutsche Sozialdemokratie Ende des vergangenen Jahrhunderts. Zu diesem Zeitpunkt war bereits offenkundig, daß das liberale Versprechen, die Verfolgung der je einzelnen Interessen der Freien und Gleichen würde auf lange Sicht den Wohlstand und das Glück aller herstellen, nicht einzulösen wa . Die Verelendung des Proletariats, dessen Ausdruck auch kompulsiver Alkoholgebrauch war, stand den Bürgern als Menetekel vor Augen. Der Ausschluß der Arbeiterklasse aus dem bürgerlichen Glücksversprechen wurde so als Vorwurf gegen sie gerichtet. Ihre empirische Existenz galt als Beleg dafür, daß ihr die sittliche Reife fehle, zum erlauchten Kreis der Freien und Gleichen zu gehören. Der Alkoholkonsum mutierte zur Ursache für die Unfähigkeit der Proleten, ihre Armut zu überwinden; und da karitative Abstinenzgesuche an die Arbeiter sowenig an deren sozialer Lage ändern konnten, wie diese eben realiter Folge der mit naturgesetzlichen Notwendigkeit vollstreckten Gesetze des Kapitalverhältnisses war, luden die Verhältnisse dazu ein, sie als natürliche zu erklären. Die Morelsche Degenerationslehre erklärte den – immer als proletarische Eigenschaft gesetzten – Alkoholkonsum zur Ursache für moralisch und biologisch minderwertige Nachkommen – die wiederum aufgrund dieser Degeneration „trunksüchtig" werden würden. Damit war für den Moment auch dem Bürger der Schrecken vor dem proletarischen Umsturz genommen, denn irgendwann würde sich die Arbeiterfrage biologisch lösen. (Daß dies auch fürs Bürgertum das Todesurteil bedeutet hätte, auf das es im liberalen Kapitalismus tatsächlich zusteuerte, und die Ideologie daher zwecks Absonderung der gesunden proletarischen Staatsbürger von den kranken Asozialen zur Proklamation der Vernichtung übergehen mußte, sei hier nur am Rande erwähnt.)

Die Sozialdemokratie reagierte auf den ideologischen Klassenkampf von oben so, wie es ihrem etatistischen Charakter entsprach. Statt für die Überwindung der Lohnarbeit kämpfte sie für ihre Würde, statt gegen die kapitalistische Produktion gegen die illegitime Aneignung ihrer Produkte durch die Kapitalisten. Als Mittel zum Zwecke der gerechten Distribution

erschien ihr der zum Volksstaat gewandelte Staat, dessen Existenz an sich sie daher ebensowenig kritisieren konnte. Sie sah ihre Aufgabe folgerichtig darin, die Zeit bis zu dem Moment zu organisieren, in dem das Proletariat zur Staatsübernahme reif würde. Differenzen, die auch für die Behandlung der Alkoholfrage relevant wurden, bestanden bloß darin, wie dieser Reifeprozeß sich zu vollziehen habe. Während der rechte wie der linke Parteiflügel, die sich in der Alkoholfrage gemeinsam auf der Abstinenzlerseite wiederfanden, diesen Reifeprozeß durch Eingreifen beschleunigen wollten (der rechte durch sittliche Verfeinerung, der linke durchs Proben von Aufständen), ging der zentristische Flügel von einem naturgesetzlich sich vollziehenden Prozeß aus, in den zu intervenieren vergebliche Liebesmüh wäre.

Die Fabriktugenden, die sich das Proletariat erwarb, galten der SPD daher nicht als notwendiges Übel, sondern sowohl als Mittel zur Überwindung der Klassenherrschaft, als Werkzeug des gestählten Arbeiters im Klassenkampf, denn auch als Ziel des Sozialismus, in dem er sich dann frei in seinem Element der Arbeit entfalten könne – ungehindert durch die „kapitalistische Anarchie". Der bürgerlichen Nüchternheitsemphase hatten die Sozialdemokraten somit substantiell nichts entgegenzusetzen. Die eigentliche Zumutung des bürgerlichen Vorwurfs, das Proletariat sei eine trinkende Klasse, mußte ihnen, die Nüchternheit und Entschlossenheit ebensosehr als Ausweis sittlicher Reife schätzten und gleich den Bürgern vom Dämon Alkohol bedroht sahen, entgehen: nämlich die Anforderung, die Befähigung zum wertschaffenden Staatsbürger erst per Alkoholabstinenz unter Beweis stellen zu müssen. Stattdessen wiesen sie nur jene als nicht befugt zurück, die den Vorwurf aufstellten, und erledigten das Geschäft des Bürgers lieber selber. In detailgenauer Reproduktion der bürgerlichen Antialkoholbewegung standen sich Abstinenzler und Gemäßigte gegenüber. Beiden galt, um mit Kautsky, Wortführer der Gemäßigten, zu sprechen: „Der Schnaps – das ist der Feind!" (2) Uneins war man sich nur in der Dringlichkeit seiner Bekämpfung wie in der Bewertung des Bieres. So befand Kautsky, der Branntweingenuß sei ohnehin nicht an sich proletarisch und verschwinde daher von selbst mit dem – ebenso automatisch – entstehenden Klassenbewußtsein: „Je mehr der Arbeiter in seinen Kämpfen an Selbstvertrauen gewinnt, (...) desto mehr hütet er sich vor der Besoffenheit." (3) Das Bier, in der Konsumform des Kneipens, sei sogar wesentlicher Bestandteil proletarischer Existenz, dem daher eine notwendige Rolle im Klassenkampf zukäme: Denn das Wirtshaus sei das „einzige Bollwerk der politischen Freiheit des Proletariers." (4) Mit ihm hielt die Parteimehrheit abstinenzlerische Bekämpfung des Alkohols für unnötig sektiererisch.

Die gelassene Feststellung dessen, was wesensmäßig proletarisch sei und damit gut, ging den Abstinenzlern ab. Die Linken erklärten „Nüchternheit zum unverzichtbaren Moment proletarischer Selbstdisziplinierung" (5). Ähnlich erklang der Ruf Victor Adlers: „Nieder mit der Gemütlichkeit!" Den Kampf gegen Müßiggang und Laster focht auch der rechte Flügel der Arbeiterbewegung, dem es freilich mehr daran gelegen war, den Bürgern gleich den besseren Bürger zu präsentieren und das Proletariat demgemäß sittlich zu veredeln, bis der Sozialismus bloß noch die zu errichtende Gemeinschaft der Anständigen beschrieb: „Wir bekämpfen den Alkohol als soziales Gift, das die Sitten und Gesundheit des Volkes ruiniert", hieß es in der ersten Ausgabe des „Abstinenten Arbeiters" von 1903. Daß es von der Veredlung der Klasse zu der der Rasse, von der Denunziation moralisch Minderwertiger des **zukünftigen** zur Aussortierung biologisch Minderwertiger des **realen** Staatsvolkes nur ein kleiner Schritt ist, bewies später der SPD-Gesundheitssprecher Groothjan, der 1921 das erste Sterilisierungsprogramm für „Alkoholiker" vorlegte.

Qualifiziert wurde in diesen drogenpolitischen Debatten das revolutionäre Subjekt realiter für die Tauglichkeit als produktives variables Kapital, das durch keinen exzessiven Schnapskonsum die Maschinerie der Warenproduktion stocken läßt und so auch seine Tauglichkeit als ebenbürtiger Staatsbürger unter Beweis stellt – ebenso wie die SPD die ihre als zukünftiger Gesellschaftsplaner. Daß das Mißverständnis dieser Mission als einer revolutionären überhaupt auftreten konnte, ist wiederum der Verabsolutierung der empirischen Arbeiterexistenz zum sozialistischen Ideal geschuldet, deren Utopie die „Verwirklichung der Arbeit" ist, angereichert um die stählerne Nüchternheit des Proleten wie um dessen regressiv-volkstümliche Geselligkeit nach getaner Arbeit, wie wir es aus der DDR-Singebewegung und der SPD-Dixielandkultur kennen. Dem gleichen Mißverständnis, die Vertretung der Arbeiter als Arbeiter sei revolutionär, ist aber auch die Tatsache geschuldet, daß die Appelle sich stets bloß an die eigene Klasse richteten – der Alkoholgebrauch des revolutionären Subjekts also nicht als Machenschaft der Herrschenden angeprangert wurde, wie es aus heutigen linken Drogendebatten bekannt ist. Angesichts der gesellschaftlichen Exterritorialität des Proletariats ließ sich nicht nur die Illusion leichter aufrechterhalten, die Vertretung der Interessen des zu sich kommenden variablen Kapitals sei revolutionär, sondern auch, diese Revolution stehe unmittelbar bevor. Damit stellte sich noch die Frage, wie das Proletariat seine Interessen vertreten solle – und nicht, wer oder was es daran hindere.

Die Drogenpolitik als Saustall der Bourgeoisie

Von der Vorstellung, die Interessen der Arbeiterklasse seien an sich revolutionär, ging auch der größte Teil der „Neuen Linken" der späten 60er Jahre aus (von ihrem bohemistisch-rebellischen Widerpart wird noch zu reden sein). Zwar entlehnten sie ihr Leitbild des Arbeiters und seiner Tugenden aus der Zeit, in der auch die Alkoholdebatten stattgefunden hatten. Zwei Dinge aber hatten sich geändert: Zum einen bestand kein gesellschaftlicher Bedarf mehr daran, den Arbeitern die Fabriktugenden zum Ausweis staatsbürgerlicher Tauglichkeit erst schmackhaft zu machen; zum anderen aber war die Arbeiterklasse real integriert, ohne daß dies zum Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft geführt hätte. Diesen Widerspruch aber durften die, die nicht bloß abstrakt kritisieren, sondern konkret Politik betreiben wollten und dafür auf Teufel komm raus ein Subjekt, dessen partikulares Interesse sie als das der Allgemeinheit setzten , brauchten, nicht reflektieren. Daß die Kumpanei mit den Proleten, die Absage an lange Haare und an den (vermeintlich) unvermittelbaren Gebrauch von Haschisch oder LSD auch den meisten heutigen Linken als die Farce erscheint, die sie war, verdeckt aber, daß der Kultus ums revolutionäre Subjekt von Voraussetzungen ausging, die weit mehr Linke teilten und teilen als die MLer. Der Fetisch der Vermittlung – einerseits dem ausgemachten Subjekt seine eigentlichen Interessen, andererseits diese der Gesellschaft „vermitteln" zu wollen – brach sich dabei auch in drogenpolitischen Fragen Bahn. Daß das einzige Interesse des variablen Kapitals das ist, im Austausch für seine Arbeitskraft möglichst viel Geld zu erhalten, mußte denen, die seine wahren Interessen aufstöberten, als bloße Manipulation erscheinen und die Gesellschaft daher als ein einziger Zusammenhang von Bestechung und Repression. Folglich geriet auch die Ware Haschisch in den Geruch, wie alle anderen die Bequemlichkeit steigernden Waren nicht etwa die Erfüllung eines geldvermittelten Bedürfnisses, sondern ein dem Arbeiter äußerliches, vom Kapital wenn nicht (wie der Fernseher oder die Bild-Zeitung) angedrehtes, so doch lächelnd in Kauf genommenes Schmiermittel zur Entpolitisierung darzustellen. Um es mit den Worten des damaligen Linken Röhl zu sagen: „Die Vision von

einem Siemens-Arbeiter, der eines Tages nicht mehr (!) zum Streik und zum politischen Kampf bereit ist, sondern zum ‚Aggressionen abbauenden' Joint greift, muß uns alle erschrecken." (6) Die Tatsache, daß keine Klasse da war, an deren revolutionäres Interesse sich real appellieren ließe, machte diese Aufrufe an die nüchterne Kampfmoral nur umso pathischer und die Bereitschaft, Drogen nicht mehr bloß als Metapher für die vernebelnde Konsumwelt denn als tatsächliche Bewußtseinsmanipulation zu begreifen, nur umso größer.

Drogen wurden aber auch genutzt, um die Vermittlung in Richtung der Gesellschaft zu bewerkstelligen. Wieder Röhl: „Es ist ihr Saustall, meine Herren Konzernbesitzer, den wir hier ausmisten!" – Gemeint war das Tohuwabohu mit den Junkies und Kiffern. Nur so läßt sich nämlich Politik machen. Zuerst wird nicht der Kapitalismus, sondern bloß eine seiner Erscheinungsformen, möglichst eine, die vielen anderen ebenso Unbehagen bereitet, zum Problem erklärt und dann konzediert, der Kapitalismus sei nicht in der Lage, es zu lösen, um sich schließlich den Staatsbürgern als die kompetenteren Löser dieses Problems anzubieten. Bei der dieser Taktik inhärenten Sozialdemokratisierung nimmt es nicht Wunder, daß die Junkies dabei allmählich vom Symptom der Verelendung zum Symptom der ausstehenden Oberstufenreform mutierten. Mit ihren tatsächlichen Bedürfnissen hatte dies natürlich nichts zu tun. Sie wurden vielmehr auf dem Altar der Politikfähigkeit dem gesunden Volksempfinden geopfert. Der linken Vorstellung von Emanzipation hat es geschadet, ihrem Ruf als kompetent aber gut getan, und noch heute zehrt der linke Sachverstand davon, zur Erklärung des Drogengebrauchs nicht bloß, wie die Konservativen, den Aufruhr gegen die traditionelle Ordnung anzubieten zu haben, sondern auch fehlende Jugendzentren und die grausige Architektur von Berlin-Gropiusstadt.

Von den gleichen Prämissen, wie „revolutionäre Politik" zu betreiben sei, gingen auch die aus, die zu scheinbar konträren Ergebnissen kamen: die Randgruppentheoretiker. Aus ihren Reihen entstammten diejenigen, die in den 70er Jahren im Rahmen der Release-Bewegung direkt mit Heroingebrauchern zu arbeiten trachteten. Ausgehend von einer noch einmal vulgarisierten Marcuse-Rezeption, kam man gleich den MLern zum Schluß, die Arbeiterklasse sei als materiell saturierte bestochen. Man setzte aber gerade daher nicht diese, sondern – mit eben demselben Recht – die Nichtsaturierten als zu umwerbendes revolutionäres Subjekt. Galt den MLern das Lumpenproletariat und sein Lebenswandel als Ausweis besonderer sittlicher Unwürdigkeit, so den Randgrüpplern als der einer moralischen Integrität, der nur zu sich selber kommen müßte. In den Release-Therapien (damals noch weitestgehend unbehelligt von Konkurrenz durch den bürgerlichen Drogentherapieapparat) sollten die Junkies ihre eigentlichen Interessen kennenlernen, und die hießen, die Spritze mit dem Gewehr zu vertauschen. Freilich hatte sich die Release-Bewegung damit in eine delikate Aporie verwickelt. Denn das, was überhaupt nur zur wesentlichen Bestimmung der revolutionären Subjektivität gereichen konnte, ihr Gebrauch von Heroin und die daraus folgende soziale Deklassierung, mußte in der therapeutischen Praxis zugleich als bloß akzidentelle Erscheinung eines ganz anderen Wesens behandelt werden, als Gegnerschaft zur kapitalistischen Wirklichkeit und als Bereitschaft, sich nicht per sozialer Intergration „einkaufen" zu lassen. Die therapeutische Nivellierung desjenigen Besonderen, weswegen die Junkies als Zielgruppe erst aus der Masse ausgesondert worden waren, reproduzierte unter dem Markennamen „revolutionäres Subjekt" bloß das reale Wesen des bürgerlichen Subjekts, seine als Form der abstrakten Vergleichung der Individuen notwendige substantielle Leere. Daß die konkrete Praxis der Release-Therapien wie in jeder Therapie bloß noch in der Verdopplung dieser substantiellen Leere zur Anweisung an die Therapierten, substantiell leere, weil sinnlose Tätigkeiten wie Nähen oder Feldarbeit auszuführen, bestand, kann ebensowenig überraschen wie die Tatsache, daß die Aktivisten sich nach dem Ende ihrer Bewegung zumeist bruchlos ein neues Tätigkeitsfeld im bürgerlichen Psychoapparat erschließen konnten.

„Haschisch, Opium, Heroin für ein schwarzes Westberlin"

Linke, die die Nase von der marxistisch-leninistisch orientierten Massenpolitik voll haben, beziehen sich häufig auf ihren historischen Gegenpart innerhalb der 68er-Bewegung, auf die bohemistische Gegenkultur, die gegen das asketische Revolutionsideal den Rausch der Revolte setzte. Wenn Jürgen Elsässer beispielsweise in der „jungen Welt" mit sich selbst als neuem Umherschweifenden Haschrebellen kokettiert, ist nicht nur zu fragen, wieviel Projektionsleistung darinsteckt, sondern auch, ob er zumindest ahnt, in welchem falschen Gegensatz er sich bewegt

Die Sex-Drugs-Rock'n'Roll-Subkultur der späten 60er Jahre war zunächst ein Produkt des entwickelten Kapitalismus, der zu diesem Zeitpunkt eine Surplus-Bevölkerung hervorbrachte, die er nicht unmittelbar mehr brauchen, wohl aber noch unter-

halten konnte. Auf dieser materiellen Grundlage war es Studenten, Künstlern etc. möglich, die Reproduktion ihres Selbst nicht bloß unmittelbar auf den nächsten Arbeitstag hin zu organisieren, sondern damit freier zu experimentieren – wozu dann auch neuer Sex, neue Musik und neue Drogen gehörten (7). Spezifisch revolutionär wird diese Neuorganisation des Selbst dann und nur dann, wenn sie die Aneignung der Welt in der revolutionären Umwälzung der Verhältnisse als mögliche antizipiert. So verweist schon die Tatsache allein, daß sich die Neue Linke in sich feindlich gegenüberstehende Fraktionen von asketischen Organisatoren der Klasse und gegenkulturellem „Underground" aufspaltete, darauf, daß keine von beiden mehr die Revolution zu denken vermochte.

Nun aber hatte der Post-68er-Underground, der nicht Kulturindustrie sein wollte, keinesfalls den Anspruch aufgegeben, die Verhältnisse umzuwälzen. Die Möglichkeit wie die Notwendigkeit dieser Umwälzung witterte er bloß im Gegensatz zum ML nicht in der Klasse, sondern in sich selbst: „Die Haschrebellen (...) kämpfen gegen das moderne Sklavenhaltersystem des Spätkapitalismus. Sie kämpfen für eine freie Entscheidung über Körper und Lebensform", erklärte der „militante Kern der Berliner Subkultur" in einem Flugblatt. (8) Die Befreiung des Körpers war bereits in der Kiffer- und Acidhead-Kultur der US-Westcoast ein wichtiger Topos gewesen: Vermittels „bewußtseinserweiternder" Drogen sollten die Fabriktugenden, die Selbstdisziplin wie der vorausschauende Triebaufschub, nicht nur als negative erkannt, sondern auch im Subjekt überwunden und durch ein positives Konzept von als wahr erkannten Lebensformen im Hier und Jetzt substituiert werden. (9) Eine ähnliche Rolle spielten Drogen für die Haschrebellen, nur daß vermittels der Drogen nicht die Lust an der Kontemplation in den Körpern befreit werden sollte, sondern die an der Zerstörung: „Die Flammen [eines von ihm angezündeten Autos, lq] auf diesem Trip, also verstehst du, ich bin einfach stehengeblieben und habe mir das angesehen" (S. 59), schwärmt Bommi Baumann. Die Natur der Droge verbürgte nur, daß die natürlichen Emotionen des Körpers ihren natürlichen Ausdruck fänden, der dann, die bürgerliche Dichotomie von Ratio und Rausch zur anderen falschen Seite hin auflösend, keiner vernünftigen, nur einer ästhetischen oder existentiellen Legitimation bedarf.

Gerade weil der Körper nur die Pseudokonkretion der allerabstraktesten Subjektform darstellt, ist er für den, der an sich selbst Notwendigkeit und Möglichkeit der Revolution beweisen will, Ausgangspunkt. Wenn des Haschrebellens Gefühl zur Revolution drängt, ist sie notwendig. Wenn aber das Gefühl des Haschrebellens natürlich zur Revolution drängt, so das aller anderen auch, denen es – Haschisch für ein schwarzes Westberlin - nur vorgelebt werden muß. Daß das Lebensgefühl, das sich dort ausdrückte, ein unmittelbar deutsches Lebensgefühl und nicht ein gegenkulturelles war, entpuppt sich dann harmlos an „Charming-Aktionen" für den Spießer, Radarfallen zu sprengen, wie harmvoll am Bombenanschlag zum 31. Jahrestag der Reichskristallnacht im Berliner Jüdischen Gemeindehaus aus „Protest" gegen die Politik Israels.

Die Drogen wurden als Gleitmittel zum Ausdruck des Lebensgefühls verwendet; sie wurden zwar – in blinder Reproduktion der bürgerlichen Ideologie, die in ihnen nur das Zerrbild der Mimese als katastrophisch gelöste Affektkontrolle zu sehen vermag – als Garant der gegenkulturellen Identität gehandelt. Ihnen kam aber gleichwohl keine eigene Qualität zu: die unmittelbaren Gefühle der Haschrebellen kamen unter Drogeneinfluß (wie auch ohne) unmittelbar zum Vorschein, eben weil sie bloße einschnappende Reflexe waren. Über das Besondere von Drogen konnten Baumann & Co. genausowenig wie die MLer reden. In der Realität des Undergrounds spielten sie eine ganz andere Rolle, nämlich die, für die ökonomische Reproduktion zu sorgen: „Wir haben zich Leute gekannt, an die wir Shit verkauft haben, das war ja das einzige, was wir noch hatten." (S. 57) Diese Notwendigkeit verbrämten die Haschrebellen freilich zur Reklame, sowohl gegen andere Händlergruppen, gegen die sie mit dem Verweis, der „Perser-Maffia" ginge es ja nur ums Geld, ihre politische Integrität ausspielen konnten („In der 883 haben wir Meetings abgehalten, durch die wir den ganzen Dopemarkt kontrollieren wollten, damit da keine Dealermaffia entsteht" – S. 58), als auch gegen die restliche konkurrierende Linke, gegen die sie ihre, durchs Urteil des Bürgers geadelte Droge als Lebensstil-Surplus aufbieten konnten. Da sich Reklame nicht nach der Besonderheit der Substanz richtet, sondern nach den blinden Markterfordernissen, war es genauso einfach für den Underground, eine Droge, sollte sie sich nicht mehr als Werbeträger eignen, wieder genauso zu sehen, wie die Bürger, statt genau umgekehrt. Heroin war schnell nicht mehr Bestandteil des schwarzen Westberlins.

Als lauer Aufguß der revolutionären Subjektivität als Lebensgefühl läßt sich über die Sponti-Politik der ersten Person, die dem Zerfall des Blues folgte, kaum substantiell Neues sagen. Daß sich die Wut zur Befindlichkeit und das Lebensgefühl zur Innerlichkeit transformierten (10), tat dem oben beschriebenen Einsatz von Dro-

gen keinen Abbruch. Als Ausweis, auf der richtigen Seite der Barrikade zu stehen, wurde noch gekifft, als es längst keinen anderen Grund mehr gab, eben dies anzunehmen: Joschka Fischer verspürte, als er 1983 in den Bundestag gewählt wurde, kein Bedürfnis nach einer Zwille, wohl aber nach einem Joint. Zur linken Kultur gehört als Distinktionsmerkmal halt das Haschisch, das als Droge schließlich genauso harmlos ist wie die, deren kulturindustrielles Logon es darstellt.

Die Black Panthers als drogenpolitische Bürgerwehr

Kam der einzelne Dealer bei Bommi Baumann immerhin schon vor, wenn auch nur am Rande und als Legitimationsideologie des eigenen Drogenhandels, so sollte er in den drogenpolitischen Debatten der Linken in den 80er Jahren zur zentralen Figur werden. Um diese Debatten zu verstehen, ist allerdings ein Rekurs auf das strategische Vorbild vonnöten – die Dealerkampagne der Black Panthers.

Strategischer Bezugspunkt der Panthers als militanter linker Organisation war das amerikanische Schwarzenghetto, sowohl als zu verteidigendes als auch als kämpfendes Subjekt, als Hebel der revolutionären Umwälzung der amerikanischen Gesellschaft. Um die Identität beider Aufgaben, sowohl ausführendes Organ eines empirischen als auch Ausdruck eines erst noch zu sich selbst kommenden Interesses zu sein, herzustellen, galt den Panthers der Grund des Schutzbedürfnisses – die rassistisch bestimmte ethnische Identität – zugleich als positive Bedingung für die Notwendigkeit einer Revolution. Als empirische Partikularität sollte das Ghetto zugleich die Keimzelle einer neuen Allgemeinheit darstellen – und darin erst zu sich selbst kommen. Da aber die Erfahrung konkreter rassistischer Gewalt keine hinreichende Bedingung davon sein kann, einen Begriff derjenigen Gesellschaft, deren Ausfluß diese Gewalt ist, zu entfalten, kann vermittelndes Moment der negativen Identität der rassifizierten Gemeinschaft und der positiven Identität der kollektiven revolutionären Subjekte (sofern die Konstitution dieser revolutionären Subjektivität nicht zufällig, sondern zwingend sein soll) eben nur die Hautfarbe sein. Auch wenn zumindest die frühen Panther diesen Schluß in ihren Aussagen dementierten, so nahmen sie in ihrer Praxis das Akzidenz der Hautfarbe als Wesen, bloß als aufführerisches, derer, für die sie sprachen. Die Übernahme der islamischen Religion als Label der andersartigen Beschaffenheit zu den christlichen Weißen durch Panther-Kämpfer spricht Bände.

Damit aber bekam der Drogenkonsum im Ghetto eine ganz andere, gleichsam existentielle Qualität. Die implizit unterstellte natürliche Identität des revolutionären Subjekts fand seinen Feind in der biologischen Identität der Droge, die nun nicht mehr als bloße Metapher für deren unterstellte soziale Wirkung, schlapp zu machen, stand, sondern dieses Schlappmachen real als natürliche Wirkung enthalten mußte. Als solche aber durfte sie das Außen nicht einfach nur symbolisieren, sondern konnte nur konkret von außen kommen: „Wie du weißt, haben wir in den Ghettos keine Drogenfabriken, also wird das ganze importiert. (...) Wenn du dann dieser Spur folgst, kommst du bald zum CIA und zur DEA (Drug Enforcement Agency)", erklärte Mario Van Peebles, Regisseur von „Panther", im Interview (11), und die Aktivisten erklärten martialisch den schwarzen Drogendealer zum Verräter, der dann auch tatsächlich – nach eigens aufgestelltem Kriegsrecht – liquidiert wurde. Daß die Panthers einen nicht geringen Teil ihrer Zeit mit dem Kampf fürs drogenfreie Ghetto zubrachten, erklärt auch ihren Wandel in der Rezeption von den schlimmsten Feinden der amerikanischen Nation zu jenen, in denen das weiße Amerika seine eigenen Gelüste nach Ruhe und Ordnung wiederfindet.

In der schwarzen Community hingegen wirkte das Blutopfer des Dealers als vorweggenommene Konkretion der pseudokonkreten ethnischen Gemeinschaft, die sich als solche erst explizit bekannte, als die Nation of Islam die Panther als gemeinschaftsstiftende Organisation beerbten und die revolutionäre Emphase dieser beerdigten. Die NOI brachte die von den Panthers nur proklamierte Einheit von empirischer Partikularität und ideeller Allgemeinheit zu sich selbst. So konnte die NOI als selbsternannter Staat im Staate in seinem hautfarbenloyalen Herrschaftsgebiet nicht nur Polizeifunktionen übernehmen, sondern sich auf diese Weise auch weißen Geschäftsleuten für den Kampf gegen Junkies und Gesocks zum Kauf anbieten. Wer aber die Panther dafür nicht verantwortlich machen will und weiterhin von gegenrassistischer Identität als Waffe schwärmt, möge zumindest über die toten Dealer nicht schweigen (12).

Der drogenpolitische Terror der Intimität: die autonome Bewegung 81/82

Die letzte Blüte linksradikaler Praxis erlebte die BRD wohl zu Beginn der 80er Jahre, als sich die autonome Bewegung auf ihrem Höhepunkt befand. Als Subjekt der revolutionären Politik, die zugleich aufs Ganze wie auch aufs Konkrete gehen sollte, verstanden die Autonomen – im bewußten Bezug auf die vergangene Blues- und Sponti-Szene – wiederum sich selbst. Als Vermittlung zwischen revolutionärem Sein und revolutionärem Sollen setzten sie aber nicht das blanke Gefühl, sondern die individuelle Lebenswelt. Wie der Alternativszene galt ihnen das konkrete Einzelne der Lebensgestaltung als an sich widerständig, sofern es dem Staat, der es bloß oktroyierte, auch bewußt entzogen wurde, und bloß in der Form, wie dies zu bewerkstelligen sei, gab es Differenzen. Denn während den Alternativen das Verhältnis von Staat und Gesellschaft als ein Kommunikationsgeflecht galt, in dem dem Staat die alternative Lebensgestaltung schon durch (allerhöchstens) **Symbole** des Widerstands abgeschwatzt werden könnte, so begriffen die Autonomen den Staat als gewaltsamen Usurpator und spielten die Repression gegen den Konsens aus, ohne diesen falschen Gegensatz zu kritisieren.. Jede je einzelne, existentialistische Revolte, um die es dem Einzelnen konkret gehen sollte, erschien so zugleich als Ausdruck einer Totalität von Kämpfen gegen die totale staatliche Repression. Insofern diese Totalität der Kämpfe ausblieb, mußten die Autonomen sie zumindest im Bewußtsein antizipieren, damit aber in der schizophrenen Situation leben, ihre konkreten Interessen, ihre autonome Lebensgestaltung zu verfolgen und diese doch zugleich unters Verdikt, daß sie fürs Allgemeine, die Revolution, taugen müssen, zu setzen. Um dies auszuhalten, wurde nicht nur die Bereitschaft größer, in jedem Durchbrechen von Regeln bereits einen widerständigen Akt zu erblicken („Käseklau ist Antiimperialismus") und die Gesellschaft (als dem Staat entgegengesetzte) als eine einzige Ansammlung von unbewußten Widerstandskämpfern zu deuten. Zusätzlich wurde auch mit ebenso abstrakter wie rigider werdender Moral darüber gewacht, daß alles, was im besetzten Haus so vor sich geht, den Ansprüchen der Revolution genügt – das ganz andere bereits zu sein, was jene doch erst herstellen soll. Je weiter Sein und Sollen sich auseinanderbewegen, um so mehr nähern sie sich im Bewußtsein, das diese Spaltung überbrücken soll, einander an.

Einerseits erschien den Autonomen daher gesellschaftlich nicht approbiertes Verhalten, beispielsweise Heroinkonsum, bereits als Traum des anderen Lebens, das nur zu Bewußtsein kommen muß, und Junkies wurden, sofern sie sich eben in der Gesellschaft, im Draußen des besetzten Hauses befanden, als Rebellen, die „kein Bock auf Maloche" haben, also „Widerstand" ausüben (Flugblatt „Wider die innere Vermummung" der Gruppe „Kiez gegen Heroin" (13), umworben. Wird der

Junkie aber im besetzten Haus aufgenommen, so erfährt er eine wundersame Verwandlung. Denn nun stellt „Kein Bock auf Arbeit im Kollektiv" plötzlich „die Zielsetzung des Ausstiegs" (ebd.) in Frage. „Hier merken wir, daß wir noch Verhaltensweisen drauf haben, die sich nicht von denen unterscheiden, die in den alten Zusammenhängen als Widerstandsformen ungeheuer wichtig waren. Jetzt aber wirken sie sich gegenteilig aus und blockieren." Aus der autonomen Bewunderung für den Widerständigen wird die Sorge, dieser habe nicht das ganze im Auge, sondern „bloß den nächsten Schuß", so das Klagelied in mehreren Ausgaben der „radikal". Ihm soll daher „die Wärme" (14) des Kollektivs angedeihen, auf daß er nicht mehr „zumache", sondern sich den „notwendigen Auseinandersetzungen" stellt, um dann „selbstbestimmt das Leben mit neuen Inhalten zu füllen" (ebd.). Reproduziert wird, wie in der Release-Bewegung, die substantielle Leere der Subjektform, bloß in noch detailgenauerer Transsubstantion des sich um seinen konsumtiven Lifestyle sorgenden Bourgeois, dem Heroin erwerbenden Junkie, zum Citoyen, der das nur in nichtssagenden Formeln konkretisierte Allgemeinwohl als seine Sorge zu betrachten hat. Bloß daß dies Gemeinwohl nicht das abstrakte Staatswesen, sondern die intime Wohngemeinschaft ist, in der der Zugriff aufs Individuum totaler ist, als es sich der bürgerliche Staat, der sich anheischig macht, mit der Gesellschaft zur allgemeinen Irrenanstalt zusammenzuwachsen, träumen lassen könnte.

Die Transsubstantion des Junkies schlägt auf seine Droge, von der er getrennt werden soll, zurück; diese wird zum Ausdruck eines bedrohlichen äußerlichen Gewaltverhältnisses, des Staates, konkreter: seiner Repressionsorgane, die Name und Anschrift haben. Diese Bedrohung aufzulisten als Enttarnung der konterrevolutionären Konspiration machten sich diverse Gruppen in dieser Zeit Mühe, deren strategisches Ziel aber bloß in zweiter Linie deren Bekämpfung war (auch das gab es, in Form von Anschlägen auf als Dealerkollaborateure „entlarvte" Fluggesellschaften etc.). In erster Linie sollte die Bedrohung von außen als Frage nach innen zurückgegeben werden: „Wie kommt jemand auf die Idee, daß wir auf Junk abfahren?" (ebd.) Vermittels der in Kritik- und Selbstkritikrunden abgeleisteten Bekenntnisse, nur ja keine Drogen nehmen und alles dafür tun zu wollen, daß niemand anders dieses tut, wurde das Bekenntnis zu Strukturen abgeleistet, „in denen jeder in seiner Ganzheit gefragt und erfordert ist" (15) (ebd.) – die totale Vergesellschaftung im autonomen ganz anderen Ganzen, die umso verhemender eingefordert wurde, weil dieses Ganze so ganz anders weder war, noch sein konnte. Die Ablehnung der Droge avancierte zum Ticket auf die autonome Einheit von gelebtem Alltag und gesellschaftlicher Umwälzung.

Von der Countercounterinsurgency zur Bürgerwehr

Erst als die Orte, an denen die partikulare Revolte zugleich die allgemeine Umwälzung bereits sein und zugleich erst vorbereiten sollte, auch empirisch verlustig gingen (als geräumte oder legalisierte Häuser), richtete der autonome Blick sich wieder nach außen. Als Traum dieser erträumten Vermittlung blieben diese Orte jedoch erhalten, und so mußte die Tatsache, daß die Verdopplung dessen, was ist, auch ohne Rest wieder in das, was ist, zurückfallen konnte, zugunsten eines bloß äußerlichen Widerspruchs verleugnet werden – der repressiven Äußerlichkeit des Staates. Da aber der Staat zugleich notwendig in seiner manifesten Gewalt, die ihn in der autonomen Theorie allein ausmacht, als überwindbar gesetzt worden war, konnte nicht seine schlichte Übermacht als Ursache fürs Scheitern begriffen werden, sondern eine listige Machenschaft, die so lange als Bedrohung vorausgesetzt wird, bis sie erkannt ist.

War die Droge in den frühen Jahren der Autonomen die Versuchung des Außen, derer man sich starken Willens erwehren konnte, so galt sie jetzt als Ursache des eigenen Scheiterns. „Es ist ja nichts neues und spätestens seit dem Hitlerfaschismus hinlänglich bekannt, daß Widerstandskämpfer durch Drogen gefügig gemacht werden. Kenner der französischen Linken behaupten, daß die Sicherheitsbehörden den Widerstand gegen das System dadurch aufgeweicht haben, daß für einen Monat kein Haschisch auf dem Markt war, gleichzeitig aber Heroin zu Spottpreisen im Überangebot war. (...) Wir können zur Zeit noch nichts beweisen, aber viele Anzeichen deuten darauf hin, daß ähnliches auch in unserem Kiez praktiziert wird: (...) Es werden keine abgewogenen Briefchen mehr gehandelt, sondern es gibt Stoff aus der Tüte und das Abwiegen auf der Straße nach Supermarktmanier", weiß die autonome Broschüre „Drogen im Fadenkreuz" aus dem Juli 1988 bescheid. Gerade weil wir auf uns zurückgeworfen sind, sind wir erfolgreich gewesen, denn der Staat und seine Agenten mußten uns mit Drogen kleinkriegen. Gerade weil er uns mit Drogen kleinkriegen mußte, können wir uns sogar auf den antinazististischen Widerstandskampf berufen.Und gerade weil uns niemand zuhört, erfahren wir, wie recht wir haben, denn unsere SympathisantInnen aus dem Kiez müssen unter Heroin gesetzt werden, damit sie nicht zu uns stoßen. Prägnanter bringen es die autonomen Sprayer auf den Punkt, die „Heroin und Polizei – zwei Wege, ein Ziel" verkünden.

Was der autonome Fighter real erfahren hat, ist die alltägliche Erfahrung des variablen Kapitals: austauschbar und überflüssig zu sein, weil im unvernünftigen Ganzen der bloße Gedanke, sich vernünftige Zwecke setzen zu wollen, die Angst vor dem Ganzen auslöst – vor dem er Schutz dort erhofft, wo es repräsentiert wird, beim Nationalstaat. Der Autonome erfährt es nur schmerzhafter, seit seine Hoffnung, mehr zu sein als ein bloß austauschbares bürgerliches Subjekt, nämlich zugleich das absolut Andere, zerstoben ist. Unfähig aber, innezuhalten und dies als vernichtende Kritik am Kapital zu begreifen, muß er bedingungslos weiter sich für alles halten, wo er bloß nichts ist. Spiegelbildlich zum Bürger, der den Souverän um Schutz anfleht, fleht er ihn um Bekämpfung an, und sucht sich doch gleich jenem als Substitut finstere Mächte, an denen „Handlungsfähigkeit" demonstriert werden kann. So zeigen die ersten Taten der Autonomen, die auf den Beifall der Bevölkerung stießen – die Bürgerwehraktionen gegen Dealer in Hamburg-St. Georg oder in der Hafenstraße beispielsweise – das restlose Scheitern einer Bewegung an, die sich von der Bevölkerung, mit der sie sich einst als von ihr zumindest akzidentiell verschiedene vermitteln wollte, nicht einmal mehr in der Auswahl der Objekte des paranoiden Wahns sich unterscheidet (16). Wenn der Kampf gegen die Dealer bei den Black Panthers noch den Wunsch nach einer zwar ethnisch homogenen, aber minoritären Gemeinschaft anzeigte, so kann dieser Wunsch, von deutschen Autonomen in Plakaten wie „Dealer verpißt Euch!" artikuliert, seinen Bezugspunkt bloß im hiesigen Volk finden, auch wenn er vorerst auf den Kiez beschränkt bleibt.

In der aktuellen autonomen Szene ist auch die Notwendigkeit zerronnen, den Dealer noch als Staatsagenten auszuweisen. Die Erwähnung des Wortes „Dealer" reicht aus, damit alle Bescheid wissen: Ob das „Ex" in Berlin ein Schild aufhängt, man wolle keine Junkies, weil dann auch bald die „Scheißdealer" da seien, oder die Kritikerinnen, die für Junks im „Ex" eintreten, die „berechtigte Angst vor Dealern" teilen und deshalb Strategien entwickeln wollen, „wie Dealer erkannt und vertrieben werden können" (17), immer ist der Dealer die Projektionsfläche, anhand dessen Verschiedenheit die Diskutanten ihre gemeinsame Grundlage überhaupt erst herstellen können. Wie reflexhaft dieses Tikket gezogen wird, kann in der „jungen Welt" (18) in einem Kommentar von Schrencks nachgelesen werden, der, kritisch über die Durchsuchung einer XTC-

Beratungsstelle berichtend, ebenso unvermittelt wie sinnlos den Artikel mit dem Kampfruf „H-Dealer, verpißt Euch" beendet und zur Begründung nur anzuführen weiß, daß der Dealer „im eigenen und fremden Profitinteresse" handele (womit er sich, von Schrencks merkwürdigen Profitbegriff vorausgesetzt, nicht von jedem beliebigen Bäcker unterscheidet). Nur wenn das andere autonome Ticket, der Antirassismus, sich mit der Dealerplanke widerspricht, wird's brenzlig, und während von Schrenck den Sachverhalt, daß die meisten offenen Straßendealer, an sich nicht ehrenrührig, ImmigrantInnen sind, schlicht bestreitet, verfällt die Praxisfraktion der Autonomen, wenn vor ihrer Haustür, wie im Hamburger Schanzenviertel, tagtäglich Schwarze von Bullen drangsaliert werden, in die Lethargie, die zwei sich widersprechende Reflexe eben auslösen. Um das Wissen, wo der Feind ist, wieder ins Lot zu bringen, verkleben sie stattdessen Plakate mit Fotos von Nazikadern, von denen der einzige, dessen Beruf genannt wird, ausgerechnet Crack-Dealer sein soll.

Als Ticket erfüllt das Ressentiment gegen die Dealer, gerade weil es nicht begründet werden kann und daher auch nicht braucht, den Zweck, die autonome Identität auf die offen tautologische Art zu begründen, wie sie einer Identität eben angemessen ist: Wir sind wir, weil wir keine Dealer sind. Damit aber unterscheiden sie sich nicht von dem Rest der Bevölkerung, als deren Stichwortgeber sie sich einst gerieren konnten, denn hie wie dort herrscht die Angst vor der eigenen Bedeutungslosigkeit; und die eigene Unsicherheit als Ware-Geld-Monade läßt sich ebenso auffangen wie die ökonomische Notwendigkeit, Junkies aus einer Kneipe zu schmeißen, sich adeln läßt, wenn nicht der ökonomische Erfolg entscheidet, was gute Arbeit und dirty work ist, sondern die herrschaftliche Zustimmung oder Ablehnung, die auch die Autonomen damit anerkennen. Dem Dealer nützt sein ganzer Erfolg nichts, denn in den Augen des Staates ist er eben nichts. Ob autonom oder bürgerlich: die Hatz gegen die Dealer ist die Hoffnung auf den Segen der Nation.

Unverstandene Verhältnisse als identität der Droge

Die Identität der linken Vorstellungen von der Droge war und ist die Vorstellung von der Identität der Droge. Eine eigenständige Setzung des Naturstoffs Droge unter einen von ihm verschiedenen Zweck findet kleinen Platz in diesem verdinglichenden Verständnis von Berauschung. Damit aber avanciert die Droge erst zu dem, was sie in der linken Drogendiskussion stets war: nicht selbst Gegenstand der Betrachtung, sondern vermittels ihrer immer gleichen Identität Ausweis des Wesens des je identischen Subjekts, auf das spekuliert wurde. Die unterstellte chemische Natur der Droge wurde gesetzt als der eigentlichen Natur des politischen Subjekts entgegengesetzt, das ergo von jener zu befreien sei, oder aber als mit dieser, wie in der Vorstellung der Haschrebellen, identisch. Auch und gerade dort, wo die Droge nur als Beispiel für die Allgemeinheit der Warenwelt vorgestellt wurde, spekuliert man, ob Röhl oder die Autonomen, real auf den Alltagsverstand, dem diese Substanz als **besonders** suspekt erscheint. Und so vollzieht sich der Übergang von der Spekulation auf die Natur der Droge zu der auf die Natur des Dealers geradezu naturwüchsig dort, wo die chemische Macht der Droge besonders betont wird – denn in der Unterstellung, das Subjekt könne sich dieser nicht mehr erwehren, ist in der Behauptung dessen Ohnmacht die Vermittlung zu dessen an sich revolutionärem Sein nur noch über den pathisch projizierenden Kampf gegen die ihn versklavenden Dealer möglich.

Mit all ihrer Spekulation auf die Identität des Subjekts, auf die wesenhaften Züge seines Verhaltens, waren die Linken immer bestens in der bürgerlichen Politik aufgehoben, mit der sie den common sense teilten. So wie der Staatsbürger sich tagtäglich den Kopf über seine wahren Verhaltensweisen und die der anderen zerbricht, um seine Bereitschaft, den Anforderungen des Kapitals zu genügen, offensiv unter Beweis zu stellen und von anderen einzufordern, so tat es die Linke, bloß unter anderem Label, ihnen nach.

Mag unter dieser Drogenpolitik der Linken vieles gelitten haben, der Begriff der Kritik beispielsweise, der gerade in der Drogendebatte konsequent mit Politik verwechselt wurde, so gilt es zuvörderst auch auf die hinzuweisen, die die Linke, um Politik betreiben zu können, über die Klinge springen ließ – die Junkies, denen die notwendige gutbürgerlich-humanistische Solidarität, die Forderung nach Heroinfreigabe, verwehrt wurde gerade im Bemühen, mit den Bürgern die gleiche Grundlage, die der Politik, zu teilen. Ein letztes aber, was zu Schaden kam, war die Kritik der Qualität des bürgerlichen Reichtums, dessen Inkommensurabilität mit einer vielleicht auch drogeninduzierten Freiheit, Möglichkeiten ungenutzt zu lassen, in der Bekämpfung gerade jener Drogen wie Heroin, die fürs Nichtstun stehen, nie erkannt und gegen ihn verwandt werden konnte.

Lars Quadfasel

Anmerkungen:

1) Über den Zusammenhang von Suchtprävention, Dealerparanoia und autoritärer Transformation gibt es eine Textreihe der JungdemokratInnen, in denen dies genauer nachzulesen ist; Bezugsadresse JD/JL, Chausseestr. 8, 10115 Berlin (Ende des Werbeblocks).
2) Karl Kautsky, Der Alkoholismus und seine Bekämpfung, in: Die Neue Zeit, 1890, Nr. 27, S. 5
3) Kautsky, a.a.O., S. 107f
4) Kautsky, a.a.O., S. 107
5) Manfred Hübner, Zwischen Alkohol und Abstinenz, Berlin/DDR 1988, S. 169
6) Referat, gehalten auf dem Konkret-Kongreß mit dem schönen Titel, Sucht ist Flucht, HH 1972
7) Ausgeführt wird dieser Gedanke in: Massenbohemisierung und bohemische Massenkultur, 17°C Nr. 10/95
8) Alle Zitate dieses Abschnittes aus: Michael „Bommi" Baumann, Wie alles anfing, Frankfurt 1976 (hier: S.51)
9) Daß das „Tune in, turn on, drop out"-Lebensgefühl verdächtig viel Reproduktion bürgerlicher Selbstkonzepte enthielt, muß wohl nicht lange ausgeführt werden. Gerade der vermeintlich weltabgewandte, realitas bloß den bejahenden Konsum kulturindustrieller Produkte veredelnde LSD-Buddhismus, der bei Leary zu allem Überfluß auch noch der Neurobiologie der Nervenbahnen abgelauscht ist, steht dafür ein.
10) Vgl. Eins teilt sich in zwei, Bahamas Nr. 20
11) „They really had to become Panthers", in: Die Beute 4/95; übrigens ohne Nachfrage des Interviewers
12) Daß dies eben keine Bedingung für einen auch nur erfolgreichen antirassistischen Abwehrkampf ist, wird auch dann nicht falsch, wenn sich feststellen läßt, daß der Apparat seine eigene Ideologie glaubte und tatsächlich Heroin im Ghetto vertickte. Weder erklärt dies die Verbreitung von damals Heroin und heute Crack in den Ghettos, noch machen diese Drogen an sich die Gebraucher „kaputt", noch schließen sich Drogen und Kampf naturwüchsig aus. Und wenn sich jemand für Drogen statt für Kampf entscheidet, ist das eben nicht Ausdruck von Manipulation, sondern die Geschmacksfrage, auf die die bürgerliche Gesellschaft die Revolution inzwischen gebracht hat.
13) Ein Flugblatt, das keinesfalls von durchgeknallten Randfiguren verfaßt wurde, sondern in den nachfolgenden Jahren stets aufs Neue in autonomen Drogendiskussionen herangezogen wurde und wird.
14) More future, Der Blues, in: radikal 100, 1982
15) Die ganze Persönlichkeit stellt, am Rande vermerkt, auch formulierungsgleich der Nationale Rauschgiftbekämpfungsplan in den Mittelpunkt der Suchtprävention, dem die Autonomen damit ein Jahrzehnt voraus waren.
16) Was natürlich nicht heißen soll, daß es taktische Erwägungen geben kann, gegen Drogenhandel zu sein, weil beispielsweise die Lizenz des linken Cafés sonst in Gefahr ist. Nur ist das dann eben keine gute Tat, sondern eine Geschäftserwägung, zu der die bürgerliche Gesellschaft ihre Mitglieder zwingt. Das so zu nennen, hieße aber, das autonome Selbstmißverständnis genauso in Frage zu stellen, wie zu konzedieren, der praktische Antirassismus sei begrüßenswerter bürgerlicher Humanismus.
17) Interim 215, 11/92
18) jW-Berlin Zulage, 1.8.96

Subjektivist, Vollidiot, Verbrecher

Der Fall Handke und die deutsche „Verantwortung"

Seitdem der sogenannte *Tabubruch* zum politischen Alltagsgeschäft gehört, wenn es um die Beförderung nationalen Selbstbewußtseins und die Senkung des materiellen Lebensniveaus geht, werden verbliebene linke Kritiker gern von *konservativen* Reflexen heimgesucht. Nur zu gern würde man sich dann gegen die heranrollende *„Tabubruch-Schwemme"* (1) hinter den Barrikaden des guten alten Schamgefühls und des Empfindens von Peinlichkeit verschanzen. Ersetzt man allerdings *Schwemme* durch *Flut* und *Barrikade* durch *Damm*, erkennt man bald auch – ohne daß jemand mit dem Theweleitschen Zaunpfahl winken müßte – welch autoritärem Diskurs man hier aufzusitzen drohte. Überhaupt sind Scham und Peinlichkeit nicht gerade die hilfreichsten Genossinnen, wenn es darum geht, den gespenstischen Phänomenen des heutigen Kulturlebens eine Erklärung ihrer Existenz abzuringen. Allzuoft findet man nämlich bei solchen Untersuchungen sich selbst, sein Milieu und seine Vergangenheit so sehr in die Entstehung des unangenehm Berührenden verstrickt, daß man am liebsten den schweren Deckel des Tabus für immer über das gerade Entdeckte stülpen möchte. So ist es mir vor kurzem erst wieder bei Überlegungen zum öffentlichen Skandal des unbotmäßigen Schriftstellers Peter Handke ergangen.

I. Der Marihuanafresser

Die nachfolgend zitierten Zeilen, die ein zorniger junger Mann im Jahre 1969 den *„deutschen Lesern und ihren Schriftstellern"* um die Ohren haute, wissend, daß es sich dabei um *„Ohren, die täglich von den autoritären Anweisungen ihrer Vorgesetzten stumpf gemacht werden"* handelte, müssen heutzutage ausnahmslos allen peinlich sein. *„Ich würde mich schon mal mit Marihuana vollfressen und dann ein Flugzeug nach Cuba entführen, wenn ich nicht wüßte, daß ich dasselbe tun muß, aber aus Einsicht und Haß. Und ich würde dem Schah eine echte Krone aus Gold und Silber aufsetzen, weil ich finde, daß man ihn sonst kaum bemerkt, wenn ich mich nicht davon überzeugt hätte, daß er umgebracht werden muß."* Peinlich sind diese Zeilen heute selbstverständlich für ihren Autor, es handelt sich um Peter Schneider (2), der als respektabler Offizier eines publizistischen Freikorps mit der selbstgewählten Bezeichnung *„Sarajewo-Brigade"* einer ihm zugeneigten Öffentlichkeit die gewünschten Haßrationen bezüglich der Serben oder anderer – möglichst totalitärer – Feinde liefert. Peinlich wird das auch den Verantwortlichen in den gesellschaftlichen Institutionen sein, für die Schneider heute arbeitet. Ein Flugzeug nach Cuba entführen, einen Repräsentanten der westlichen Freiheit umbringen zu wollen – das sind schließlich keine Kleinigkeiten, wenn die Vergangenheit eines ehrgeizigen Menschen nach den Maßstäben antitotalitärer Wahrhaftigkeit gegauckt wird. Schneiders allgemeine Berufsbezeichnung *„Achtundsechziger"* soll dem wohl Rechnung tragen. Menschen dieser Profession wird (noch?) eine vom Durchschnitt etwas abweichende Vergangenheit zugestanden, wenn dafür originellere Arbeitsergebnisse erbracht werden, als sie vom Gros der Altersgenossen zu erwarten sind.

Schmerzhaft peinlich sollte das zitierte Bekenntnis aber auch für den kleinen Teil der Zeitgenossen sein, der sich nach wie vor dem radikalen Umsturzgedanken der späten sechziger Jahre verbunden fühlt. Was Schneider in seinem Pamphlet einfordert, ist nämlich nichts anderes als die Selbstverpflichtung des kritischen Denkens zur aktivistischen gesellschaftlichen Praxis, zur gewollten Identität des erkennenden Subjekts mit einer vorgeblich nur durch äußeren Zwang gefesselten, aber von einer ihr a priori innewohnenden Emanzipationssehnsucht beseelten Volksmasse. Dem Schah eine Krone aufsetzen usw. steht hier für die als unzulänglich bis lächerlich empfundene *Kritik*. Sie selbst kann nicht Richter und Henker in Personalunion sein, was ihr aber keinen Kummer zu bereiten braucht, weil sie nur Funktion einer metaphysischen *historischen Notwendigkeit* ist, die die Arbeit des Umbringens an den Volkszorn delegiert.

Exemplarische Phrasen

Damit steht der notorische Biertrinker, der an die Eßbarkeit von Marihuana glaubte, exemplarisch für den linken Intellektuellen, der *„dem Volke dienen"* wollte, die *„Einheit von Arbeiterklasse und werktätiger Intelligenz"* propagierte, seine speziellen Interessen und Tätigkeiten dem *„Klassenkampf"* und dem *„sozialen Fortschritt"* widmete. Er steht auch exemplarisch für die vielleicht den grandiosen Phrasen nunmehr abgeneigten, aber dennoch fest auf immanente Aufhebungstendenzen und existenzielle Widersprüche der Warenproduktion bauenden Linken der heutigen Zeit. *„Denn unsere Arbeiter und Bauern"*, so Schneider damals, *„sind nicht besser dran als die chinesischen Bauern [gemeint sind die vor der Revolution], sondern schlechter. Sie sterben nicht an Hunger, sondern heimlich an Unterdrückung und Erniedrigung."* Und Unterdrückung erzeugt bekanntlich ... Dem Intellektuellen, hier speziell dem Künstler, kommt zur Beförderung der dann quasi naturgesetzlich stattfindenden Aufhebung der schlechten Zustände die Ausübung einer Art Priesteramt zu. Noch einmal der junge Schneider: *„Aufgabe der Kunst ist es nicht, die Wünsche künstlerisch zu organisieren, sondern sie aus der Verdrängung hervorzuholen, um sie in ihrer Rohform der Revolution zuzuführen."* Bildhaft umgesetzt ähnelt diese Vorstellung – wohl nicht zufällig – den Überlieferungen atztekischer Menschenopfer.

Auf den ersten Blick mag es so scheinen, als ob ein früherer Gegner der bestehenden Zustände zu ihrem Parteigänger geworden sei. Und daß aus zornigen jungen Leuten recht bald gewöhnliche Mitläufer werden – wen würde das noch zu mehr als einem müden Abwinken anregen? Doch wenn wir genau hinsehen, finden wir alle Elemente, die die Rhetorik des jungen Schneider als Rebellen prägten, in der des heutigen Sarajewo-Brigadiers wieder. Flugzeuge sollen zwar nicht mehr nach Cuba entführt, dafür aber mit Bomben beladen auf ihre friedensstiftende Mission über serbische Städte geschickt werden – *„aus Einsicht und Haß"*. Nicht mehr *„der Schah"* soll umgebracht werden, für den steht heute *„Serbenführer Karadzic"* auf der Liste. Statt unterdrückter Arbeiter- und Bauernklassen bringen heute Kollektive von nach Demokratie und den Segnungen der Marktwirtschaft Lechzenden die Sache der historischen Notwendigkeit voran. Bei ihrer Ernennung ist man so großzügig wie damals, als man Chomeinis Gotteskrieger zu Revolutionären ernannte: Der Islamist Izetbegovic will nicht die Schariah, sondern eine multikulturelle Gesellschaft. Der Internationalismus, der noch die abgelegenste Weltgegend in das Zentrum der

Aufmerksamkeit zu rücken vermochte, falls dort Bewegungen und Aktivitäten zu registrieren waren, die als *„fortschrittlich"* interpretiert werden konnten, steht nach wie vor in Blüte. Von Burma bis Tschetschenien – überall wo westliches, vor allem deutsches, Kapital auf Verwertungsschwierigkeiten stoßen könnte, findet man Freunde und Verbündete, deren *„Fortschritt"* heißt heute *„Menschenrechte"*. Diktatur des Proletariats und Rätedemokratie wird heute als Demokratischer Rechtsstaat buchstabiert oder am besten gleich als Deutschland. Auch das obskure Priesteramt der Intellektuellen bleibt in etwas modifizierter Form bestehen: Nicht mehr die Wünsche der Unterdrückten und Erniedrigten werden *„in ihrer Rohform der Revolution zugeführt"*, es sind mehr die Wünsche der von Aufklärung und Materialismus gequälten Nationen und Volksstämme, die nun in mediengerecht zubereiteter Form zu ihren deutschen Erfüllungsgehilfen geführt werden.

Sich erstaunt über die offenbare Treue des verhinderten Marihuanafressers zu den aktivistischen Idealen seiner Jugend zu zeigen, ist heuchlerisch und verstärkt noch die entstandene Peinlichkeit. Die strukturellen Gemeinsamkeiten der Begründungen, wie sie rasende Mitläufer vom beschriebenen Schlage für ihre Aktivitäten liefern, mit denen der aktivistischen Linken liegen auf der Hand. Wer wirklich noch glaubt, es bestehe ein *qualitativer* Unterschied zwischen Begriffen wie *„Internationale Solidarität"* und *„Internationale Gemeinschaft"*, muß sich fragen lassen, ob er dem Schneider vielleicht nur den *Erfolg* mißgönnt. Denn den *moralischen* Unterschied – hier Volksbewegungen, dort Unterdrückungsapparate – kennen die exlinken Menschenrechtskämpfer auch. Nur interpretieren sie ihn genau andersherum als die nochlinken Befreiungskämpfer. Und schließlich: welche Volksbewegung wünscht nicht ihre Metamorphose in einen Unterdrückungsapparat und umgekehrt.

Man könnte diesen Zusammenhang selbstverständlich auch anläßlich des intellektuellen Werdegangs des früheren Autonomenhäuptlings Josef Fischer oder anderer darstellen. Doch wurde hier das Beispiel eines deutschen *homme de lettre* gewählt, weil es ja um die Eigensinnigkeit des Schriftstellers Peter Handke gehen soll.

2. Ein Subjektivist wird gemahnt

Die linken Schriftsteller in der BRD bis '89 stellten sich ihr literarisches Engagement als Übernahme und Ausübung von *Verantwortung* vor. Einem häufig als *sozialen Fortschritt* bezeichneten *gesellschaftlichen Prozeß* meinten sie sich verpflichtet, der sich je nach persönlichem Naturell und politischer Orientierung zwar in unterschiedlicher Geschwindigkeit, aber stets doch in die gleiche Richtung bewegte. Da fallen einem nicht in erster Linie Leute wie Peter Schneider ein, der ja das Prädikat Schriftsteller vor allem wegen seiner ununterbrochen politisch korrekten außerliterarischen Auftritte verliehen bekam, sondern ernsthafte Handwerker, denen ihr Werk ohne höheren Sinn unausführbar erschien. Denken wir an Günter Grass, noch heute ein lebendes Symbol schriftstellerischer Verantwortung, den die Erschreibung des besseren Deutschlands zum Engagement für die SPD führte. Denken wir ebenso an Martin Walser, der, wäre die DKP Mitte der 70er Jahre phantastischerweise an die Macht gelangt, heute vielleicht immer noch Kulturminister wäre. Oder denken wir auch an Peter Paul Zahl, der schriftstellerisches Engagement *direkt* mit praktischer sozialrevolutionärer Politik verband und dafür vom deutschen Rechtsstaat für mehr als zehn Jahre in den Knast geworfen wurde.

Äußerst verpönt war eine angeblich existierende, sich selbst genügende Literatur ohne gesellschaftlichen Dienstauftrag. Aufs wütendste wurde gegen das Gespenst einer *„l'art pour l'art"* gewettert, das zwar niemals jemand konkret erblickt hatte, sich jedoch gut als Vorwurf gegen Konkurrenten eignete. Peter Handke zeigte sich schon ab Beginn der 70er Jahre unzufrieden mit der Indienstnahme der Literatur durch den – damals noch progressiven – Weltgeist.

Narzißmus ...

Zu dieser Zeit begann er sich vom literarischen Mainstream abzusondern und schrieb Texte, in denen der Autor selbst, seine Probleme, Ängste, Stimmungen und Befindlichkeiten, seine Grübeleien über Gegenwart und Vergangenheit im Zentrum stehen. Ein zunehmend distanziertes Verhältnis zu den literarischen Fetischen *„die Gesellschaft"*, *„die Menschen"*, *„die Geschichte"*, *„die Alltags-, Arbeits-, Lebenswelt"* und den in ihr stattfindenden *„Konflikten"* entwickelte sich. Wohlgemerkt: ein distanziertes Verhältnis nicht zu den realen Substraten dieser Phänomene, sondern gegenüber ihrer Eigenschaft als literarische Fetische, denen ein Autor sich aufgrund seiner *„gesellschaftlichen Verantwortung"* zu unterwerfen hatte. Handkes Texte können hier nicht im einzelnen dargestellt und bewertet werden. Wichtig ist in diesem Zusammenhang aber, 1. daß es sich bei ihnen nicht – wie von dienstfertigen Feuilletonisten gerade heute wieder behauptet – um *„Betroffenheitstexte"*, wie wir sie aus dem aktuellen Mainstream kennen, handelt, 2. daß gerade mangelnde *„Betroffenheit"* des Autors ein Hauptvorwurf der auf *„gesellschaftliche Verantwortung"* pochenden Handke-Kritik bereits ab den 70er Jahren war.

Handke handelte sich schnell die als Vorwürfe gemeinten Prädikate des *„Subjektivismus"*, des Rückzugs ins *„Private"*, des Abfeierns einer *„Innerlichkeit"* und eines wildwuchernden *„Narzißmus"* ein. In diesen Beurteilungen waren sich seinerzeit als gegensätzlich geltende Kritiker wie Marcel Reich-Ranicki (konservativ) und Martin Walser (progressiv) einig. Für radikalere Linke war Handke sowieso megaout. Der Hauptvorwurf nahezu aller Kritiker lautete einhellig *„Narzißmus"*.

Die Verwendung dieser Freudschen Kategorie war allerdings weitgehend ein Bluff. Narzißmus wurde nicht im psychoanalytischen Sinne als unzureichend bzw. nicht entwickelte Fähigkeit des Erwachsenen verstanden, befriedigende Objektbeziehungen zu anderen Personen und Dingen einzugehen, was sich in einem Rückzug der Libido aufs eigene Ich ausdrückt. Der Handke vorgeworfene Narzißmus galt – auch da, wo er pseudofreudianisch daherkam – als verstockt-arrogantes Nicht-einlassen-wollen auf ein gesellschaftliches Ensemble, das schon deshalb als sinnvoll zu akzeptieren ist, weil es einfach existiert. Handkes Narzißmus galt als *„eine wirklichkeitsimmune Selbstbespiegelung"*. (3)

Die *„Wirklichkeit"* hatte es Handkes Kritikern besonders angetan, ihr zuliebe wurden verzweifelt anmutende Rettungsversuche unternommen, die, wie das folgende beispielhafte Zitat aus dem Jahre 1982 zeigt, heute noch auf eine frappierende Weise aktuell erscheinen. *„Handkes Subjektivitätskult, der immer schon davon bedroht war, die Wirklichkeit völlig auszuhöhlen und nur noch Magnetsplitter der eigenen Innerlichkeit gelten zu lassen, versucht, die Entfremdung von der Realität [...] dadurch ungeschehen zu machen, daß er die historisch vorhandene und dokumentierbare Wirklichkeit als unwesentlich auslöscht und sich selbst und seine Verkündigungsattitüde zum Statthalter einer neuen ‚heilen' Welt erklärt."* (4) Würde man hier *Wirklichkeit* durch *bosnische Moslems*, *Handke* durch *Serben* und *neue „heile" Welt* durch *Großserbien* ersetzen, so fände man bereits die wesentlichen Eckpunkte des antiserbischen Glaubensbekenntnisses von heute vorgezeichnet. Gleichzeitig ist auch die projektive Umkehrung eigener Totalitätsansprüche auf den Widersetzlichen schon deutlich ausgebildet.

An anderer Stelle verrät der gerade zitierte Kritiker, was die Substanz der unbedingt zu verteidigenden *„Wirklichkeit"*

ausmacht, wenn er Handke ankreidet, dieser übe, vermittels einer Romanfigur, eine *„vehemente Zivilisationskritik [...], die alles das, was die ja nicht von den einzelnen gewählte, sondern ihnen von der historischen Lage aufgebürdete Existenzform von Hunderttausenden betrifft, mit seiner bösen Verachtung überzieht"*. (5) Folgende Bestandteile von *„Wirklichkeit"* treten hier zutage: 1. Die in ihr Agierenden sind für nichts verantwortlich (*„nicht von den einzelnen gewählt"*). 2. Sie existiert schon viel länger als die Abneigung des Einzelnen gegen sie und ist deshalb mächtiger („historische Lage"). 3. Wir sind viele (*„Existenzform von Hunderttausenden"*) – also sieh dich vor!

... und Kollaboration

Die Selbstverpflichtung des linken Intellektuellen auf seine eingebildete gesellschaftliche Verantwortung kommt hier zu sich selbst im plattesten Einverständnis mit den vorgefundenen Zuständen. Nun ist es nur noch ein kleiner Schritt, der die vulgärpositivistische Unterwerfung unter den allgegenwärtigen Fetisch der *„Wirklichkeit"* vom lautstarken Einstimmen in die politischen Parolen des staatlichen Souveräns trennt. Ist dieser Schritt dann getan, wird der Intellektuelle zum Kollaborateur der gerade am stärksten erscheinenden Macht. Auf solche Leute trifft nach wie vor Jean-Paul Sartres Kennzeichnung aus dem Jahre 1945 zu: *„Für sie geht die Herrschaft des Faktischen einher mit einem unbestimmten Glauben an den Fortschritt, aber an einen geköpften Fortschritt: denn der klassische Fortschrittsbegriff setzt eine Aufstiegsbewegung voraus, die sich unendlich einem Ideal annähert. Die Kollaborateure halten sich für allzu positivistisch, um ohne Beweis an dieses Idealziel [...] zu glauben. Doch wenn sie [...] diese metaphysischen Deutungen zurückweisen, so geben sie darum doch nicht die Vorstellung des Fortschritts auf: dieser ist für sie eins mit dem Gang der Geschichte. Wohin es geht, weiß man nicht, aber wenn man sich verändert, dann deshalb, weil man sich verbessert. Das letzte geschichtliche Phänomen ist das beste, ganz einfach, weil es das letzte ist: [...] passiv überläßt man sich den Strömungen, die sich andeuten, man treibt einer unbekannten Bestimmung entgegen, man kennt die Wonnen, nicht zu denken, nicht vorauszuschauen und die dunklen Verwandlungen hinzunehmen, die neue und unvorhersehbare Menschen aus uns machen sollen."* (6) Es versteht sich, daß diese Wonnen einem anspruchsvollen Genießer erst dann ein Höchstmaß an Entzücken bereiten, wenn ihnen beredt durch die Schilderung imaginierter Subjektivität à la Sarajewo-Brigade Ausdruck verliehen werden kann.

Es war der ob seines narzistischen Innerlichkeitskultes gescholtene Subjektivist Peter Handke, der als einziger der bekannteren deutschsprachigen Autoren 1989 vom Mauerfall unangenehm berührt war und lieber ins Ausland statt nach Berlin fuhr. (7) Er war zu Beginn des Jugoslawienkrieges 1991 in der Lage, *„Großdeutschland als den Meisterbanditen"* zu erkennen und ebenso dessen geostrategische Parole von *„Zentraleuropa"* als *„Gespenstergerede"* und *„blödsinniges Schlägerwort"* mit den inzwischen bekannten blutigen Konsequenzen zu benennen. (8) Er gehört bis heute zu den wenigen, die der antiserbischen Haßpropaganda entgegentreten und versuchen, *„Wirklichkeit"* anders als durch geschwätziges Nachbeten der offiziellen Verlautbarungen zu rezipieren. Dies bedeutet keineswegs, daß die ihm zugeschriebenen Eigenheiten nun als Immunisierungsstrategie gegen Konformismus und Kollaboration zu verallgemeinern wären. Vor allem aber bedeutet dies ein abermaliges Offenbarwerden des intellektuellen und moralischen Bankrotts der kritischen Intelligenz und ihrer gesellschaftlichen Verantwortung.

3. Man spricht Klartext

Anders als nach der Veröffentlichung von Peter Handkes erstem serbischen Reisebericht Anfang des Jahres, war nach Erscheinen des „Nachtrags" (9) Ende September in den deutschen Medien das Bemühen um eine relative Contenance zu registrieren. Der vollzogenen Exkommunikation aus der Beletage deutschen Geisteslebens, der er trotz aller subjektivistischer Abweichungen doch bis zu seiner selbstausgestellten Kriegsuntauglichkeitserklärung immer noch angehören durfte, könnte nun die Strafe des öffentlichen Beschweigens folgen. Dafür spricht jedenfalls, daß *FAZ* und *TAZ*, auf deren kompetenten Seiten schließlich die maßgebenden inhaltlichen Vorgaben für die Umgehensweise mit den serbischen und anderen fremdvölkischen Feinden ausgebreitet werden, bis heute (25.10.96) in dieser Angelegenheit stumm blieben. Von den anderen Blättern, die sich dennoch aufgerufen fühlten, pflichtschuldigst eine Handke-Verurteilung zu publizieren, wurden häufig Schreiber aus dem fünften oder sechsten Glied für den offenbar als Routineangelegenheit verstandenen Verriß mobilisiert. Das mag daran liegen, daß die großen Geister der deutschen Kritik noch erschöpft sind von der Abwehr Goldhagenscher Anfechtungen, das mag auch daran liegen, daß die Situation auf den Balkan derzeit recht zufriedenstellend auch unter *„unserer"* Kontrolle steht. Das liegt aber auch an Handkes neuem Buch selbst.

Diesmal legt er keine so umfangreich angelegte Abrechnung mit dem Unwesen deutscher Kriegsberichterstattung vor wie noch einige Monate zuvor. In der Tat ist dazu alles wesentliche von ihm und anderen bereits gesagt worden. Sein *„Nachtrag"* breitet auf mehr beschauliche Weise Eindrücke von zwei Besuchen in der serbischen Republik, jener von Deutschland nicht anerkannten, also *„selbsternannten Republik von Pale"* aus. Die Schilderung der dort angetroffenen Situation muß deutsche Leser zwar ärgern, werden doch die Serben recht einfühlsam als melancholische, unter dem Krieg leidende Menschen beschrieben und obendrein noch das Elend *serbischer* Kriegsflüchtlinge thematisiert, doch beunruhigt brauchen sie nicht zu sein. Ansprüche leiten die bosnischen Serben aus ihrer Situation laut Handke offenbar – außer, daß man sie auch einmal anhören möge – nicht ab: *„Und kein Ton des Hasses gegen die westliche Welt dabei, höchstens ein gewisser Zorn, und wenn ein Volkszorn, so (vielleicht auch deswegen, weil er endlich einmal seinen Ausdruck fand) ein geradezu fröhlicher oder belustigter, und zugleich ein trauriger, gelassener (ja, so etwas gab es), ein spielerischer: ein Volkszorn mit fast nur Einzelspielern."* (S. 56/57) Eine geradezu vorbildliche Form des Volkszornes; welcher Deutsche möchte sie nicht jenen anderen empfehlen, die, unfähig zu verzeihen, eine längst vergangene Geschichte nicht vergessen wollen und daraus Ansprüche an Deutschland zu haben glauben.

Wie schon in seinem ersten Reisebericht ist auch im *„Nachtrag"* das unmittelbar Gesehene und später Notierte Anlaß zu Überlegungen, die hierzulande skandalös sind. Hofberichterstattern gilt Reisen als formale Rechtfertigung für die Ablieferung von sowieso Gewußtem, eigentlich vorher schon vorhandenem, konformem Material; Handke will unterwegs mehr erfahren. Aber auch er sieht keine anderen Bilder als die journalistischen Flachköpfe. Sein Bemühen, Bilder durch Empfundenes, Gespürtes usw. zu bereichern, führt ihn in die Nähe des oben kritisierten *„Wirklichkeits"*-Fetisch. Handke scheint sich dieser Gefahr bewußt zu sein. Er gesteht ein, über die Form der Arabeske nicht hinauszukommen.

Ahnung und Verantwortung

Die von ihm schmerzhaft verspürten Grenzen der Erkenntnisgewinnung provozieren allerdings fatale Konsequenzen. Als er erkennen muß, daß auch das Studium

der jugoslawischen Geschichte kaum etwas gegen den *„gedächtnislosen Moloch Aktualität“* (S. 84) auszurichten vermag, verfällt er leider auf ein in der Tat klassisches Mittel deutscher *„Innerlichkeit“*: *„Es ist der Fall, daß ich wohl einiges weiß – vielleicht mehr als du und du –, aber trotzdem nicht zuständig bin. Und im übrigen ging es mir auf dieser Reise mit meinem Wissen so, daß es immer ungewisser wurde, während die Ahnung, die, gemäß meiner Erfahrung, ganz anders vorausweist als jedes Wissen, immer gewisser wurde – die Ahnung, oder eben jener dritte Blickwinkel, der kaumwo je vorkam – nicht vorkommen durfte – und warum nicht?“* (S. 85) Es ist selbstverständlich bemerkenswert, wenn ein deutschsprachiger Autor seine Zuständigkeit in Frage stellt, weil sein Wissen nicht ausreicht. Aufs Ahnen jedoch verfallen auch regelmäßig jene, die sich und anderen ihre Inkompetenz niemals eingestehen würden. Nicht anders verfahren beispielsweise die Kolporteure des angeblichen, bis heute unbewiesenen Massakers von Srebrenica. Wenngleich bei solchem Ahnen die romantische Konnotation fehlt, schließlich geht es um die reine *„Wirklichkeit“*. Auf der Basis einer Gewißheit serbischer Bestialität wurden und werden beständig neue blutrauschende Ahnungen produziert. Was die Kolporteure *ahnen*, wird ihr Publikum am Ende *wissen*.

Diese marginale Gemeinsamkeit Handkes mit der Mehrheit der schreibenden Zunft bewirkt jedoch keinesfalls die Einräumung mildernder Umstände durch seine publizistischen Richter. Sein offenherziges Mangeleingeständnis kann ihm nur zum Nachteil gereichen, denn *„von einem der großen Dichter unserer Sprache darf man schon verlangen, daß bei der Verknüpfung mehr herauskommt als nur Arabesken. Das nennt man Verantwortung.“* (*Süddeutsche Zeitung* 1.10.96) Wer heute die Übernahme nationaler Verantwortung verweigert, kommt nicht mehr mit dem Prädikat *„narzistischer Subjektivist“* davon, sondern wird dem Feindeslager zugerechnet und als Feind behandelt. Einem anonymen Geiferer im *Spiegel* (Nr. 40/96) erscheint Handke denn auch als *„serbischer Nationalheld auf einem Trampelpfade namens Propaganda, sprach- und sehbehindert, mithin Ideologe.“* Für den Anonymus als Kombattanten in einem Weltanschauungskrieg kann der Gegner nicht aus eigenen Interessen und Überlegungen handeln – Rationalität ist der eigenen Seite vorbehalten. Widerspruch gegen deutsche Ansichten kann nur aufgrund von Behinderung und Verblendung bestehen. So wird einer schnell vom großen Dichter zum gefährlichen Staatsfeind: *„Demagogisch, infam, infantil vernebelt er Fakten, insinuiert er Fälschungen, baut er den Serben goldene Brücken.“* (*Spiegel*) *„Und selbst wenn er Recht hätte,“* unterstreicht der süddeutsche Kritiker, *„müßte man ihm vorhalten, daß er daß Recht immer nur für dieselbe Seite einfordert.“* (*SZ* 1.10.96) Obwohl Handke sowieso nicht Recht haben *kann*, läßt sich der Kollege von der *Zeit* herab, die geforderte Ausgewogenheit mit einem Beispiel zu demonstrieren. Er kennt neben *den Serben* als Schuldige auch noch *einen* belasteten Moslem und scheut selbstverständlich nicht, diesen zu nennen: *„Die Verbrechen des muslimischen Kommandanten von Srebrenica an der serbischen Zivilbevölkerung sind ein noch unausgeleuchtetes Kapitel des Krieges.“* (*Zeit* 27.9.96) Na, immerhin.

Wie oft, wenn es um die kaum noch glaubhafte Unterbietung von so gut wie nicht vorhandenem publizistischen Niveau geht, beteiligt sich der Berliner *„Tagesspiegel“* mit einer besonderen Leistung. An Handkes Buch durfte sich ein Marko Martin austoben, dessen literarisches Schaffen sich bislang im nationalen Dreieck von *TAZ*, *MUT* und *Junge Freiheit* abspielte. Er ist einer jener jungen Leute aus dem deutschen Osten, die zu vielem fähig und zu allem bereit sind, die einem immer wieder die folgende, in Berliner Blättern häufig erscheinende Kleinanzeige ins Gedächtnis rufen: *„Inkassounternehmen sucht einsatzfr. u. durchsetzungsf. jg. Männer aus d. ehem. DDR, gern mit NVA- u. VP-Erf.“* Mit seiner Spürnase für das gesunde Volksempfinden stellt er den Autor *„dieses Machwerks“* an den nationalen Pranger; *„Wer so fragt, ist entweder ein Vollidiot oder ein Verbrecher.“* (*TSP* 17.10.96) Und was machen wir hierzulande mit Idioten und Verbrechern? Sollen wir sie etwa frei herumschreiben lassen?

Antiamerikanismus?

Der einsatzfreudige Ex-DDRler mag aggressiver und niveauloser als seine Westkollegen sein, was diese ihm auf ihre *arrogante Wessi-Art* wohl auch immer wieder klarmachen, aber sonst ist er doch aus dem gleichen Holz. Wenn es nämlich darum geht, den Inhalt des Handkeschen *„Nachtrags“* zu entstellen, legen der journalistische Metzgerlehrling Marko Martin und der Konditormeister der geschwätzigen Plattitüde Wolfram Schütte (*Frankfurter Rundschau*) recht ähnliche Ergebnisse vor:

Martin vermeldet in der Sprache seines Nazi-Großvaters *„ein gerüttelt Maß“* an Antiamerikanismus. Schütte erkennt mit dem psychologisch geschulten Blick des gelernten BRD-Bürgers *„die unwillkürliche Rückkehr eines tiefsitzenden antiamerikanischen Ressentiments“*. (*FR* 26.9.96) Der Anlaß sind zwei relativ kurze Passagen, in denen Handke Begegnungen mit den Friedensstiftern von der NATO-Truppe notiert. Schauen wir sie uns einmal an: *„... während zur selben Zeit jetzt am Vorabend vor unserem Fenster auf Jeeps und Tanks die internationale Friedensvertragsdurchführungstruppe vorfuhr, zu dem Schallmauerdurchbrechen ihrer Kampfflugzeuge oben am Firmament: meist schwarze US-Soldaten, die dann eine gute halbe Stunde lang ihre Maschinengewehre und dergleichen mehr auf die verkohlten Gebäude und die geplünderten Hügel der Silberstadt gerichtet hielten, und auf und nieder und im Kreis schwenkten, durch die immer noch heißen Staubschwaden hindurch so die Tausende der örtlichen Barbaren, Verbrecher, Menschheitsfeinde anpeilend, in Schach haltend, anprangernd, und die Waffen endlich wieder zusammensteckten und einpackten, die Tankluken zugeklappt und talab gerollt, ...“* (S. 75) Zehn Seiten später, der Autor befindet sich bereits auf der Rückfahrt, begegnet er der Truppe noch einmal: *„Auf der Rückfahrt von Srebrenica überholten wir mit Karacho, in einem so stillschweigenden wie einhelligen Beschluß, den Konvoi der Jeeps und Panzerwagen der Internationalen Friedensvertragsdurchführungstruppe; zwischen den Gesichtern der sehr, sehr fremden Soldaten und uns eine dichte lange Staubfahne hinab zur Drina.“* (S. 85) Das war's dann. Antiamerikanismus? Herr Martin: *„Die ‚internationale Friedensvertragsdurchführungstruppe‘, wie es wiederholt in bemühter Ironisierung heißt, das sind ‚sehr, sehr fremde Soldaten‘, ‚meist schwarze Soldaten‘ mit ihren Gewehren herumhantierend, die Bevölkerung ‚anpeilend, in Schach haltend, anprangernd‘.“* Herr Schütte erinnert sich (wörtlich): *„... als im gleichen Augenblick Jeeps und Tanks der ‚Friedensvertragsdurchführtruppe vorfuhr zu dem Schallmauerdurchbrechen ihrer Kampfflugzeuge im Firmament‘ (Handke); und wenn dann ‚meist schwarze US-Soldaten ... eine gute halbe Stunde lang ihre Maschinengewehre und dergleichen mehr auf die verkohlten Gebäude und die geplünderten Hügel der Silberstadt gerichtet hielten ... und die Tausende der örtlichen Barbaren, Verbrecher , Menschheitsfeinde anpeilend‘ – ja, dann gibt sich die unverkennbar zu abfälliger Häme zugerichtete Szene als ...“*.

Interessanterweise rückt gerade der bislang den Auffassungen der Neuen Rechten nahestehende Marko Martin im *Tagesspiegel* Handke mit der Geste des Abscheus in einen Bereich, in dem man eher den ostdeutschen Kampfhund selbst vermutet hätte: *„Es geht um einen widerwärtigen Geschichtsrevisionismus, wie er seit Ernst Noltes Versuch, das urdeutsche Verbrechen*

der Shoa in eine ‚asiatische Tat' umzufälschen, nicht mehr dagewesen ist." Was hat das zu bedeuten? Es fällt auf, daß die Formulierung *„urdeutsches Verbrechen"* einen gewissen, unbewußt zutage drängenden Stolz nicht verhehlen kann. Auch Wolfram Schütte kann man in der *FR* beim dem geradezu klassischen Lapsus *„Ort einer muslimischen Auslöschung"* ertappen, wo er eigentlich *„serbische Auslöschung"* hat sagen wollen.

Ausdruck der nach '89 auf Hochtouren laufenden *Wiedergutwerdung* der Deutschen ist neben der gründlichen Sanierung ihrer Geschichte die Identifizierung mit Opfern, auch mit ihren eigenen Opfern. Die leichenschänderische Indienstnahme der ermordeten Juden dokumentiert das auf beklemmende Weise. Deutsche Täter, ihre Motive und ihr Handeln werden quasi exterritorialisiert. Anderen, wie *den Serben*, werden entsprechende Eigenschaften und Absichten unterstellt. Indem die Deutschen sowohl ihre eigenen historischen Taten als auch ihre aktuellen Bedürfnisse in die von ihnen frei gewählten Feinde projizieren, glauben sie, diese um so hemmungsloser bekämpfen zu dürfen. Die gerade eingetroffene Nachricht, ein *„Hauptbelastungszeuge"* in einem der antiserbischen Den Haager Schauprozesse habe die Unwahrheit seiner Aussagen bekannt und erklärt, sie seien unter Bedrohung seines Lebens durch die Polizei der bosnisch-moslemischen Regierung zustande gekommen, bestätigt das nicht gerade überraschend.

Horst Pankow

Anmerkungen:

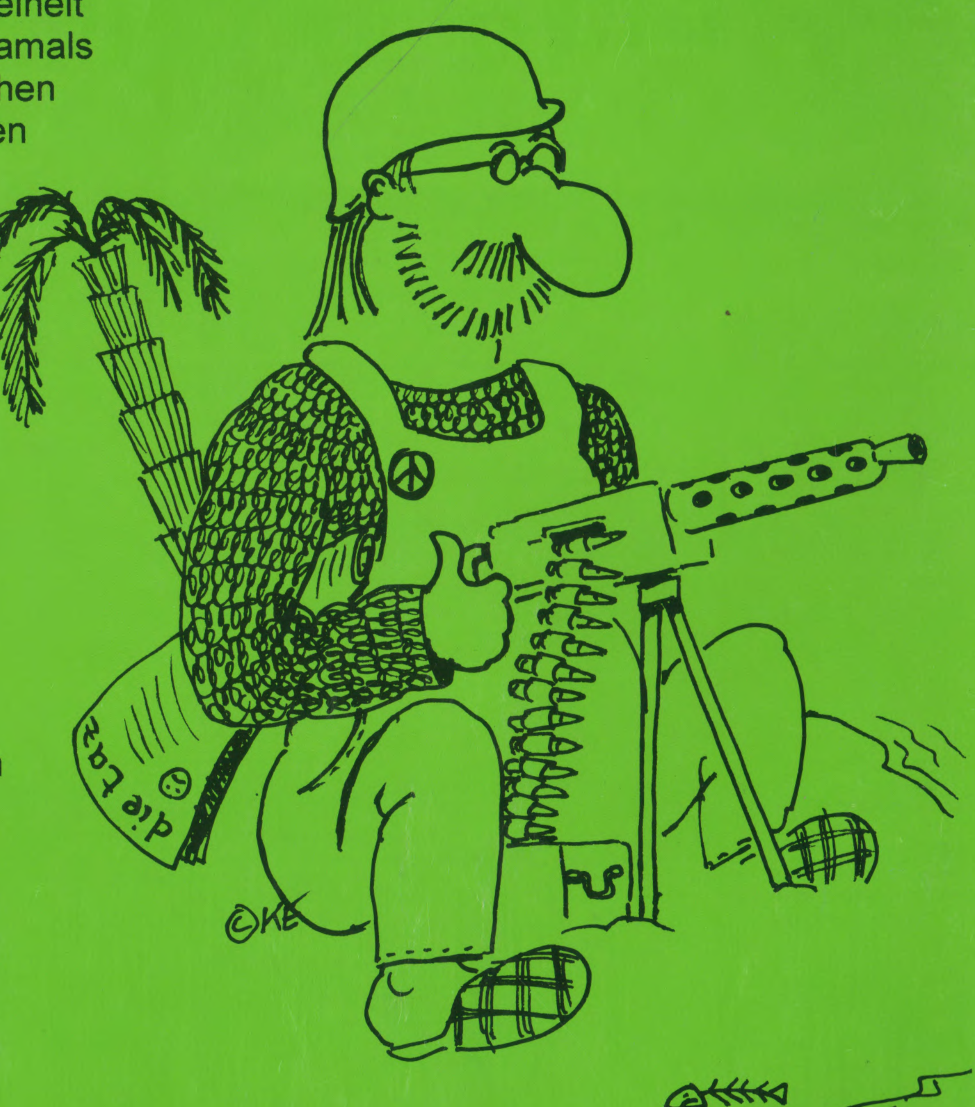
1) Elke Schubert in: *Das Wörterbuch des Gutmenschen. Band II*, Berlin 1995, S. 182
2) Sein Pamphlet ist eine *Rede an die deutschen Schrifsteller und ihre Leser*, abgedruckt u.a. in: Klaus Wagenbach (Hrg.). *Lesebuch. Deutsche Literatur der sechziger Jahre*, Berlin 1972, S. 198–204
3) Manfred Durzak, *Peter Handke und die deutsche Gegenwartsliteratur*, Stuttgart 1982, S. 26
4) Durzak a.a.O., S. 162
5) Durzak a.a.O., S. 161
6) Jean-Paul Sartre, *Was ist ein Kollaborateur?* in: derselbe, *Paris unter der Besatzung. Artikel und Reportagen 1944–1945*, Reinbek 1980, S.66
7) siehe dazu: Peter Handke, *Versuch über die Jukebox*, Frankfurt/M. 1993
8) in: Peter Handke, *Abschied des Träumers vom Neunten Land*, Frankfurt/M. 1991
9) Peter Handke, *Sommerlicher Nachtrag zu einer winterlichen Reise*, Frankfurt/M. 1996

Eigentlich, denkt

Heinz,

hat die Welt doch gewonnen seit 1989. Den Sieg der Freiheit hat er hautnah miterlebt, damals beim Fall der unmenschlichen Grenze in Berlin...am Boden zerstört, der rote Russen-faschismus. Und mit den serbischen Schlächtern wird mensch auch noch fertig. Ehrlich, den Rühe mag Heinz eigentlich nicht, aber wo der Recht hat...

Und da weiß Heinz sich einig mit allen anständigen Menschen, die, wie er, eintreten für ein neues Deutschland, das seine globale Verantwortung wieder ernst nimmt.



taz, die tageszeitung